

Integrierter Aufgaben - und Finanzplan (IAFP)

Botschaft und Entwurf des Regierungsrates
an den Kantonsrat von Solothurn
vom 30. März 2010, RRB Nr. 2010/616

Inhaltsverzeichnis

0.	Botschaft und Entwurf des Regierungsrates	3
1.	Einleitung	11
1.1	Was ist der integrierte Aufgaben- und Finanzplan?	11
1.2	Zielhierarchie der Planungsinstrumente	11
1.3	Zeitliche Koordination	12
1.4	Neuerungen gegenüber dem IAFP 2010 – 2013	12
1.5	Planungsgrundlagen	12
2.	Finanzielle Übersichten	14
2.1	Gesamtschau	14
2.2	Ergebnisse	15
2.3	Finanzkennzahlen	23
2.4	Finanzielle Veränderungen gegenüber IAFP 2010 – 2013	25
2.5	Eingeschränkte Handlungsautonomie	28
3.	Verwaltungseinheiten	29
3.1	Behörden und Staatskanzlei	29
3.2	Bau - und Justizdepartement	31
3.3	Departement für Bildung und Kultur	40
3.4	Finanzdepartement	51
3.5	Departement des Innern	56
3.6	Volkswirtschaftsdepartement	63
3.7	Gerichte	71
4.	Anhang 1: Zuordnung der Globalbudget und Finanzgrößen	73
5.	Anhang 2: Details zu den Finanzen Erfolgsrechnung	76
5.1	Behörden und Staatskanzlei	76
5.2	Bau- und Justizdepartement	77
5.3	Departement für Bildung und Kultur	79
5.4	Finanzdepartement	81
5.5	Departement des Innern	83
5.6	Volkswirtschaftsdepartement	84
5.7	Gerichte	86

Integrierter Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2011 – 2014

Botschaft und Entwurf des Regierungsrates
an den Kantonsrat von Solothurn
vom 30. März 2010, RRB Nr. 2010/616

Zuständiges Departement

Finanzdepartement

Vorberatende Kommissionen

Sach- und Aufsichtskommissionen

Inhaltsverzeichnis

Kurzfassung	5
1. Ausgangslage	7
1.1 Finanzpolitische Vorgaben.....	7
1.2 Planungsbeschluss des Kantonsrates vom 11. März 2008.....	7
1.3 Gesetzliche Grundlagen	7
2. Zukunftsperspektive und Massnahmen	7
3. Einflussmöglichkeiten des Kantonsrates.....	8
4. Rechtliches.....	8
5. Antrag.....	8
6. Beschlussesentwurf	9

Anhang/Beilagen

Integrierter Aufgaben- und Finanzplan 2011 - 2014

Kurzfassung

Eckdaten der Planjahre 2011 - 2014

Finanzkennzahlen

in Mio. Fr. bzw. %	RE 09	VA 10	FP 2011	FP 2012	FP 2013	FP 2014
Cash Flow	219.6	90.9	84.1	-41.5	-51.7	-62.0
Abschreibungen auf Investitionen	-76.9	-94.5	-91.7	-78.8	-79.9	-91.2
Operatives Ergebnis Erfolgsrechnung	142.7	-3.6	-7.6	-120.3	-131.6	-153.2
a.o.Ertrag:Neustrukturierung ALPIQ-Aktien	49.2					
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	191.9	-3.6	-7.6	-120.3	-131.6	-153.2
Nettoinvestitionen	109.9	131.1	138.5	150.3	156.8	153.8
Finanzierungsüberschuss, -fehlbetrag	158.9	-40.2	-54.4	-191.8	-208.5	-215.8
Selbstfinanzierungsgrad	200%	69%	61%	-28%	-33%	-40%

Trotz der Wirtschaftskrise zeigt das Planjahr 2011 ein vertretbares operatives Defizit von 7.6 Mio. Fr. und einen Finanzierungsfehlbetrag von 54.4 Mio. Fr. mit einem Selbstfinanzierungsgrad von 61 %. In den folgenden Planjahren 2012-2014 verschlechtert sich das operative Resultat und der Finanzierungsfehlbetrag.

Problematisch ist das Planjahr 2012, welches ein operatives Defizit von 120.3 Mio. Fr. ausweist und die Investitionen vollständig fremdfinanziert werden müssen. Dies insbesondere aufgrund der KVG-Revision, welche Mehrkosten von mindestens 60.0 Mio. Fr. für den Kanton mit sich bringen wird. Zudem tritt die zweite Etappe der Steuergesetzrevision in Kraft, was zu Mindereinnahmen von 13.3 Mio. Fr. führen wird. Gestützt auf den Planungsbeschluss 10 (148/2009) im Zusammenhang mit dem Legislaturplan, wird der Regierungsrat einen Massnahmenplan erarbeiten, damit dieser Entwicklung entgegengewirkt werden kann. Die Departemente werden beauftragt, einen Massnahmenplan insbesondere für das Planjahr 2012 zu erarbeiten. Im Rahmen der Erstellung des Massnahmenplanes ist den zusätzlichen ausserordentlichen Belastungen des Finanzhaushaltes (Neue Spitalfinanzierung, Finanzausgleich u.a.) und dem in den vergangenen Rechnungsjahren geschaffenen Handlungsspielraum angemessen und nachhaltig Rechnung zu tragen. Die Koordination liegt beim Finanzdepartement.

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir unterbreiten Ihnen nachfolgend Botschaft und Entwurf zum integrierten Aufgaben- und Finanzplan 2011 – 2014 und ersuchen um Kenntnisnahme.

1. Ausgangslage

1.1 Finanzpolitische Vorgaben

Im Legislaturplan 2009-2013 wurde unter C.1.4 Nachhaltige Finanzpolitik, S.12 festgelegt, dass „aufgrund der schlechten Finanzentwicklung im IAFP“ eine Massnahmenplanung vorzunehmen sei (Kantonsratsbeschluss 148/2009 Planungsbeschluss 10).

1.2 Planungsbeschluss des Kantonsrates vom 11. März 2008

Die Finanzkommission des Kantonsrates beantragte folgenden Planungsbeschluss: „Der Regierungsrat wird beauftragt, Massnahmen einzuleiten, die dazu führen, dass die Voranschläge der Finanzplanjahre 2009 – 2011

- mindestens eine ausgeglichene Erfolgsrechnung
- einen Selbstfinanzierungsgrad von mindestens 100% und somit
- keine Neuverschuldung aufweisen“

Da das Planjahr 2011 von einer nahezu ausgeglichenen Rechnung ausgeht, ist dieser Planungsbeschluss erfüllt.

In der Stellungnahme des Regierungsrates zu diesem Vorstoss wurde auf die Methodik zur Erstellung des IAFP aufmerksam gemacht. Der IAFP soll den notwendigen Handlungsbedarf über den Planungshorizont hinweg darlegen und die entsprechenden Korrekturmassnahmen im nachgelagerten Budgetprozess ausweisen. Der IAFP soll also eine möglichst gesicherte Zukunftsperspektive, unter Einbezug der veränderten Rahmenbedingungen, über die Aufgaben und finanziellen Ressourcen aufzeigen. Ziel ist es, möglichst frühzeitig unerwünschte Auswirkungen und Tendenzen zu erkennen und im Rahmen des Budgetprozesses lenkend einzugreifen, allenfalls Verbesserungsmassnahmen zu planen und zu definieren. Im Bewusstsein der zeitverzögerten Wirkung von Verbesserungsmassnahmen ist eine prospektive Sicht umso wichtiger. Erfahrungsgemäss zeigt sich, dass die Plangenaugigkeit abnimmt, je weiter der Planungshorizont in der Zukunft liegt.

1.3 Gesetzliche Grundlagen

Die gesetzliche Grundlage für den Integrierten Aufgaben- und Finanzplan bildet § 16 des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003 (WoV-G; BGS 115.1).

2. Zukunftsperspektive und Massnahmen

Aufgrund der Finanzkrise und den wirtschaftlichen Konsequenzen, den Auswirkungen der kantonalen Steuergesetzrevision, den drastisch veränderten Rahmenbedingungen und der beschlossenen KVG-Revision können die finanzpolitischen Vorgaben einer ausgeglichenen Rechnung ab dem Planjahr 2012 nicht erreicht werden (operatives Defizit von 120.3 Mio.Fr.). Das weitere Ausmass der Verschlechterung der Zahlen erfordert einschneidende Massnahmen, vor allem ab dem Planjahr 2012. Angesichts dieser Finanzentwicklung ist ein Massnahmenpaket

für das Planjahr 2012 unausweichlich. Aufgrund dieser Ausgangslage wird deshalb der Regierungsrat einen Massnahmenplan für das Jahr 2012 entwickeln. Im Rahmen der Erstellung des Massnahmenplanes ist den zusätzlichen ausserordentlichen Belastungen des Finanzhaushaltes (Neue Spitalfinanzierung, Finanzausgleich u.a.) und dem in den vergangenen Rechnungsjahren geschaffenen Handlungsspielraum angemessen und nachhaltig Rechnung zu tragen.

Die wesentlichen Ergebnisse des integrierten Aufgaben- und Finanzplans sind im Anhang detaillierter kommentiert.

3. Einflussmöglichkeiten des Kantonsrates

Der Regierungsrat trägt die Verantwortung für die politische Planung insgesamt, der Kantonsrat nimmt davon Kenntnis und ist befugt, die Prioritäten zu verschieben oder andere Ziele zu setzen. Der Kantonsrat hat die Aufgabe, die Planung des Regierungsrates zu beaufsichtigen und zu korrigieren. Mittels Planungsbeschlüssen kann er den Regierungsrat beauftragen, eine Staatsaufgabe in einer bestimmten Richtung zu entwickeln. Der Planungsbeschluss verpflichtet den Regierungsrat, den IAFP im Sinne der Vorgabe zu erstellen oder anzupassen. Der Planungsbeschluss geht der Planung des Regierungsrates vor. In begründeten Fällen kann der Regierungsrat davon abweichen (§ 17 Absatz 1 und Absatz 3 WoV-G). Ein Planungsbeschluss zum IAFP kann nach § 88^{sexies} des Geschäftsreglementes des Kantonsrates vom 10. September 1991 (BGS 121.2) jederzeit von einer ständigen Kommission, einer Fraktion oder 17 Ratsmitgliedern beantragt werden. Für die Einreichung von Planungsbeschlüssen zum IAFP gibt es keine zeitlichen Restriktionen.

4. Rechtliches

Nach § 16 Absatz 3 WoV-G nimmt der Kantonsrat vom IAFP Kenntnis. Nach § 148 Abs. 1 Buchstabe a des Gesetzes über die politischen Rechte vom 22. September 1996 (BGS 113.111) sind Kantonsratsbeschlüsse, welche lediglich auf Kenntnisnahme lauten, vom fakultativen Referendum ausgeschlossen.

5. Antrag

Wir bitten Sie, auf die Vorlage einzutreten und dem nachfolgenden Beschlussesentwurf zuzustimmen.

Im Namen des Regierungsrates

Walter Straumann
Landammann

Andreas Eng
Staatsschreiber

6. Beschlussesentwurf

Integrierter Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2011-2014

Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf Artikel 73 und 78 der Kantonsverfassung vom 8. Juni 1986¹ und § 16 Absatz 3 des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003², nach Kenntnisnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrates vom 30. März 2010 (RRB Nr. 2010/616), beschliesst:

Vom Integrierten Aufgaben- und Finanzplan 2011 – 2014 wird Kenntnis genommen.

Im Namen des Kantonsrates

Präsident

Ratssekretär

Dieser Beschluss unterliegt nicht dem Referendum.

Verteiler KRB

Amt für Finanzen (5)

Departemente (5)

Staatskanzlei

Kantonale Finanzkontrolle

Parlamentsdienste

Aktuarin Finanzkommission (16)

¹ BGS 111.1.

² BGS 115.1.

1. Einleitung

1.1 Was ist der integrierte Aufgaben- und Finanzplan?

Der integrierte Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) ist das zentrale mittelfristige Planungsinstrument des Regierungsrates: Für einen Zeithorizont von 4 Jahren wird die geplante Aufgaben- und Finanzentwicklung über alle staatlichen Tätigkeiten dargestellt und erläutert.

Die gesetzliche Grundlage für den IAFP wurde mit dem Gesetz über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003 (WoV-G; BGS 115.1), welches per 1. Januar 2005 in Kraft trat, geschaffen.

Der IAFP ist eine rollende Planung. Er wird vom Regierungsrat jährlich für das kommende Budgetjahr und die drei darauffolgenden Jahre erstellt. Im Gegensatz dazu wird der Legislaturplan nur alle vier Jahre erstellt und konzentriert sich auf die politischen Schwerpunkte einer Amtsperiode. Im IAFP sind die wesentlichen Veränderungen gegenüber dem IAFP des Vorjahres sowie innerhalb der Planperiode auszuweisen und zu begründen (WoV-G; §16 Absatz 2). Damit soll eine nachvollziehbare und seriöse Planungsarbeit gewährleistet sein. In jedem Aufgabenbereich wurden konkrete Massnahmen zur Erreichung der Legislaturziele vorgesehen. Der Arbeitsstand der Massnahmen wird laufend aktualisiert und hier rapportiert. Der Regierungsrat legt den IAFP jährlich dem Kantonsrat zur Kenntnisnahme vor.

1.2 Zielhierarchie der Planungsinstrumente

Nach § 4 Absatz 2 des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung (WoV-G) werden die Wirkungsziele und Leistungsvorgaben in folgenden Beschlussformen festgelegt:

- a) die langfristigen sowie alle grundlegenden Ziele in der Gesetzgebung
- b) die mittelfristigen Ziele im Legislaturplan und im IAFP
- c) die kurzfristigen Ziele im Voranschlag / Globalbudget und Jahresplan.

Verfassung und Gesetz sind den aufgeführten Instrumenten übergeordnet. Der Regierungsrat kann aber in seinen Plänen (Legislaturplan / Integrierter Aufgaben- und Finanzplan) eine Änderung des rechtlichen Rahmens vorsehen, wenn vorgesehene Massnahmen dies notwendig machen. Das letzte Wort hierzu hat aber in jedem Fall der Kantonsrat bzw. das Volk. Bei den Leistungsaufträgen auf der Ebene Globalbudget gehen Verfassung und Gesetze in jedem Fall vor.

Die einzelnen WoV-Instrumente sind so konzipiert, dass sie aufeinander Bezug nehmen und im Zusammenspiel ihre Wirkung entfalten. Der IAFP hat eine koordinierende Schnittstellenfunktion zwischen den gesetzlichen Bestimmungen und den politischen Schwerpunkten des Legislaturplanes. Zusätzlich werden die allgemeinen Zielsetzungen und Absichtserklärungen konkret in den Massnahmen beschrieben, welche direkt über die Jahresplanung der Departemente die Mitarbeiterziele beeinflussen.

Aufgabengliederung nach Verwaltungseinheiten

Der IAFP wird gemäss der bestehenden und gelebten Organisationsstruktur der Verwaltung abgebildet (Behörden und Staatskanzlei, 5 Departemente, Gerichte, RRB 2008/43). Der IAFP ist somit vergleichbar mit dem Voranschlag und dem Geschäftsbericht, welche die gleichen Strukturen aufweisen. Die Aufgabensicht ist in der ausgewiesenen „Funktionalen Gliederung“ gemäss dem Harmonisierten Rechnungsmodell ersichtlich.

Die staatliche Buchhaltung führt einzelne Profitcenter, welche sich in Globalbudgets und Finanzgrössen aufteilen. Für die Globalbudgets sind entsprechende Leistungsaufträge und Salvovorgaben mit den mehrjährigen Globalbudget-Vorlagen verabschiedet worden. Was nicht direkt durch die Leistung einzelner Dienststellen beeinflusst werden kann, wie zum Beispiel Steuererträge, Gebühren, Bussen, usw. wurde den sogenannte Finanzgrössen zugewiesen. Die detaillierte Gliederung nach Departementen, Globalbudgets und Finanzgrössen ist im Anhang 1, „Zuteilung der Globalbudgets und Finanzgrössen zur Organisationsstruktur“ ausgewiesen. Im Anhang 2 sind die finanziellen Zahlenwerte der einzelnen Globalbudgets und Finanzgrössen aufgeführt.

1.3 Zeitliche Koordination

Der IAFP wird jedes Frühjahr vor dem Voranschlag erstellt. Der Ablauf konnte dadurch gestrafft werden, und die Finanzkommission hat aktuelle Grundlagen für die Bestimmung der Budgetvorgaben zur Verfügung (Rechnung 2009, vorliegender IAFP). Der vorliegende IAFP bezieht sich auf den neuen Legislaturplan 2009-2013.

1.4 Neuerungen gegenüber dem IAFP 2010 – 2013

Es sind keine wesentlichen inhaltlichen oder strukturellen Änderungen im IAFP-Bericht vorgenommen worden. Neu ist in der Massnahmenliste der Bezug zum Handlungsziel des Legislaturplanes 2009 – 2013 ersichtlich. In der Kopfzeile der Massnahme ist die Nummer des Handlungsziels in Klammer aufgeführt.

Zurzeit läuft das Projekt zur Einführung vom Harmonisierten Rechnungslegungsmodell II, HRM2 im Kanton Solothurn. Dabei wird es zu Neubewertungen des Finanz- und Verwaltungsvermögens kommen, welche sich im IAFP 2012 – 15 konkretisieren werden. Die Einführung der neuen Rechnungslegungsnorm wird sich auf die Vergleichbarkeit der Zahlen auswirken.

1.5 Planungsgrundlagen

Bei der Erstellung des vorliegenden Plans gingen wir von folgenden volkswirtschaftlichen Eckdaten aus:

Wirtschaftswachstum (BIP real)

Im aufgehellten weltwirtschaftlichen Umfeld hat sich auch die Schweizer Wirtschaft im 4. Quartal 2009 stabilisiert. Im Jahr 2010 wird sich die konjunkturelle Erholung nach Einschätzung der Expertengruppe Konjunkturprognosen des Bundes fortsetzen, im Zuge vorübergehend wieder nachlassender positiver Impulse vom internationalen Konjunkturmilieu jedoch nur verhalten ausfallen (BIP-Wachstum 2010 +1,4%). Erst 2011 dürfte die Konjunktur spürbar an Schwung gewinnen (BIP-Wachstum +2,0%).

Vor dem Hintergrund der nach wie vor labilen Wirtschaftslage bleiben die Arbeitsmarktperspektiven vorsichtig. Bei der Arbeitslosigkeit gibt es zwar erste Signale für einen nachlassenden Rückgang. Allerdings ist zu befürchten, dass bei vielen Unternehmen angesichts nicht ausgelasteter Kapazitäten auch im Jahr 2010 noch kaum Bedarf für Personalneinstellungen bestehen wird. Für die (saisonbereinigte) Arbeitslosenquote wird daher ein weiterer Anstieg von derzeit 4,5% im Kanton Solothurn (Februar 2010) auf einen Höchststand von gegen 5% bis Ende 2010 prognostiziert, ehe sich im Verlauf von 2011 ein langsamer Rückgang einstellen sollte. Im Jahresmittel dürfte die Arbeitslosenquote in der Schweiz sowohl 2010 als auch 2011 jeweils 4,3% betragen.

Teuerung

Bedingt durch die langsame Konjunkturerholung sollte der Preisdruck gering bleiben. Es wird davon ausgegangen, dass die Schweizerische Nationalbank (SNB) ihren Spielraum nutzt, um noch bis mindestens Mitte 2010 die Zinsen auf dem gegenwärtig niedrigen Niveau zu halten. Für das Jahr 2010 wird angesichts der sich langsam erholenden Wirtschaft eine moderate Inflationsrate in der Höhe von 0,7% erwartet. Für 2011 ist mit einer leichten Inflationsbeschleunigung zu rechnen. Angesichts der konjunkturellen Unterauslastung wird die Inflationsgefahr indes als gering beurteilt.

Die Lohnmassnahmen werden alljährlich von den Sozialpartnern ausgehandelt, deshalb ist in den Planjahren 2011 – 2014 keine zusätzliche Teuerung berücksichtigt. Die Lohnkosten sind damit auf dem Stand des Voranschlages 2010 in alle Planjahre fortgeschrieben.

Bevölkerungswachstum

Bei der Berechnung der Nettoverschuldung pro Einwohner/in gehen wir davon aus, dass die Einwohnerzahl des Kantons Solothurn jährlich um rund 1'000 Einwohner/innen zunimmt. Als Basis dienen die aktuellen Bevölkerungszahlen per 31.12.2009.

Steuerertrag

Die Auswirkungen der am 1.1.2008 in Kraft getretenen zwei Änderungen des Gesetzes über die Staats- und Gemeindesteuern sind in der Rechnung 2009, im Voranschlag 2010 und in den Finanzplanjahren 2011 - 2014 berücksichtigt. Die Erhöhung der Versicherungsprämienabzüge und die Einführung eines allgemeinen Abzuges für Kinderbetreuungskosten sind erstmals im Jahr 2009, wenn die erhöhten Abzüge im Veranlagungsverfahren berücksichtigt werden können, wirksam. Es ist mit einem Minderertrag von 13.3 Mio. Franken (Total Mindererträge aus der StG-Revision: 47 Mio. Fr.) zu rechnen. Teil 2 der Steuergesetzrevision (Steuerentlastungen bei der Vermögens- und Gewinnsteuern) wird frühestens 2012 in Kraft gesetzt, und zwar nur dann, wenn die Staatsrechnung in der Bilanz ein Eigenkapital ausweist, wovon wir zur Zeit ausgehen. Der Kantonsrat hat zudem am 17. März 2010 weitere Steuerreformbeschlüsse gefasst, von welchen ein Minderertrag von 2.5 Mio. Fr. im vorliegenden Finanzplan noch nicht berücksichtigt wurde.

Steuerfuss

Im vorliegenden integrierten Aufgaben- und Finanzplan ist der Steuerfuss für die allgemeine Staatssteuer mit 105% eingesetzt.

Die Reduktion des Steuerfusses um 1% von 105% auf 104% bei der Annahme der Schliessung des Standortes Allerheiligenberg ist im IAFP 2011 – 2014 noch nicht berücksichtigt.

Berücksichtigung bundespolitischer Vorhaben

Massgeblichen Einfluss auf die Planjahre 2011 - 2014 hat die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA), welche am 1.1.2008 in Kraft getreten ist. Die Berechnung des Ressourcenausgleichsbetrages ist sehr komplex. Der Anteil des Kantons Solothurn ist abhängig von der Entwicklung des eigenen Ressourcenindex, aber auch massgeblich von den Bewegungen der anderen 25 Kantone. Deshalb sind bereits mittelfristige Prognosen ungenau. 2012 sind auch die erstmaligen Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise in den Berechnungsgrundlagen (Steuerdaten 2006-2008) berücksichtigt. Alle weiteren, noch nicht definitiv beschlossenen Vorhaben auf Bundesebene, welche den Finanzhaushalt des Kantons teilweise in einer beträchtlichen Masse beeinflussen können (Aufgabenüberprüfung des Bundes, Unternehmens- und Familienbesteuerungsreform, etc.), sind hingegen im vorliegenden IAFP noch nicht berücksichtigt.

Stichtage

Für die Finanzdaten gilt als Stichtag der 30. März 2010. Berücksichtigt sind die Daten des verabschiedeten Geschäftsberichts 2009 (RRB Nr. 2010/472 vom 16. März 2010) und des Voranschlags 2010 (KRB Nr. 175/2009 vom 15. Dezember 2009).

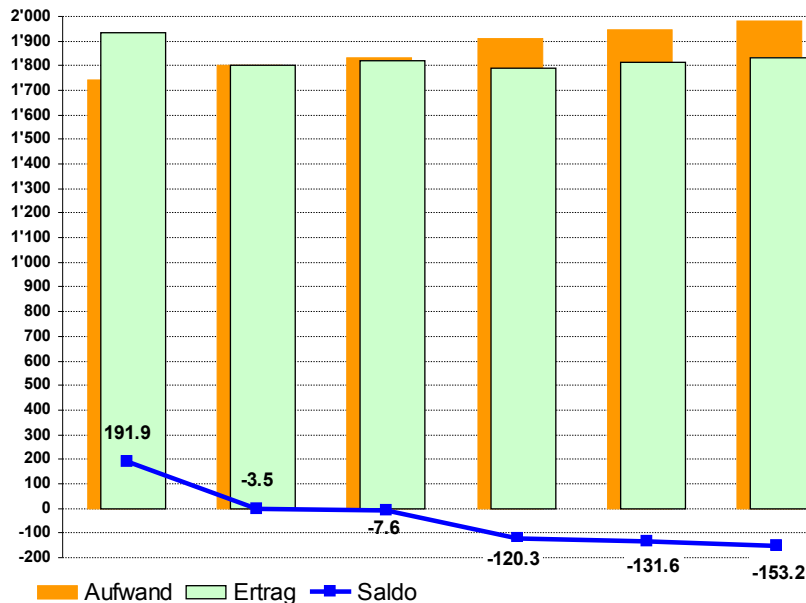
Legislativplan

Bei jedem Aufgabenbereich sind die Vorgaben aus dem Legislativplan 2009 - 2013 explizit aufgeführt. Die Vorgaben basieren auf dem im August 2009 verabschiedeten Legislativplan (SGB 148/2009), ergänzt und / oder abgeändert um die vom Kantonsrat eingereichten Planungsbeschlüsse, denen der Regierungsrat teilweise zugestimmt hat.

2. Finanzielle Übersichten

2.1 Gesamtschau

Die Leistungen mit den entsprechenden Massnahmen sind in den einzelnen Bereichen aufgelistet und werden hier nicht weiter erläutert.



Das Planjahr 2011 schliesst in der Erfolgsrechnung mit einem Aufwandüberschuss von 7.6 Mio. Fr. ab. Die weiteren Planjahre weisen eine stetige Verschlechterung bis zu einem Defizit in der Höhe von 153.2 Mio. Fr. im Jahr 2014 aus.

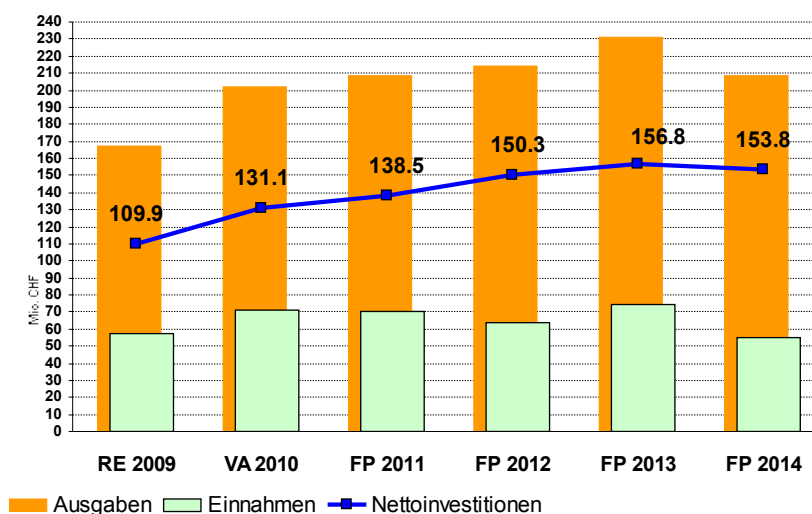
Die Finanzplanjahre sind geprägt einerseits durch stagnierende oder teilweise sogar rückläufige Steuereinnahmen aufgrund der verzögerten Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise (Staatssteuern, Anteil an der direkten Bundessteuern) und andererseits weiteren Kostensteigerungen in

den Bereichen Bildung (Bildungsprojekte, Sonderpädagogik und Schulgelder) und Gesundheit (Gesundheitskosten, Spitalteuerung).

Im Jahr 2012 verschlechtert sich die Situation zusätzlich durch die vom Bund beschlossene KVG-Revision (Mehrkosten 60 Mio. Fr.), die 2. Etappe der Steuergesetzrevision (13.3 Mio. Fr.) und durch die Neuberechnung des NFA-Ressourcenausgleichs (Erstmalige Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise in den Berechnungsgrundlagen).

Die erfreulichen Rechnungsergebnisse der letzten Jahre, welche hauptsächlich auf die gute Wirtschaftslage zurückzuführen sind, dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass ab 2012 aufgrund der verspäteten Auswirkungen der Wirtschaftskrise, der Steuergesetzrevision, der verschiedenen Kostensteigerungen, der exogen bestimmten KVG-Revision mit einer Korrektur der sehr guten finanziellen Entwicklung der letzten Jahre zu rechnen ist.

Investitionsrechnung IAFP



Im Mehrjahresvergleich plant der Kanton in den nächsten Jahren relativ hohe Investitionen im Bereich des Wasserbaus und dem Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Die Investitionsrechnung ist geprägt von verschiedenen namhaften Grossprojekten im Strassenbau (Entlastung Region Olten ERO) und im Hochbau (Neubau FHNW Olten, Bürgerspital Solothurn, Straf- und Massnahmenvollzugsanstalt 'im Schache').

2.2 Ergebnisse

	RE 2009	VA 2010	FP 2011	FP 2012	FP 2013	FP 2014
in Mio. Fr						
1. Erfolgsrechnung						
Total Aufwand	1'739.7	1'806.6	1'829.9	1'908.9	1'944.5	1'983.0
Total Ertrag	-1'882.4	-1'803.0	-1'822.3	-1'788.6	-1'812.9	-1'829.8
Operativer Ertragsüberschuss (-) / Aufwandüberschuss (+)	-142.7	3.6	7.6	120.3	131.6	153.2
ausserordentlicher Ertrag	-49.2	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Ertragsüberschuss (-) Aufwandüberschuss (+)	-191.9	3.6	7.6	120.3	131.6	153.2
2. Investitionsrechnung						
Total Ausgaben	167.0	203.0	208.8	214.3	230.8	208.5
Total Einnahmen	-57.1	-71.9	-70.3	-64.0	-74.0	-54.7
Nettoinvestitionen	109.9	131.1	138.5	150.3	156.8	153.8
3. Finanzierung						
Nettoinvestitionen	109.9	131.1	138.5	150.3	156.8	153.8
- Abschreibung Verwaltungsvermögen	-36.0	-38.7	-38.7	-39.7	-40.7	-41.7
- Abschreibung Spezialfinanzierungen	-40.8	-55.8	-53.0	-39.1	-39.2	-49.5
+/- Zuweisung ins Eigenkapital	-191.9	3.6	7.6	120.3	131.6	153.2
Finanzierungsüberschuss (-) Finanzierungsfehlbetrag (+)	-158.8	40.2	54.4	191.8	208.5	215.8
4. Eigenkapital						
Stand Eigenkapital/Verlustvortrag per 01.01.	280.9	472.8	469.2	461.6	341.3	209.7
Eigenkapital Zunahme (+), Abnahme (-)	191.9	-3.6	-7.6	-120.3	-131.6	-153.2
Eigenkapital per 31.12.	472.8	469.2	461.6	341.3	209.7	56.5
5. Nettoverschuldung						
Nettoverschuldung je Einwohner in Fr.	14.6	54.8	109.2	301.0	509.4	725.3
	57	214	424	1'164	1'963	2'784
6. Selbstfinanzierungsgrad (= Cash Flow in % der Nettoinvestitionen)						
	244%	69%	61%	-28%	-33%	-40%
7. Eigenfinanzierungsgrad in % der Bilanzsumme						
	28.4%	31.9%	29.4%	20.7%	11.8%	3.4%

* Die Zahlen im VA 10 sind aufgrund der Rechnungsergebnisse 2009 aktualisiert.

2.2.1 Erfolgsrechnung nach Departemente in Mio. Franken

	RE 2009	VA 2010	FP 2011	FP 2012	FP 2013	FP 2014
Total alle Departemente						
Aufwand	1'739.7	1'803.7	1'829.9	1'909.0	1'944.5	1'983.0
Ertrag	-1'931.6	-1'800.2	-1'822.4	-1'788.6	-1'812.9	-1'829.9
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	-191.9	3.5	7.6	120.3	131.6	153.2
1. Behörden und Staatskanzlei						
Aufwand	17.1	16.8	17.1	16.9	16.9	16.9
Ertrag	-3.6	-3.4	-3.4	-3.3	-3.3	-3.3
Verrechnungen	-7.2	-7.4	-7.4	-7.4	-7.4	-7.4
Saldo	6.2	6.1	6.4	6.2	6.2	6.2
2. Bau- und Justizdepartement						
Aufwand	207.2	231.6	238.6	223.9	224.1	234.7
Ertrag	-102.3	-119.6	-122.8	-107.9	-106.4	-118.0
Verrechnungen	-83.1	-78.8	-78.2	-78.3	-78.4	-78.4
Saldo	21.8	33.2	37.6	37.7	39.3	38.2
3. Departement für Bildung und Kultur						
Aufwand	425.3	439.5	456.6	468.9	479.0	482.5
Ertrag	-44.7	-41.6	-40.1	-39.9	-38.9	-38.0
Verrechnungen	24.9	26.3	26.5	26.5	26.7	26.7
Saldo	405.5	424.3	442.9	455.5	466.8	471.1
4. Finanzdepartement						
Aufwand	163.8	156.3	158.7	163.1	174.1	186.1
Ertrag	-1'347.0	-1'184.7	-1'212.6	-1'189.9	-1'212.6	-1'216.8
Verrechnungen	1.0	-11.3	-11.8	-11.2	-10.9	-10.9
Saldo	-1'182.2	-1'039.8	-1'065.6	-1'038.0	-1'049.4	-1'041.5
5. Departement des Innern						
Aufwand	726.9	761.2	762.5	841.0	854.8	866.5
Ertrag	-306.1	-321.5	-319.8	-324.1	-328.1	-330.2
Verrechnungen	67.7	69.8	70.0	70.0	70.0	70.0
Saldo	488.4	509.6	512.6	586.9	596.6	606.2
6. Volkswirtschaftsdepartement						
Aufwand	178.6	176.3	172.7	171.7	172.2	173.0
Ertrag	-123.0	-124.1	-118.2	-118.2	-118.1	-118.1
Verrechnungen	-5.4	-1.0	-1.5	-1.9	-2.4	-2.4
Saldo	50.2	51.2	53.0	51.6	51.7	52.5
7. Gerichte						
Aufwand	20.8	22.0	23.6	23.4	23.4	23.4
Ertrag	-4.9	-5.3	-5.4	-5.4	-5.4	-5.4
Verrechnungen	2.2	2.4	2.4	2.4	2.4	2.4
Saldo	18.1	19.1	20.6	20.4	20.4	20.4

2.2.2 Investitionsrechnung nach Departementen in Mio. Franken

	RE 2009	VA 2010	FP 2011	FP 2012	FP 2013	FP 2014
Total alle Departemente						
Ausgaben ¹	167.1	202.2	208.8	214.3	230.8	208.5
Einnahmen	-57.1	-71.0	-70.3	-64.0	-74.0	-54.7
Nettoinvestitionen	109.9	131.1	138.5	150.3	156.8	153.8
1. Behörden und Staatskanzlei						
Ausgaben	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
2. Bau- und Justizdepartement						
Ausgaben	139.6	180.9	188.0	193.6	209.9	187.6
Einnahmen	-44.7	-65.3	-64.4	-58.1	-68.1	-48.8
Nettoinvestitionen	94.8	115.6	123.6	135.4	141.8	138.8
3. Departement für Bildung und Kultur						
Ausgaben	3.3	1.8	2.0	2.0	2.0	2.0
Einnahmen	-2.5	-1.5	-1.5	-1.5	-1.5	-1.5
Nettoinvestitionen	0.8	0.3	0.5	0.5	0.5	0.5
4. Finanzdepartement						
Ausgaben	7.8	8.6	8.6	8.6	8.6	8.6
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	7.8	8.6	8.6	8.6	8.6	8.6
5. Departement des Innern						
Ausgaben	5.1	2.2	1.9	1.8	1.9	1.9
Einnahmen	-2.5	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	2.7	2.2	1.9	1.8	1.9	1.9
6. Volkswirtschaftsdepartement						
Ausgaben	11.3	8.7	8.4	8.4	8.4	8.4
Einnahmen	-7.4	-4.3	-4.4	-4.4	-4.4	-4.4
Nettoinvestitionen	3.8	4.5	4.0	4.0	4.0	4.0
7. Gerichte						
Ausgaben	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0

¹ Im Total der Ausgaben sind die Auflösungen der GB-Reserven in der RE09 von 0.5 Mio.Fr. eingerechnet.

2.2.3 Funktionale Gliederung Erfolgsrechnung in Mio. Franken

	RE 2009	VA 2010	FP 2011	FP 2012	FP 2013	FP 2014
0 Allgemeine Verwaltung						
Aufwand	87.5	89.7	91.8	90.9	91.4	91.9
Ertrag	-29.0	-26.0	-26.0	-26.0	-26.0	-26.0
Verrechnung	23.6	23.5	23.5	23.5	23.5	23.5
Saldo	82.1	87.3	89.3	88.4	88.9	89.4
1 Öffentliche Sicherheit, Justiz, Polizei						
Aufwand	204.0	210.6	213.7	214.0	214.2	214.4
Ertrag	-118.6	-120.4	-119.8	-119.8	-119.8	-119.8
Verrechnung	-2.3	-1.1	-1.0	-1.0	-1.0	-1.0
Saldo	83.0	89.1	92.8	93.1	93.4	93.6
2 Bildung						
Aufwand	421.5	435.9	452.9	464.1	474.0	477.4
Ertrag	-44.0	-41.6	-40.1	-39.9	-38.9	-38.0
Verrechnung	3.3	3.1	3.1	3.1	3.4	3.4
Saldo	380.8	397.4	415.9	427.3	438.4	442.8
3 Kultur und Freizeit						
Aufwand	13.7	13.6	13.6	14.4	14.6	14.8
Ertrag	-3.6	-3.4	-3.4	-3.4	-3.4	-3.4
Verrechnung	0.9	0.9	0.9	0.9	0.9	0.9
Saldo	11.0	11.1	11.1	11.9	12.1	12.3
4 Gesundheit						
Aufwand	265.0	274.1	275.0	344.8	350.3	357.8
Ertrag	-3.7	-3.3	-3.3	-3.3	-3.3	-3.3
Verrechnung	1.0	1.0	1.0	1.0	1.0	1.0
Saldo	262.3	271.8	272.7	342.5	348.0	355.5
5 Soziale Wohlfahrt						
Aufwand	334.1	353.0	353.6	361.8	370.0	374.2
Ertrag	-178.9	-190.0	-188.0	-192.3	-196.3	-198.4
Verrechnung	0.1	-0.4	-0.4	-0.4	-0.4	-0.4
Saldo	155.2	162.7	165.2	169.2	173.3	175.4
6 Verkehr						
Aufwand	119.4	142.4	141.8	126.7	129.5	141.4
Ertrag	-19.7	-20.2	-19.2	-20.0	-20.9	-21.4
Verrechnung	-70.4	-66.3	-65.7	-65.8	-65.9	-65.9
Saldo	29.3	56.0	57.0	40.9	42.7	54.1
7 Umwelt, Raumordnung						
Aufwand	42.4	45.6	51.4	51.5	48.3	45.4
Ertrag	-40.5	-35.9	-35.5	-35.5	-35.5	-35.5
Verrechnung	0.9	1.3	1.3	1.3	1.3	1.3
Saldo	2.8	11.0	17.2	17.2	14.1	11.2
8 Volkswirtschaft						
Aufwand	105.1	100.3	101.0	100.6	100.6	100.9
Ertrag	-88.1	-83.0	-83.4	-83.4	-83.4	-83.4
Verrechnung	2.3	2.0	2.0	2.0	2.0	2.0
Saldo	19.3	19.3	19.7	19.2	19.2	19.5
9 Finanzen und Steuern						
Aufwand	146.9	138.4	135.1	140.2	151.6	164.9
Ertrag	-1'405.4	-1'276.5	-1'303.8	-1'265.2	-1'285.5	-1'300.8
Verrechnung	40.7	36.0	35.4	35.5	35.3	35.3
Saldo	-1'217.8	-1'102.1	-1'133.4	-1'089.6	-1'098.6	-1'100.6
Gesamttotal						
Aufwand	1'739.7	1'803.7	1'829.9	1'909.0	1'944.5	1'983.0
Ertrag	-1'931.6	-1'800.2	-1'822.4	-1'788.6	-1'812.9	-1'829.9
Verrechnung	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	-191.9	3.5	7.6	120.3	131.6	153.2

2.2.4 Funktionale Gliederung Investitionsrechnung in Mio. Franken

	RE 2009	VA 2010	FP 2011	FP 2012	FP 2013	FP 2014
0 Allgemeine Verwaltung						
Ausgaben	14.0	15.4	27.7	35.8	25.9	22.4
Einnahmen	-0.1	0.0	-2.1	-3.6	-4.1	-4.0
Nettoinvestitionen	13.9	15.4	25.6	32.2	21.8	18.4
1 Öffentliche Sicherheit, Justiz, Polizei						
Ausgaben	7.5	5.3	4.7	4.1	3.7	3.7
Einnahmen	-3.7	-1.5	-1.1	-0.7	-0.5	-0.5
Nettoinvestitionen	3.8	3.8	3.6	3.4	3.2	3.2
2 Bildung						
Ausgaben	19.1	23.2	30.8	44.8	54.8	33.4
Einnahmen	-2.5	-6.1	-11.0	-12.4	-15.5	-6.8
Nettoinvestitionen	16.7	17.1	19.8	32.4	39.3	26.6
3 Kultur und Freizeit						
Ausgaben	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
4 Gesundheit						
Ausgaben	29.9	31.0	20.1	21.7	26.1	42.2
Einnahmen	-0.1	-0.1	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	29.8	30.9	20.1	21.7	26.1	42.2
5 Soziale Wohlfahrt						
Ausgaben	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
6 Verkehr						
Ausgaben	83.1	108.1	98.2	80.1	87.1	76.6
Einnahmen	-41.5	-52.0	-41.1	-32.9	-37.1	-28.9
Nettoinvestitionen	41.5	56.1	57.1	47.2	50.1	47.8
7 Umwelt, Raumordnung						
Ausgaben	1.8	10.6	19.0	19.4	24.8	21.8
Einnahmen	-1.8	-7.1	-10.7	-10.0	-12.4	-10.2
Nettoinvestitionen	0.0	3.5	8.3	9.5	12.3	11.6
8 Volkswirtschaft						
Ausgaben	10.6	7.6	7.7	7.7	7.7	7.7
Einnahmen	-7.4	-4.3	-4.4	-4.4	-4.4	-4.4
Nettoinvestitionen	3.2	3.4	3.4	3.4	3.4	3.4
9 Finanzen und Steuern						
Ausgaben	1.1	1.1	0.7	0.7	0.7	0.7
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	1.1	1.1	0.7	0.7	0.7	0.7
Gesamttotal						
Ausgaben	167.1	202.2	208.8	214.3	230.8	208.5
Einnahmen	-57.1	-71.0	-70.3	-64.0	-74.0	-54.7
Nettoinvestitionen	109.9	131.1	138.5	150.3	156.8	153.8

2.2.5 Volkswirtschaftliche Gliederung Erfolgsrechnung in Mio. Franken

	RE 2009	VA 2010	FP 2011	FP 2012	FP 2013	FP 2014
3 Aufwand	1'739.7	1'803.7	1'829.9	1'909.0	1'944.5	1'983.0
30 Personalaufwand	400.4	413.0	412.1	407.4	407.2	407.4
300 Behörden, Kommissionen und Richter	7.2	7.5	8.0	8.0	8.0	8.0
301 Bes. Verwaltungs- und Betriebspersonal	242.7	253.1	254.6	254.9	255.2	255.4
302 Löhne der Lehrkräfte	71.7	73.7	70.7	66.2	65.7	65.7
303 Sozialversicherungsbeiträge	26.1	25.7	27.1	26.8	26.8	26.8
304 Personalversicherungsbeiträge	41.7	43.3	42.6	42.4	42.4	42.4
305 Unfall- und Krankenversicherungsbeiträge	0.9	0.9	0.6	0.6	0.6	0.6
306 Dienstkl., Wohnungs- und Verpflegungzul.	0.4	0.3	0.3	0.3	0.3	0.3
307 Rentenleistungen	5.2	5.0	5.1	5.1	5.1	5.1
308 Entschädigungen für temp. Arbeitskräfte	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1
309 Übriger Personalaufwand	4.5	3.4	3.0	3.0	3.0	3.0
31 Sachaufwand	143.4	149.6	153.8	152.0	153.0	154.8
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	13.8	14.0	13.9	14.0	14.0	14.0
311 Mobilien, Maschinen, Fahrzeuge	9.0	8.9	9.1	8.9	8.7	8.7
312 Wasser, Energie und Heizmaterialien	4.3	4.9	4.9	4.9	4.9	4.9
313 Verbrauchsmaterialien	7.3	6.9	6.8	6.8	6.9	7.0
314 Baulicher Unterhalt durch Dritte	26.5	25.3	28.0	26.3	26.7	27.9
315 Übriger Unterhalt durch Dritte	7.7	8.8	8.9	8.9	8.9	8.9
316 Mieten, Pachten und Benützungskosten	13.6	14.8	14.9	14.8	14.8	15.1
317 Spesenentschädigungen	4.2	4.3	4.3	4.3	4.3	4.3
318 Dienstleistungen und Honorare	49.0	53.3	54.9	54.9	55.3	55.5
319 Übriger Sachaufwand	8.0	8.5	8.1	8.2	8.4	8.5
32 Passivzinsen	27.2	24.8	22.4	26.4	36.4	47.4
321 Kurzfristige Schulden	0.0	0.5	0.4	0.4	0.4	0.4
322 Mittel- und langfristige Schulden	19.9	17.3	14.2	18.3	28.3	39.3
323 Sonderrechnungen	2.7	3.5	3.4	3.4	3.4	3.4
329 Übrige Zinsen	4.5	3.5	4.4	4.4	4.4	4.4
33 Abschreibungen	97.4	108.2	109.9	97.0	98.1	109.3
330 Finanzvermögen	20.6	16.4	18.1	18.1	18.1	18.1
331 Abschreibung Verwaltungsvermögen	36.0	38.7	38.7	39.7	40.7	41.7
334 Abschreibung Spezialfinanzierungen	40.9	55.8	53.0	39.1	39.2	49.5
335 Rückstellungen	0.0	-2.7	0.0	0.0	0.0	0.0
34 Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung	14.0	16.6	11.0	11.0	11.0	11.0
341 Beiträge an Gemeinden	14.0	16.6	11.0	11.0	11.0	11.0
35 Entschädigungen an Gemeinwesen	86.0	86.6	90.6	92.3	94.3	94.3
350 Bund	0.2	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1
351 Kantone	73.9	73.6	78.1	79.4	81.4	81.4
352 Gemeinden	12.0	12.8	12.3	12.8	12.8	12.8
36 Eigene Beiträge	881.0	929.8	955.2	1'047.8	1'069.5	1'083.8
360 Beiträge an Bund	10.2	9.0	9.4	9.5	9.6	9.9
361 Beiträge an Kantone	6.9	11.9	11.8	14.6	17.9	18.4
362 Beiträge an Gemeinden	152.0	166.0	167.0	177.1	179.4	179.9
363 Beiträge an eigene Anstalten	251.6	254.0	258.0	262.8	265.8	270.8
364 Beiträge an gemischtwirtsch. Unternehm.	135.7	145.0	113.6	179.0	181.5	183.7
365 Beiträge an private Institutionen	50.7	47.9	97.3	99.8	103.2	105.5
366 Beiträge an private Haushalte	273.9	296.0	298.1	304.9	312.0	315.6
37 Durchlaufende Beiträge	78.1	72.9	72.9	72.9	72.9	72.9
370 Durchlaufende Beiträge an Bund	0.8	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
372 Durchlaufende Beiträge an Gemeinden	0.5	0.5	0.5	0.5	0.5	0.5
376 Durchl. Beiträge an priv. Haushalte	76.9	72.5	72.5	72.5	72.5	72.5
38 Einlagen in Spezialfin. und Stiftungen	12.2	2.2	2.2	2.2	2.2	2.2
380 Einlagen in Spezialfin. und Stiftungen	12.2	2.2	2.2	2.2	2.2	2.2

	RE 2009	VA 2010	FP 2011	FP 2012	FP 2013	FP 2014
4 Ertrag	-1'931.6	-1'800.2	-1'822.4	-1'788.6	-1'812.9	-1'829.9
40 Steuern	-915.4	-842.0	-865.5	-855.0	-877.4	-881.4
400 Einkommens- und Vermögenssteuern	-604.8	-581.5	-609.5	-593.5	-610.5	-614.5
401 Ertrags- und Kapitalsteuern	-175.2	-120.5	-126.0	-131.5	-136.9	-136.9
403 Vermögensgewinnsteuern	-17.0	-17.3	-17.3	-17.3	-17.3	-17.3
404 Vermögensverkehrssteuern	-35.1	-35.5	-25.5	-25.5	-25.5	-25.5
405 Erbschafts- und Schenkungssteuern	-18.9	-22.3	-22.3	-22.3	-22.3	-22.3
406 Besitz- und Aufwandsteuern	-64.4	-64.9	-64.9	-64.9	-64.9	-64.9
41 Regalien und Konzessionen	-9.2	-8.8	-8.8	-8.8	-8.8	-8.8
410 Regalien und Konzessionen	-9.2	-8.8	-8.8	-8.8	-8.8	-8.8
42 Vermögenserträge	-122.6	-71.1	-70.6	-71.3	-72.1	-75.6
420 Banken	-0.7	-0.1	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2
421 Guthaben	-8.8	-5.9	-7.3	-7.0	-7.0	-7.0
422 Anlagen des Finanzvermögens	-3.5	-2.6	-2.1	-2.1	-2.1	-2.1
423 Liegenschaftserträge des Finanzvermögens	-2.9	-2.4	-2.7	-2.7	-2.7	-2.7
424 Buchgew. auf Anlagen des Finanzvermögen	-52.3	-3.8	-2.5	-3.0	-1.0	-1.0
426 Beteiligungen des Verwaltungsvermögens	-15.8	-16.4	-17.2	-17.2	-17.2	-17.2
427 Liegenschaftserträge des Verwaltungsver.	-38.6	-39.9	-38.6	-39.1	-41.8	-45.4
428 Buchgewinne auf dem Verwaltungsvermögen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
429 übrige	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
43 Entgelte	-159.9	-151.6	-152.7	-152.7	-152.9	-152.9
431 Gebühren für Amtshandlungen	-71.3	-70.8	-71.2	-71.2	-71.2	-71.2
432 Spital- und Heimtaxen	-10.4	-12.1	-12.1	-12.1	-12.1	-12.1
433 Schulgelder	-4.3	-3.5	-3.7	-3.6	-3.6	-3.6
434 Andere Benützungsgebühren, Dienstl.	-18.9	-14.6	-14.5	-14.5	-14.5	-14.5
435 Verkäufe	-10.8	-6.8	-6.8	-6.8	-6.8	-6.8
436 Rückerstattungen	-8.1	-9.8	-9.8	-9.7	-9.9	-9.9
437 Bussen	-29.6	-28.6	-29.3	-29.3	-29.3	-29.3
438 Eigenleistungen für Investitionen	-2.5	-2.4	-2.4	-2.4	-2.4	-2.4
439 Übrige	-4.0	-3.0	-3.0	-3.0	-3.0	-3.0
44 Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung	-358.9	-329.1	-330.6	-318.7	-319.0	-319.1
440 Anteile an Bundeseinnahmen	-358.9	-329.1	-330.6	-318.7	-319.0	-319.1
45 Rückerstattungen von Gemeinwesen	-22.1	-22.0	-21.3	-20.6	-20.1	-19.4
450 Bund	-5.4	-5.9	-5.9	-5.9	-5.9	-5.9
451 Kantone	-13.8	-13.8	-12.9	-12.2	-11.6	-10.9
452 Gemeinden	-2.9	-2.4	-2.5	-2.6	-2.6	-2.6
46 Beiträge für eigene Rechnung	-261.8	-271.4	-269.2	-274.2	-278.7	-281.0
460 Beiträge von Bund	-150.4	-153.8	-153.7	-157.4	-160.2	-160.9
461 Beiträge von Kantonen	-0.6	-0.5	-0.6	-0.7	-0.7	-0.7
462 Beiträge von Gemeinden	-103.9	-110.4	-108.7	-110.0	-111.7	-113.3
463 Beiträge von eigenen Anstalten	-0.3	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2
469 Beiträge von Übrigen	-6.6	-6.4	-5.9	-5.9	-5.9	-5.9
47 Durchlaufende Beiträge	-78.1	-72.9	-72.9	-72.9	-72.9	-72.9
470 Durchlaufende Beiträge von Bund	-77.6	-72.5	-72.5	-72.5	-72.5	-72.5
472 Durchlaufende Beiträge von Gemeinden	-0.5	-0.5	-0.5	-0.5	-0.5	-0.5
48 Entnahmen aus Spezialfinanzierungen	-3.6	-31.2	-30.7	-14.4	-11.0	-18.6
480 Entnahmen aus Spezialfinanzierungen	-3.6	-31.2	-30.7	-14.4	-11.0	-18.6
Gesamttotal						
3 Aufwand	1'739.7	1'803.7	1'829.9	1'909.0	1'944.5	1'983.0
4 Ertrag	-1'931.6	-1'800.2	-1'822.4	-1'788.6	-1'812.9	-1'829.9
Saldo	-191.9	3.5	7.6	120.3	131.6	153.2

2.2.6 Volkswirtschaftliche Gliederung Investitionsrechnung in Mio. Franken

	RE 2009	VA 2010	FP 2011	FP 2012	FP 2013	FP 2014
5 Ausgaben	167.1	202.2	208.8	214.3	230.8	208.5
50 Sachgüter	144.4	181.3	181.7	181.6	187.3	181.2
501 Tiefbauten	78.2	109.2	101.8	77.6	80.5	83.2
503 Hochbauten	53.1	61.4	69.0	93.4	96.2	87.4
506 Mobilien, Maschinen, Fahrzeuge	13.1	10.7	11.0	10.6	10.7	10.7
52 Darlehen und Beteiligungen	4.3	6.3	11.9	16.9	11.6	6.5
525 Private Institutionen	2.5	4.5	9.9	14.9	9.6	4.5
526 Private Haushalte	1.8	1.8	2.0	2.0	2.0	2.0
56 Eigene Beiträge	9.8	8.8	9.7	9.8	26.3	15.7
560 Bund	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
562 Gemeinden	2.0	2.2	2.3	2.7	3.1	3.1
564 Gemischtwirtschaftliche Unternehmungen	4.5	4.0	3.7	3.2	2.7	2.7
565 Private Institutionen	2.4	1.9	3.0	3.1	19.7	9.1
566 Private Haushalte	0.9	0.8	0.8	0.8	0.8	0.8
57 Durchlaufende Beiträge	8.1	5.8	5.5	6.1	5.6	5.2
572 Gemeinden	0.6	1.6	1.2	1.8	1.3	0.9
574 Gemischtwirtschaftliche Unternehmungen	2.9	2.7	2.8	2.8	2.8	2.8
576 Private Haushalte	4.6	1.5	1.5	1.5	1.5	1.5
58 Übrige zu aktivierende Ausgaben	0.5	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
580 Materielle Enteignungen	0.5	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
6 Einnahmen	-57.1	-71.0	-70.3	-64.0	-74.0	-54.7
60 Abgang von Sachgütern	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
606 Mobilien, Maschinen, Fahrzeuge	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
62 Rückz. von Darlehen und Beteiligungen	-4.4	-4.1	-4.1	-3.8	-3.8	-3.3
624 Gemischtwirtschaftliche Unternehmungen	-0.1	-0.1	0.0	0.0	0.0	0.0
625 Private Institutionen	-2.7	-2.5	-2.6	-2.3	-2.3	-1.8
626 Private Haushalte	-1.6	-1.5	-1.5	-1.5	-1.5	-1.5
66 Beiträge für eigene Rechnung	-44.6	-61.2	-60.7	-54.1	-64.6	-46.2
660 Bund	-26.6	-41.5	-37.2	-30.6	-38.7	-23.0
661 Kantone	-0.2	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
662 Gemeinden	-15.8	-18.7	-20.7	-21.8	-24.2	-21.9
669 Übrige	-0.2	-1.1	-2.8	-1.7	-1.7	-1.3
67 Durchlaufende Beiträge	-8.1	-5.8	-5.5	-6.1	-5.6	-5.2
670 Bund	-8.1	-5.8	-5.5	-6.1	-5.6	-5.2
Gesamttotal						
5 Ausgaben	167.1	202.2	208.8	214.3	230.8	208.5
6 Einnahmen	-57.1	-71.0	-70.3	-64.0	-74.0	-54.7
Nettoinvestitionen	109.9	131.1	138.5	150.3	156.8	153.8

2.3 Finanzkennzahlen

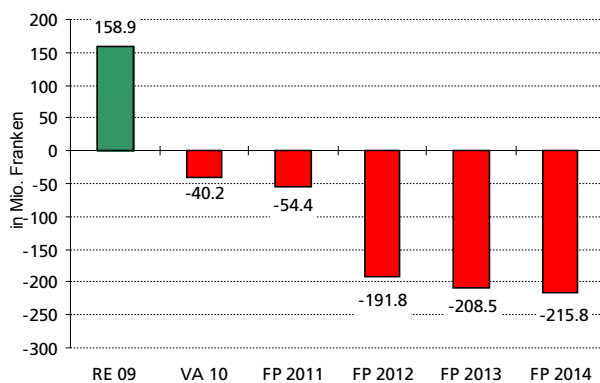
in Mio. Fr. bzw. %	RE 09	VA 10	FP 2011	FP 2012	FP 2013	FP 2014
Cash Flow	219.6	90.9	84.1	-41.5	-51.7	-62.0
Abschreibungen auf Investitionen	-76.9	-94.5	-91.7	-78.8	-79.9	-91.2
Operatives Ergebnis Erfolgsrechnung	142.7	-3.6	-7.6	-120.3	-131.6	-153.2
a.o.Ertrag:Neustrukturierung ALPIQ-Aktien	49.2					
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	191.9	-3.6	-7.6	-120.3	-131.6	-153.2
Nettoinvestitionen	109.9	131.1	138.5	150.3	156.8	153.8
Finanzierungsüberschuss, -fehlbetrag	158.9	-40.2	-54.4	-191.8	-208.5	-215.8
Selbstfinanzierungsgrad	200%	69%	61%	-28%	-33%	-40%
Nettoverschuldung ¹	14.6	54.8	109.2	301.0	509.4	725.3
Dito, in Fr. pro Einwohner ¹	57	214	424	1'164	1'963	2'784
Eigenkapital per 31.12	472.8	469.2	461.2	341.3	209.7	56.5
Einwohner Ende Jahr in Tausend ²	254.4	256.8	257.4	258.4	259.4	260.4

¹ Zahlen im Voranschlag 2010 sind aufgrund der Rechnungsergebnisse 2009 ,aktualisiert.

² Anpassungen aufgrund der Bevölkerungsprognose.

Finanzierungsüberschuss, - fehlbetrag

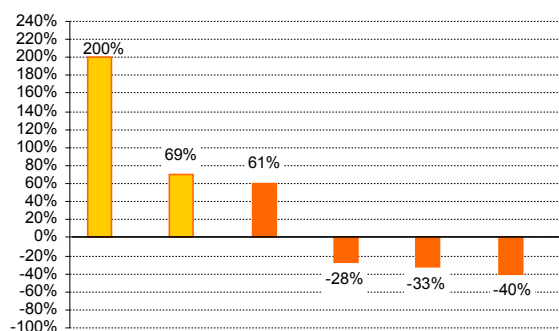
(in Mio. Franken)



Ab dem Planjahr 2012 besteht ein deutlicher Finanzierungsfehlbetrag von über 190 Mio. Fr., welcher in den weiteren Planjahren zunimmt.

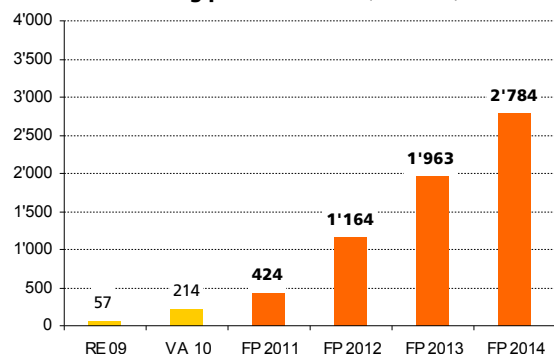
Selbstfinanzierungsgrad

Vorgabe FIKO; >100%



Der Selbstfinanzierungsgrad zeigt das Verhältnis von Selbstfinanzierung (erarbeitetes Kapital: Cash flow) zu den Nettoinvestitionen. Bewusst wurde aufgrund der Wirtschaftskrise die Investitionstätigkeit des Staates nicht reduziert, was einen Selbstfinanzierungsgrad unter 100% bereits ab dem Voranschlag 2010 zur Folge hat.

Nettoverschuldung pro Einwohner (in Franken)



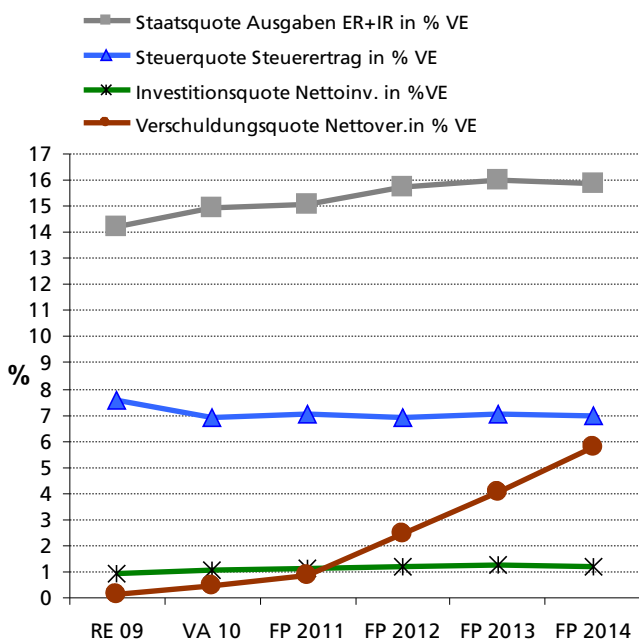
Die Nettoverschuldung würde aufgrund der schlechten Ergebnissen in den Planjahren wieder massiv zunehmen.

2.3.1 Kennzahlen in % vom Volkseinkommen (VE)

in Mio. Fr. bzw. %	RE 09	VA 10	FP 2011	FP 2012	FP 2013	FP 2014
Geschätzte Zunahme VE in % ⁴	-1.7%	1.4%	2.0%	1.0%	1.0%	1.0%
Volkseinkommen VE	12'063	12'170	12'254	12'376	12'500	12'625
Staatsquote Ausgaben ER+IR in % VE	14.2	14.9	15.1	15.7	16.0	15.9
Steuerertrag (inkl.MfZ-Steuer)	915.4	842.0	865.5	855.0	877.4	881.4
Steuerquote Steuerertrag in % VE	7.6	6.9	7.1	6.9	7.0	7.0
Nettoinvestitionen (Konto 5-6)	109.9	131.1	138.5	150.3	156.8	153.8
Investitionsquote Nettoinv. in %VE	0.9	1.1	1.1	1.2	1.3	1.2
Nettoverschuldung	14.6	54.8	109.2	301.0	509.4	725.3
Verschuldungsquote Nettover.in % VE	0.1	0.5	0.9	2.4	4.1	5.7

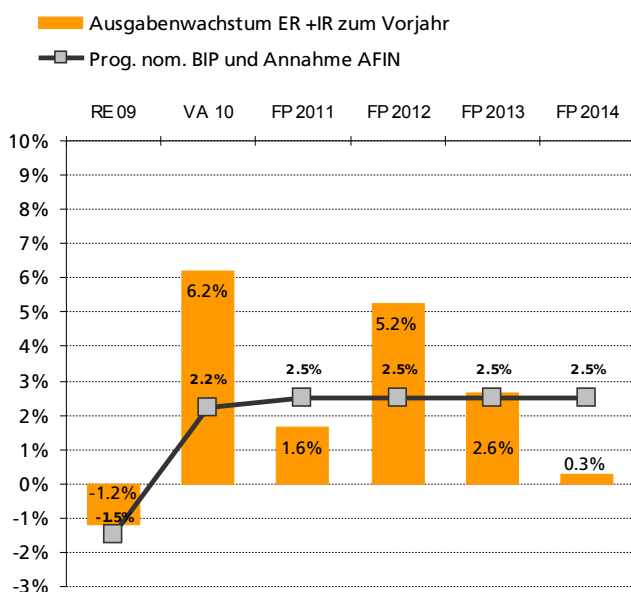
⁴ Basis provisorische Zahlen 2007 vom Bundesamt für Statistik.

Kennzahlen in % vom Volkseinkommen



In den Finanzplanjahren steigt die Verschuldungsquote von 0.9% auf 5.7% im Jahr 2014. Die Staatsquote erhöht sich um rund 2% bis ins Jahr 2014.

Ausgabenwachstum in % zum BIP



Das Bruttoinlandprodukt (BIP) misst das Wirtschaftswachstum einer Volkswirtschaft und ist ein interessanter Wert im Vergleich zum Ausgabenwachstum des Kantons. Das SECO geht von einer Steigerung des realen BIP 2010 von +1.4% und einem Landesindex der Konsumentenpreise von +0.8% aus, was etwa einem nominellen BIP von 2.2% entspricht. Ab 2011 nehmen wir ein nominelles BIP von 2.5% an. Grundsätzlich sollte angestrebt werden, dass das Ausgabenwachstum nicht höher als das BIP ist. Dieser Grundsatz wäre nur in den Planjahren 2011 und 2014 erfüllt.

2.4 Finanzielle Veränderungen gegenüber IAFP 2010 – 2013

2.4.1 Erfolgsrechnung

	Vorjahr					Vorjahr			
	RE 2009	VA 2010	FP 2011	FP 2011	Diff.	FP 2012	FP 2012	Diff.	
Total alle Departemente									
Aufwand	1'739.7	1'803.7	1'848.1	1'829.9	-18.2	1'932.4	1'909.0	-23.4	
Ertrag	-1'931.6	-1'800.2	-1'787.4	-1'822.4	-35.0	-1'791.9	-1'788.6	3.3	
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
Saldo	-191.9	3.5	60.8	7.6	-53.2	140.4	120.3	-20.1	

Beim Vergleich zur Vorjahresplanung „FP Vorjahr 2011“ zu „FP 2011 und 2012“ ist zu beachten, dass in den Vorjahren keine Teuerung eingerechnet ist. Im aktuellen „FP 2011“ ist die Teuerung von 1% (rund 6.8 Mio.Fr.) aufgerechnet. Die Lohnmassnahmen werden von den Sozialpartnern alljährlich ausgehandelt.

	Vorjahr					Vorjahr			
	RE 2009	VA 2010	FP 2011	FP 2011	Diff.	FP 2012	FP 2012	Diff.	
1. Behörden und Staatskanzlei									
Aufwand	17.1	16.8	17.1	17.1	0.0	17.1	16.9	-0.2	
Ertrag	-3.6	-3.4	-3.4	-3.4	0.0	-3.4	-3.3	0.0	
Verrechnungen	-7.2	-7.4	-7.5	-7.4	0.1	-7.6	-7.4	0.1	
Saldo	6.2	6.1	6.2	6.4	0.2	6.2	6.2	0.0	

Für den Bereich Behörden/Staatskanzlei gibt es keine relevanten Abweichungen, welche zu begründen wären.

	Vorjahr					Vorjahr			
	RE 2009	VA 2010	FP 2011	FP 2011	Diff.	FP 2012	FP 2012	Diff.	
2. Bau- und Justizdepartement									
Aufwand	207.2	231.6	233.2	238.6	5.4	223.4	223.9	0.4	
Ertrag	-102.3	-119.6	-117.0	-122.8	-5.8	-106.9	-107.9	-1.0	
Verrechnungen	-83.1	-78.8	-80.9	-78.2	2.7	-80.9	-78.3	2.6	
Saldo	21.8	33.2	35.3	37.6	2.3	35.7	37.7	2.0	

Der höhere Aufwand wird verursacht durch die höheren Beiträge des Amt für Umwelt an Gemeindeverbände zur Sanierung von Kläranlagen. Die Beiträge werden über den auslaufenden Abwasserfonds finanziert. Deshalb steht dem erhöhten Aufwand ein Ertrag in derselben Höhe als Entnahme aus der Spezialfinanzierung gegenüber.

Höhere Abschreibungen von Investitionsbeiträgen an Unternehmungen des öffentlichen Verkehrs schlagen sich buchhalterisch als erhöhte interne Verrechnungen nieder.

	Vorjahr					Vorjahr			
	RE 2009	VA 2010	FP 2011	FP 2011	Diff.	FP 2012	FP 2012	Diff.	
3. Departement für Bildung und Kultur									
Aufwand	425.3	439.5	467.9	456.6	-11.3	480.5	468.9	-11.6	
Ertrag	-44.7	-41.6	-47.2	-40.1	7.1	-56.4	-39.9	16.6	
Verrechnungen	24.9	26.3	26.6	26.5	-0.2	26.6	26.5	-0.2	
Saldo	405.5	424.3	447.4	442.9	-4.4	450.8	455.5	4.7	

Abweichung zum FP2011 des Vorjahres aufgrund:

Minderaufwand 11,3 Mio. Fr.: Im Bereich Sonderschulung war ein Finanzausgleich unter den Gemeinden geplant. Die Mittel dafür, 11,0 Mio. Fr., wurden als durchlaufende Beiträge an Gemeinden budgetiert. Der Finanzausgleich wurde noch nicht realisiert.

Minderertrag 7,1 Mio. Fr.: weil der Finanzausgleich unter den Gemeinden noch nicht realisiert wurde, fallen 11,0 Mio. Fr. durchlaufende Beiträge weg. Höhere Beiträge von Gemeinden an progymnasialen Unterricht an den Mittelschulen + 3.0 Mio. Fr., höhere Rückerstattung vom Bund an „interkulturelle Vermittlung im Berufswahlprozess“ + 0.3 Mio. Fr., höhere Schulgelder Berufsbildung + 0.3 Mio. Fr. und höhere Bundesbeiträge Berufsbildung 0.4 Mio. Fr. führten zur festgestellten Abweichung.

Abweichung zum FP2012 des Vorjahres aufgrund:

Minderaufwand 11,6 Mio. Fr.: noch nicht realisierter Finanzausgleich unter den Gemeinden im Bereich Sonderschulung – 16,5 Mio. Fr., höhere Beiträge an Gemeinden für Lehrerlöhne und

Ersatzaufwendungen für Teuerung und Stufenanstieg + 3.4 Mio.Fr., Projekte EDK, Bildungsraum Nordwestschweiz + 1.0 Mio. Fr., Entschädigung für Lehrstellenmarketing an den Gewerbeverband + 0.2 Mio. Fr., Einführungskurse für Lehrlinge + 0.5 Mio. Fr., Lehrabschlussprüfungen + 0.1 Mio. Fr., Anschaffungen Informatik kantonale Schulen + 0.6 Mio. Fr. (liefen bisher über die Investitionsrechnung), Unterrichtsmaterial Mittelschulen + 0.2 Mio. Fr., Besoldungen Lehrer -0.6 Mio. Fr. führten zur festgestellten Abweichung.

Der Minderertrag von 16,6 Mio. Fr. ist auf den noch nicht realisierten Finanzausgleich unter den Gemeinden im Bereich Sonderschulung zurückzuführen (-16,5 Mio. Fr.)

	Vorjahr				Diff.	Vorjahr			Diff.
	RE 2009	VA 2010	FP 2011	FP 2011		FP 2012	FP 2012		
4. Finanzdepartement									
Aufwand	163.8	156.3	164.5	158.7	-5.8	169.5	163.1	-6.5	
Ertrag	-1'347.0	-1'184.7	-1'184.0	-1'212.6	-28.5	-1'185.7	-1'189.9	-4.2	
Verrechnungen	1.0	-11.3	-10.3	-11.8	-1.4	-9.7	-11.2	-1.5	
Saldo	-1'182.2	-1'039.8	-1'029.9	-1'065.6	-35.7	-1'025.8	-1'038.0	-12.1	

Abweichung zum FP2011 des Vorjahres aufgrund:

Aufwandseite: Zinsen auf langfristigen Darlehen und Vorschüssen -7 Mio.Fr.

Ertragsseite: Staatssteuer NP +45 Mio.Fr, Staatssteuer JP +1.1 Mio.Fr., Quellensteuer +2 Mio.Fr., Handänderungssteuer -10 Mio.Fr., Anteil LSVA -2.2 Mio.Fr., Anteil Direkte Bundessteuer +6 Mio.Fr., Anteil Verrechnungssteuer +2 Mio.Fr.

Verrechnungen: Zuweisung LSVA an Strassenaufonds -2.2 Mio.Fr., Allgemeiner Overhead -1.6 Mio.Fr., Abschreibungen Verwaltungsvermögen +3.1 Mio.Fr.

Abweichung zum FP2012 des Vorjahres aufgrund:

Aufwandseite: Zinsen auf langfristigen Darlehen und Vorschüssen -7 Mio.Fr.

Ertragsseite: Staatssteuer NP +28 Mio.Fr, Staatssteuer JP -1.1 Mio.Fr., Quellensteuer +2 Mio.Fr., Handänderungssteuer -10 Mio.Fr., Allg. Treibstoffzollanteil +1.1 Mio.Fr., Anteil LSVA -2.2 Mio.Fr., Anteil Direkte Bundessteuer +6 Mio.Fr., NFA Ressourcenausgleich -23.8 Mio.Fr.

Verrechnungen: Zuweisung Treibstoffzollanteil an Strassenaufonds +1.1 Mio.Fr., Zuweisung LSVA an Strassenaufonds -2.2 Mio.Fr., Allgemeiner Overhead -1.6 Mio.Fr., Abschreibungen Verwaltungsvermögen +3.1 Mio.Fr.

	Vorjahr				Diff.	Vorjahr			Diff.
	RE 2009	VA 2010	FP 2011	FP 2011		FP 2012	FP 2012		
5. Departement des Innern									
Aufwand	726.9	761.2	769.8	762.5	-7.4	844.3	841.0	-3.3	
Ertrag	-306.1	-321.5	-314.2	-319.8	-5.6	-317.3	-324.1	-6.8	
Verrechnungen	67.7	69.8	70.9	70.0	-0.9	70.9	70.0	-0.9	
Saldo	488.4	509.6	526.5	512.6	-13.9	597.9	586.9	-11.1	

Die Abweichungen zum FP 2011 des Vorjahres aufgrund:

Beiträge an die Solothurner Spitäler AG (soH): -7 Mio. Fr., Spitalbehandlungen gemäss KVG: -2 Mio. Fr., Kostgelder Straf- und Massnahmenvollzug: -1 Mio. Fr., Amt für öffentliche Sicherheit: -2 Mio. Fr.

	Vorjahr				Diff.	Vorjahr			Diff.
	RE 2009	VA 2010	FP 2011	FP 2011		FP 2012	FP 2012		
6. Volkswirtschaftsdepartement									
Aufwand	178.6	176.3	169.9	172.7	2.8	171.8	171.7	-0.1	
Ertrag	-123.0	-124.1	-116.4	-118.2	-1.8	-117.2	-118.2	-0.9	
Verrechnungen	-5.4	-1.0	-1.4	-1.5	0.0	-2.1	-1.9	0.1	
Saldo	50.2	51.2	52.0	53.0	1.0	52.5	51.6	-0.9	

Die Veränderungen ergeben sich vor allem aufgrund der angepassten Steuerungsgrössen im Finanzausgleich und der Teuerungsanpassung bei den Löhnen.

	Vorjahr				Diff.	Vorjahr			Diff.
	RE 2009	VA 2010	FP 2011	FP 2011		FP 2012	FP 2012		
7. Gerichte									
Aufwand	20.8	22.0	25.7	23.6	-2.0	25.7	23.4	-2.2	
Ertrag	-4.9	-5.3	-5.1	-5.4	-0.4	-5.1	-5.4	-0.4	
Verrechnungen	2.2	2.4	2.6	2.4	-0.2	2.6	2.4	-0.2	
Saldo	18.1	19.1	23.3	20.6	-2.6	23.3	20.4	-2.8	

2.4.2 Investitionsrechnung

	Vorjahr					Vorjahr			
	RE 2009	VA 2010	FP 2011	FP 2011	Diff.	FP 2012	FP 2012	Diff.	
Total alle Departemente									
Ausgaben	167.1	202.2	201.3	208.8	7.5	196.8	214.3	17.5	
Einnahmen	-57.1	-71.0	-65.4	-70.3	-4.9	-58.3	-64.0	-5.6	
Nettoinvestitionen	109.9	131.1	135.9	138.5	2.6	138.5	150.3	11.8	

Im Total der Ausgaben sind die Auflösungen der GB-Reserven in der RE09 von 0.5 Mio.Fr. eingerechnet. Die Veränderungen der Investitionsrechnung sind deutlich geringer als in der Erfolgsrechnung. Behörden und Staatskanzlei sowie die Gerichte führen keine Investitionsrechnung.

	Vorjahr					Vorjahr			
	RE 2009	VA 2010	FP 2011	FP 2011	Diff.	FP 2012	FP 2012	Diff.	
2. Bau- und Justizdepartement									
Ausgaben	139.6	180.9	180.5	188.0	7.5	176.2	193.6	17.4	
Einnahmen	-44.7	-65.3	-59.6	-64.4	-4.8	-52.6	-58.1	-5.5	
Nettoinvestitionen	94.8	115.6	120.9	123.6	2.7	123.6	135.4	11.9	

Die höheren Investitionen im Bereich des öffentlichen Verkehrs (Ausbauten BLT Leimental, RBS und ASM) lassen die Investitionen des Bau- und Justizdepartement im Jahr 2011 ansteigen. Höhere Ausgaben für den Hochwasserschutz sowie Investitionen in den öffentlichen Verkehr (Agglomerationsprogramme) führen gegenüber der Planung im Vorjahr zu einer Steigerung der Investitionen im Jahr 2012.

	Vorjahr					Vorjahr			
	RE 2009	VA 2010	FP 2011	FP 2011	Diff.	FP 2012	FP 2012	Diff.	
3. Departement für Bildung und Kultur									
Ausgaben	3.3	1.8	2.4	2.0	-0.4	2.4	2.0	-0.4	
Einnahmen	-2.5	-1.5	-1.5	-1.5	0.0	-1.5	-1.5	0.0	
Nettoinvestitionen	0.8	0.3	0.9	0.5	-0.4	0.9	0.5	-0.4	

	Vorjahr					Vorjahr			
	RE 2009	VA 2010	FP 2011	FP 2011	Diff.	FP 2012	FP 2012	Diff.	
4. Finanzdepartement									
Ausgaben	7.8	8.6	8.6	8.6	0.0	8.6	8.6	0.0	
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
Nettoinvestitionen	7.8	8.6	8.6	8.6	0.0	8.6	8.6	0.0	

	Vorjahr					Vorjahr			
	RE 2009	VA 2010	FP 2011	FP 2011	Diff.	FP 2012	FP 2012	Diff.	
5. Departement des Innern									
Ausgaben	5.1	2.2	1.9	1.9	0.0	1.8	1.8	0.0	
Einnahmen	-2.5	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
Nettoinvestitionen	2.7	2.2	1.9	1.9	0.0	1.8	1.8	0.0	

	Vorjahr					Vorjahr			
	RE 2009	VA 2010	FP 2011	FP 2011	Diff.	FP 2012	FP 2012	Diff.	
6. Volkswirtschaftsdepartement									
Ausgaben	11.3	8.7	7.9	8.4	0.5	7.9	8.4	0.5	
Einnahmen	-7.4	-4.3	-4.3	-4.4	-0.1	-4.3	-4.4	-0.1	
Nettoinvestitionen	3.8	4.5	3.7	4.0	0.4	3.7	4.0	0.4	

Es ergeben sich keine nennenswerten Abweichungen in diesen Departementen.

2.5 Eingeschränkte Handlungsautonomie

Viele finanzielle Ressourcen sind durch exogene Faktoren (vom Bund vorgegebene Vollzugsaufgaben oder Kooperationen mit anderen Kantonen) teilweise oder vollständig gebunden. Ein aktuelles Beispiel stellt die KVG-Revision auf Bundesebene dar, welche den Kanton Solothurn ab dem Jahr 2012 mit 60 Mio.Fr. mehr belastet. Es stellt sich deshalb die Frage, was von den zuständigen Behörden des Kanton Solothurn direkt beeinflusst werden kann und worauf sich die internen Ressourcen zu richten haben. Das Finanzplanjahr 2014 wurde beigefügt und auf diese Fragestellung hin ausgewertet, um allfällige Tendenzen festzustellen. Das Amt für Finanzen hat sämtliche Profitcenter / Globalbudgets nach dem Kriterium der Selbstbestimmung und Entscheidungsgewalt einer der vier folgenden Gruppen zugeordnet:

1. Kanton Solothurn
2. Spezialfinanzierungen
3. Kooperationen (mit anderen Kantonen oder Institutionen)
4. Dritte (Bund, Gemeinden).

Die Zuteilung der einzelnen Profitcenter beinhaltet einen Ermessensspielraum. Zusätzlich wurden die Profitcenter nach Globalbudgets und Finanzgrössen unterschieden. Damit entstehen acht Felder, welche den Grad der Einflussmöglichkeiten respektive der Handlungsautonomie aufteilt in hoch, neutral, geteilt und gering.

Wesentliche Veränderungen VA 2010 zu FP 2014

in % zum Gesamtaufwand und Ertrag

Finanzgrössen	Kanton Solothurn			Spezialfinanzierungen			Kooperationen mit anderen Kt. halbprivaten Inst.			Dritte Bund, Gemeinden, usw.		
	VA 10	FP 14	Diff.	VA 10	FP 14	Diff.	VA 10	FP 14	Diff.	VA 10	FP 14	Diff.
Aufwand	5%	6%	1%	6%	5%	-1%	13%	14%	1%	24%	27%	3%
Ertrag	48%	49%	2%	6%	5%	-1%	1%	1%	0%	27%	27%	0%
Globalbudgets	VA 10	FP 14	Diff.	VA 10	FP 14	Diff.	VA 10	FP 14	Diff.	VA 10	FP 14	Diff.
Aufwand	28%	25%	-2%	1%	1%	0%	21%	20%	-1%	2%	2%	0%
Ertrag	13%	12%	0%	1%	1%	0%	2%	2%	0%	1%	1%	0%
Autonomie KTSO	hoch			neutral			geteilt			gering		

In den einzelnen Feldern ist der Prozentsatz der Veränderung vom Voranschlag 2010 und dem Finanzplan 2014 aufgeführt. Betrachtet man die grössten Aufwand- und Ertragsveränderungen vom Voranschlag 2010 und dem Finanzplanjahr 2014, ist festzustellen, dass die Felder mit hoher und neutraler Autonomie des Kantons Solothurn mehrheitlich leicht abnehmen. Hingegen nehmen die Aufwände und Erträge im Einflussbereich der geringen und geteilten Felder zu. Der Aufwand der Finanzgrössen im Feld „Dritte“ betrug im Voranschlag 2008 noch 20% und im „FP 2014“ sind es heute 27% des Gesamtaufwandes. Daraus lässt sich die Tendenz ableiten, dass der Aufwand zunehmend aus dem direkten Einflussbereich des Kantons gerät.

2.5.1 Beurteilung und Konsequenz

Weiterhin ist es so, dass die zuständigen Gremien des Kanton Solothurn direkt und eher kurzfristig maximal 30%-35% des Gesamtaufwandes (inklusive Finanzgrössen) beeinflussen können. Da der Kanton Steuern erheben kann, sind es beim Ertrag rund 60% des Gesamtertrages, welche eher langfristig (verzögerte Wirkung bei Steuererhöhung oder -senkung) veränderbar sind. Tendenziell nimmt dieser Prozentsatz in Zukunft ab.

3. Verwaltungseinheiten

3.1 Behörden und Staatskanzlei

3.1.1 Beschreibung Aufgabenbereich

Die Staatskanzlei ist die Stabsstelle des Regierungsrates und des Kantonsrates. Sie plant, unterstützt und koordiniert die Aufgaben von Regierung und Parlament und erbringt eine Vielzahl von Dienstleistungen für die Departemente und die Öffentlichkeit. Für folgende Bereiche werden eigene Globalbudgets geführt:

Staatskanzlei (Regierungsdienste, Zentrale Dienste, Staatsarchiv, Datenschutz, Medien)

Parlamentdienste (Stabsdienstleistungen für den Kantonsrat)

Drucksachen / Lehrmittelverlag

Ausserhalb der Globalbudgets werden – in administrativer Verantwortung der Staatskanzlei – die finanziellen Aufwendungen für die kantonalen Behörden (Regierungsrat und Kantonsrat) geführt.

3.1.2 Vorgaben aus dem Legislaturplan 09-13

1.7. Zusammenarbeit auf allen Staatsebenen intensivieren

1.7.3 Konzept für E-Government im Kanton Solothurn erstellen

1.8 Image des Kantons fördern

1.8.1 Förderung eines einheitlichen Erscheinungsbildes

3.1.3 Politische Ziele und Leistungen

Aus heutiger Sicht verändern sich Umfang und Ausmass der zu erbringenden Leistungen im Aufgabenbereich Behörden / Staatskanzlei im Planungszeitraum nur unwesentlich. Entsprechend gleichmässig verläuft der ausgewiesene Bedarf an finanziellen Ressourcen in den Jahren 2011-14. Der ursprünglich auf den Beginn der neuen Globalbudgetperiode 2010-12 geplante personelle Ausbau der regierungsrätlichen Stabsdienste wird aus Spargründen vorerst nicht umgesetzt.

Durch ständige Angebotsoptimierung der im Internet zugänglichen Dokumente und Formulare (z.B. Regierungsratsbeschlüsse, amtliche Gesetzessammlung, Amtsblatt, Merkblätter und Musterschreiben Datenschutz etc.) soll auch in den kommenden Jahren die Bürgernähe der kantonalen Verwaltung weiter erhalten bleiben. Zudem soll die Einführung von E-Voting – darunter wird das Abstimmen und Wählen per Internet verstanden – als Teil der vom Bund und den Kantonen im 2007 verabschiedeten e-Government Strategie Schweiz im Kanton Solothurn ab 2011 oder 2012 zunächst versuchsweise für den relativ beschränkten Kreis der ca. 2300 Auslandschweizer erfolgen.

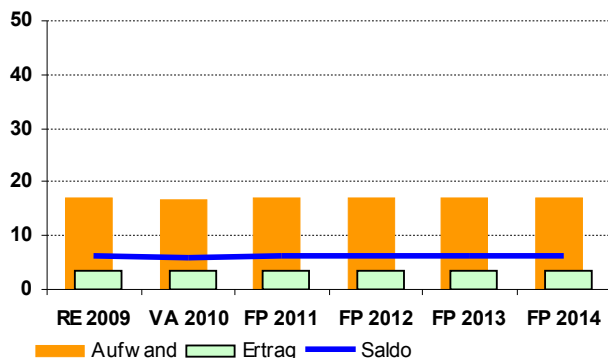
3.1.4 Massnahmen

Nr	Vorhaben (Nr. Handlungsziel vom Legislaturplan)	Status	Erfasst	Vollzugskontrolle			Planung	
				Bemerkung / Indikatoren	Soll-Termin	IST-Termin	Bemerkungen / Indikatoren	Soll-Termin
1808	Corporate Identity Konzept zur Förderung eines einheitlichen Erscheinungsbildes des Kantons Konzept	I.A.	10					Dez. 13
1419	Reorganisation Regierungsdienste Aufbau Fachstellen Kommunikation / E-Government und Planung / Monitoring Aufnahme in GB-Vorlage 2010-2012	Sistiert	09	Massnahme aus Spargründen zurückgestellt	Jun. 09	Jun. 09		Dez. 10

Status: DA = Daueraufgabe, vorläufig und unbefristet I.A. = in Arbeit, Erl. = erledigt; Vorhaben ist abgeschlossen Sistiert = Vorhaben ist vorläufig oder definitiv gestoppt		Status Erfasst	Vollzugskontrolle		Planung		
Nr	Vorhaben (Nr. Handlungsziel vom Legislaturplan)		Bemerkung / Indikatoren	Soll- Termin	IST- Termin	Bemerkungen / Indikatoren	Soll- Termin
1432	Realisierung E-Voting Einführung elektronische Abstimmungslösung für Auslandschweizer	I.A.	09				Dez. 12
	Zusammenarbeitserträge			Zusammenarbeits- verträge mit sechs Kantonen; Beteiligung an Software-Lösung Kanton Zürich Erledigt, RRB 2009/249 vom 17.2.09 (Projektstart) und RRB 2009/1259 vom 30.6.09 (Vertragsge- nehmigung)	Jun. 09	Jun. 09	
	1. Phase für Auslandschweizer						Dez. 12
1440	Einführung Geschäftskontrolle Ambassador Ablösung Geschäftsdatenbank Konsul durch linux- basiertes Nachfolgeprodukt Ambassador	I.A.	09		Jun. 09		
	Produktiv start			Verschiebung: Verzögerung seitens AIO / Softwarepartner	Dez. 09		
	Produktiv start						Apr. 10
1444	Elektronische Archivierung Einführung elektronischer Langzeitarchivierung digitaler Unterlagen	I.A.	10		Dez. 09		
	Konzept			Verzögerung; vertiefte technische Abklärungen nötig	Dez. 09		
	Zwischenbericht mit Grundsatzüberlegungen				Dez. 09	Aug. 09	
1450	Einführung Lexfind Neue elektronische Software zur Verwaltung von Gesetzen und Verordnungen	I.A.	10				Dez. 11
	Datenmigration key file						Jan. 11
	Umstellung auf XML						Dez. 11

3.1.5 Finanzen in Mio. Franken Behörden und Staatskanzlei

Erfolgsrechnung	RE 2009	VA 2010	FP 2011	FP 2012	FP 2013	FP 2014
Globalbudgets						
Aufwand	12.2	11.9	12.0	12.0	12.0	12.0
Ertrag	-3.0	-2.9	-2.9	-2.9	-2.9	-2.9
Globalbudgetsaldo	9.1	9.0	9.2	9.1	9.1	9.1
Verrechnung	-5.5	-5.6	-5.6	-5.6	-5.6	-5.6
Saldo	3.7	3.4	3.6	3.5	3.5	3.5
Finanzgrößen						
Aufwand	4.9	4.9	5.1	4.9	4.9	4.9
Ertrag	-0.6	-0.5	-0.5	-0.5	-0.5	-0.5
Verrechnungen	-1.8	-1.8	-1.8	-1.8	-1.8	-1.8
Saldo	2.5	2.6	2.8	2.7	2.7	2.7
Saldo total	6.2	6.1	6.4	6.2	6.2	6.2



Bemerkungen
Es ergeben sich in der Planperiode keine
nennenswerten Veränderungen.

3.2 Bau - und Justizdepartement

3.2.1 Beschreibung Aufgabenbereich

Der Kanton Solothurn setzt sich für Rahmenbedingungen ein, welche der Erhaltung der Lebensgrundlagen durch eine zielgerichtete, geordnete und haushälterische Nutzung des Raumes und der natürlichen Ressourcen dienen.

Er sorgt zudem für eine optimierte Verkehrsinfrastruktur, welche die Wohn- und Standortattraktivität erhöht. Dazu gehören die Planung und der Unterhalt des Kantonsstrassennetzes genauso wie die Förderung des öffentlichen Verkehrs. Er arbeitet dabei eng mit den angrenzenden Kantonen zusammen, um eine optimale Koordination der grenzüberschreitenden Bewegungen für seine Einwohnerinnen und Einwohner zu erzielen.

Das Bau- und Justizdepartement ist besorgt für den Bau und den Unterhalt der kantonalen Liegenschaften.

Der Justizbereich im Bau- und Justizdepartement beschränkt sich auf die administrative Zuständigkeit im Bereich der Strafverfolgung und die hierfür spezifische Gesetzgebung.

3.2.2 Vorgaben aus dem Legislaturplan 09-13

1.6. Bedarfs- und zukunftsgerichtete Verkehrsinfrastruktur erhalten bzw. aufbauen

1.61 Anteil des öffentlichen Verkehrs am Gesamtverkehr erhöhen

1.62 Umfahrung Olten realisieren

1.63 Grossräumige Verkehrsplanung

2.1 Attraktive Raumentwicklung nachhaltig gewährleisten

2.11 Gesamtüberprüfung der räumlichen Entwicklung. Ausgewogene Siedlungs- und Landschaftsräume entwickeln.

2.12 Agglomerationen entwickeln

2.3 Gefahrenpotentiale vermindern

2.31 Siedlungs- und Kulturräume vor Naturgefahren schützen

2.32 Altlasten systematisch sanieren.

3.2.3 Politische Ziele und Leistungen

Die hohe Umweltbelastung infolge fortschreitender Bautätigkeit und wachsendem motorisiertem Verkehr erfordert weiterhin Schutzmassnahmen. Der mit den Abwanderungen aus den Agglomerationen zusammenhängende Pendlerverkehr stellt eine Herausforderung für die Raumplanung und die Verkehrsplanung dar.

Neue Mobilitätsbedürfnisse müssen durch nachhaltige, aufeinander abgestimmte Massnahmen befriedigt werden.

Das Gesamtverkehrsprojekt in Olten prägt den finanziellen Teil des Aufgabenbereichs Verkehr massgebend. Die hohen Ausgaben in der spezialfinanzierten Investitionsrechnung verursacht auch erhöhte Abschreibungen (Spezialfinanzierungen werden zu 100% abgeschrieben) in der Erfolgsrechnung.

Die in den 60iger und 70iger Jahren (aus)gebauten Strassen werden durch die intensive Nutzung stark belastet. Nur mit gesteigerten Investitionen in die Werterhaltung kann der Nutzwert der Infrastruktur erhalten bleiben.

3.2.4 Massnahmen Bau - und Justizdepartement

Status: DA = Daueraufgabe, vorläufig und unbefristet I.A. = in Arbeit, Erl. = erledigt; Vorhaben ist abgeschlossen Sistiert = Vorhaben ist vorläufig oder definitiv gestoppt		Status Erfasst	Vollzugskontrolle	Soll-Termin	IST-Termin	Planung	Soll-Termin
Nr	Vorhaben (Nr. Handlungsziel vom Legislaturplan)		Bemerkung / Indikatoren			Bemerkungen / Indikatoren	
1143	Sanierung ehemalige Schuhfabrik Hug in Dulliken mit I.A. 06 Denkmalpflegebeiträgen des Kantons Sanierung ehemalige Schuhfabrik Hug in Dulliken mit Denkmalpflegebeiträgen des Kantons Projektarbeiten gemäss Plan						Dez. 10
	Projektarbeiten gemäss Plan					Verschiebegrund: Projektverzögerung wegen Besitzerwechsel	Dez. 10
	Projektarbeiten gemäss Plan					Sanierung ehemalige Schuhfabrik Hug in Dulliken mit Denkmalpflegebeiträgen des Kantons	Dez. 12
1145	Konzept für die Umnutzung der Industriewerkstätte der SBB in Olten Konzept für die Umnutzung der Industriewerkstätte der SBB in Olten	Sistiert 05					
1190	Kunstdenkmäler des Kantons Solothurn, Sakralbauten Stadt Solothurn Kunstdenkmäler des Kantons Solothurn, Sakralbauten Stadt Solothurn, (Grundlage RRB) Finanzierung über den Lotteriefonds über fünf Jahre mit rund 950'000.-- Publikation	I.A. 08					Dez. 12
						Kunstdenkmäler des Kantons Solothurn, Sakralbauten Stadt Solothurn: Publikation	Dez. 12
1508	Neugestaltung des archäologischen Museums in Olten Neugestaltung des archäologischen Museums in Olten	I.A. 09					Dez. 12
	Neugestaltung des archäologischen Museums in Olten					Neugestaltung des archäologischen Museums in Olten	Dez. 12
1166	Totalrevision Wasserrechtsgesetz Totalrevision Wasserrechtsgesetz RRB, B+E	Erl. 05		Dez. 07			
			RRB, B+E	Dez. 07	Sep. 08		
1168	Systematische Altlastensanierung Systematische Altlastensanierung auf der Basis des Katasters, i. A. inkl. Industrieflächenrecycling (Grundlage RRB 2005 / 895 vom 19. April 2005) Sanierung Stadtmist neu als eigenständiges Projekt im Aufgabenbereich des Amt für Verkehr und Tiefbau Stadtmist: Sanierungsprojekt	I.A. 05		Dez. 40			
	Auslösen technischer Untersuchungen von 50 Standorten		Stadtmist: Sanierungsprojekt neu im Zuständigkeitsbereich des AVT (Projekt 1512)	Dez. 09	Dez. 09		
						Auslösen technischer Untersuchungen von 50 Standorten	Dez. 10
1182	Schwermetallsanierung Schiessanlagen Schwermetallsanierung Schiessanlagen (KRB 042 / 2008 vom 14. Mai 2008) Einbau Kugelfänge	Erl. 07		Mai. 09			
			Einbau Kugelfänge	Mai. 09	Dez. 09		
1501	Hochwasserschutz Emme Hochwasserschutz Emme Planung Biberist / Gerlafingen	I.A. 09					Dez. 14
	Planung Biberist / Gerlafingen		Verschiebegrund: Komplexität Projektierung	Dez. 09			
	Planung Biberist / Gerlafingen					Genehmigung Planung Biberist / Gerlafingen	Okt. 10
	Planung Wehr Biberist - Aare					Planung Wehr Biberist - Aare	Dez. 11
	Realisierung Biberist / Gerlafingen					Realisierung Biberist Gerlafingen	Dez. 11
	Realisierung Wehr Biberist - Aare					Realisierung Wehr Biberist - Aare	Dez. 14

Massnahmen Bau - und Justizdepartement

Status: DA = Daueraufgabe, vorläufig und unbefristet I.A. = in Arbeit, Erl. = erledigt; Vorhaben ist abgeschlossen Sistiert = Vorhaben ist vorläufig oder definitiv gestoppt		Status	Erfasst	Vollzugskontrolle		Planung	
Nr	Vorhaben (Nr. Handlungsziel vom Legislaturplan)			Bemerkung / Indikatoren	Soll-Termin	IST-Termin	Bemerkungen / Indikatoren
1504	Hochwasserschutz Aare Hochwasserschutz Aare Planung Dammbauten 1. Priorität	I.A.	09				Dez 15
	Planung Dammbauten 1. Priorität			Verschiebegrund: Kapazitätsengpass, 3 von 4 Erschliessungs- pläne bereits im 2009 beschlossen	Okt. 09		
	Planung Dammbauten 1. Priorität					Planung Dammbauten 1. Priorität	Jun. 10
	Realisierung Dammbauten 1. Priorität					Verschiebegrund: Realisierung letztes Element 1. Priorität im Jahr 2011. Realisierung der drei ersten Elemente wie geplant im Jahr 2010	Dez. 10
	Planung Gerinne und Dammbauten 2. Priorität					Planung Gerinne und Dammbauten 2. Priorität	Dez. 11
	Realisierung Dammbauten 1. Priorität					Realisierung Dammbauten 1. Priorität	Dez. 11
	Realisierung Gerinne und Dammbauten 2. Priorität					Realisierung Gerinne und Dammbauten 2. Priorität	Dez. 15
1172	RADAV RADAV, Revision der amtlichen Vermessung Vollendung RADAV	I.A.	05				Dez 11
						Vollendung RADAV	Dez 11
1178	Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Solothurner Gemeinden im Bereich Geographischer Informationssysteme Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Solothurner Gemeinden im Bereich Geographischer Informationssysteme. Definition Abgrenzung Synergien mit GeolG	I.A.	05				Dez 10
						Definition Abgrenzung	Dez. 10
1114	Agglomerationsprogramme: Rechtliche Ausgestaltung der Trägerschaft Antrag an RR: Entscheid über weiteres Vorgehen (RRB)	I.A.	05		Dez. 09		
						Auswertung der Umfrage der Gemeinden; Antrag an RR: Entscheid über weiteres Vorgehen	Dez. 10
1174	Erarbeitung des Anschlussprogrammes Natur- und Landschaft Erarbeitung des Anschlussprogrammes Natur- und Landschaft in Koordination mit der Agrarpolitik 2011 des Bundes RRB, B+E für Verpflichtungskredit	Erl.	05		Dez. 08		
				RRB, B+E für Verpflichtungskredit	Dez. 08	Okt. 08	
1176	Errichtung eines Naturparks Thal Errichtung eines Naturparks Thal nach den Bestimmungen des revidierten Natur-, und Heimatschutzgesetzes (SR 451) bis ins Jahr 2009 RRB, B+E für Verpflichtungskredit	Erl.	05		Dez. 08		
				RRB, B+E für Verpflichtungskredit	Dez. 08	Jun. 08	
1180	Agglomerationsprogramme Solothurn und Olten Agglomerationsprogramme Solothurn und Olten auf Grundlage von RRB 2003/2381 vom 16. Dezember 2003, Agglomerationsstrategie Für A Projekte: Bau- und Finanzreife erarbeiten	I.A.	05				
				Für A Projekte: Bau- und Finanzreife erarbeiten	Dez. 09	Dez. 09	
	Leistungsvereinbarung mit dem Bund zur Unterschriftsreife bringen.					Leistungsvereinbarung mit dem Bund zur Unterschriftsreife bringen	Dez. 10

Massnahmen Bau - und Justizdepartement

Status: DA = Daueraufgabe, vorläufig und unbefristet I.A. = in Arbeit, Erl. = erledigt; Vorhaben ist abgeschlossen Sistiert = Vorhaben ist vorläufig oder definitiv gestoppt		Status Erfasst	Vollzugskontrolle		Planung		
Nr	Vorhaben (Nr. Handlungsziel vom Legislaturplan)		Bemerkung / Indikatoren	Soll- Termin	IST- Termin	Bemerkungen / Indikatoren	Soll- Termin
1184	Deponieplanung Deponieplanung Richtplananpassung	I.A.	05				Dez. 10
				Verschiebegrund: im unteren Kantonsteil müssen zusätzliche technische Abklärungen unter der Federführung des AFU erarbeitet werden	Dez. 09		
	Richtplananpassung					Richtplananpassung	Dez. 10
1187	Strategiepapier "Kriterien Bauzonengrösse" verabschieden. Entwurf der Richtplananpassung kann nicht isoliert angegangen werden und muss im Licht der Arbeiten auf Bundesebene angepasst werden. Das Strategiepapier wird so direkt in die Gesamtüberprüfung der Richtplanung einfließen (siehe Projekt 1202). Richtplancontrolling im KR zur Kenntnis	Erl.	05		Dez. 09		
				Richtplancontrolling im KR zur Kenntnis	Dez. 08	Dez. 08	
	Entwurf für Richtplananpassung			Entwurf für Richtplananpassung	Dez. 08	Dez. 08	
	Richtplananpassung durchgeführt			Kriterien Bauzonengrösse: Richtplananpassung durchgeführt	Dez. 09		
1202	Richtplangesamtüberprüfung 2010 Richtplangesamtüberprüfung 2010 RRB, B+E	I.A.	09				Dez. 10
						Verschiebegrund: Die Gesamtüberprüfung der Richtplananpassung muss aufgrund der Arbeiten auf Bundesebene verschoben werden	Okt. 10
	RRB, B+E					Richtplan Gesamtüberprüfung 2010, RRB B+E	Dez. 13
1204	Regionale Raumentwicklungskonzepte Gäu, Niederamt, Wasseramt Regionale Raumentwicklungskonzepte Gäu, Niederamt, Wasseramt RRB, B+E	I.A.	09				Dez. 10
						Regionale Raumentwicklungs- konzepte Gäu, Niederamt, Wasseramt: RRB, B+E	Dez. 10
1494	Agglomerationsprogramme 2. Generation Aggloprogramm 2. Generation Einreichung beim Bund	I.A.	10				Dez. 13
						Einreichung Aggloprogramm 2. Generation beim Bund	Dez. 12
	Abschluss Leistungsvereinbarung					Abschluss Leistungsvereinbar- ung Aggloprogramm 2. Generation	Dez. 13
1153	Vollendung der Entlastung Solothurn West im Jahr 2008 Vollendung der Entlastung Solothurn West im Jahr 2008	I.A.	05		Aug. 08		
	Inbetriebnahme			Inbetriebnahme	Aug. 08	Aug. 08	
	Schlussarbeiten, Bauabrechnung			Verschiebegrund: Gerichtserfahren	Dez. 09		
	Bauabrechnung					Bauabrechnung (ohne Jun. strittige Punkte)	Jun. 10
1155	Entlastung Region Olten Entlastung Region Olten	I.A.	05				Dez. 13
	Baubeginn			Baubeginn	Dez. 08	Aug. 08	
	Inbetriebnahme					Inbetriebnahme	Dez. 13
	Bauabrechnung					Bauabrechnung	Dez. 15

Massnahmen Bau - und Justizdepartement

Status: DA = Daueraufgabe, vorläufig und unbefristet I.A. = in Arbeit, Erl. = erledigt; Vorhaben ist abgeschlossen Sistiert = Vorhaben ist vorläufig oder definitiv gestoppt		Status Erfasst	Vollzugskontrolle		Planung		
Nr	Vorhaben (Nr. Handlungsziel v om Legislaturplan)		Bemerkung / Indikatoren	Soll- Termin	IST- Termin	Bemerkungen / Indikatoren	Soll- Termin
1157	Realisierung der flankierenden Massnahmen zur Nationalstrasse A5 Realisierung der flankierenden Massnahmen zur Nationalstrasse A5 Umbau Bahnhofplatz	I.A.	05				Dez. 10
	Umbau Schöngrünkreisel, Pflugkreuzung (letzte Massnahmen)			Umbau Bahnhofplatz	Dez. 09	Dez. 09	
						Umbau Schöngrünkreisel, Pflugkreuzung (letzte Massnahmen)	Dez. 10
1163	Schwerverkehrskontrollzentrum Oensingen Schwerverkehrskontrollzentrum Oensingen Richtplananpassung	I.A.	05				Dez. 12
	Planauf lage			Verschiebegrund: Zusätzlicher Abstimmungsbedarf mit 6 - Spurausbau A1 Härkingen - Luterbach	Dez. 09		
	Richtplananpassung					Verschiebegrund: Zusätzlicher Koordinationsbedarf mit 6-Spurausbau A1 Härkingen - Luterbach (siehe auch Verschiebung Richtplananpassung)	Dez. 10
	Planauf lage					Richtplananpassung	Dez. 10
						Planauf lage	Dez. 11
1510	Busoptimierung Olten und Grenchen Busoptimierung Olten und Grenchen Busoptimierung Olten und Grenchen	I.A.	09				Dez. 10
						Busoptimierung Olten und Grenchen	Dez. 10
1512	Sanierung Stadtmist Solothurn Sanierung Stadtmist Solothurn Planung	I.A.	10				Dez. 16
	Realisierung					Planung	Dez. 12
						Realisierung	Dez. 16
1520	Balsthal, Verkehrsentslastung Klus (Erschliessungsplan) Balsthal, Verkehrsentslastung Klus (Erschliessungsplan) Bauprojekt Erschliessungsplan	I.A.	10				Mrz. 12
						Bauprojekt Erschliessungsplan	Mrz. 12
1112	Revision Verwaltungsverordnungsrechtspflegegesetz Revision Verwaltungsverordnungsrechtspflegegesetz B+E	Erl.	05		Dez. 07		
				B+E	Dez. 07	Sep. 07	
1192	Gesetz über Wasser Boden und Abfall: Erarbeitung und Inkraftsetzung Ausführungsverordnungen Gesetz über Wasser Boden und Abfall: Erarbeitung und Inkraftsetzung Ausführungsverordnungen GWBA: Inkraftsetzung Ausführungsverordnung	Erl.	09		Dez. 09		
				GWBA: Inkraftsetzung Ausführungsver- ordnung	Dez. 09	Dez. 09	
1194	Einführungsgesetzgebung zur Schweizerischen Strafprozessordnung / Jugendstrafprozessordnung Einführungsgesetzgebung zur Schweizerischen Strafprozessordnung / Jugendstrafprozessordnung RRB B+E	Erl.	09		Dez. 09		
				RRB B+E	Dez. 09	Dez. 09	
1196	Einführungsgesetzgebung Eidg. Zivilprozessordnung Einführungsgesetzgebung Eidg. Zivilprozessordnung RRB, B+E Einführungsgesetzgebung zur Schweizerischen Zivilprozessordnung	Erl.	09		Dez. 09		
				RRB, B+E Einführungsgesetz- gebung zur Schweizerischen Zivilprozessordnung	Dez. 09	Dez. 09	

Massnahmen Bau - und Justizdepartement

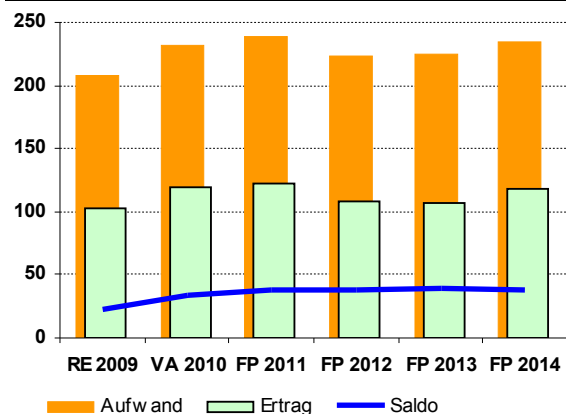
Status: DA = Daueraufgabe, vorläufig und unbefristet I.A. = in Arbeit, Erl. = erledigt; Vorhaben ist abgeschlossen Sistiert = Vorhaben ist vorläufig oder definitiv gestoppt		Status Erfasst	Vollzugskontrolle	Soll- Termin	IST- Termin	Planung	Soll- Termin
Nr	Vorhaben (Nr. Handlungsziel vom Legislaturplan)		Bemerkung / Indikatoren			Bemerkungen / Indikatoren	
1198	Neuorganisation der erstinstanzlichen Straf- und Zivilgerichtsbarkeit Neuorganisation der erstinstanzlichen Straf- und Zivilgerichtsbarkeit	Erl. 09		Dez. 09			
	RRB, B+E Neuorganisation der erstinstanzlichen Straf- und Zivilgerichtsbarkeit		RRB, B+E Neuorganisation der erstinstanzlichen Straf- und Zivilgerichtsbarkeit	Dez. 09	Dez. 09		
1699	Änderung des Gesetzes über die Gerichtsorganisation Weisungsrecht Regierungsrat gegenüber Staatsanwalt Änderung des Gesetzes über die Gerichtsorganisation B+E	I.A. 10				Änderung des Gesetzes über die Gerichtsorganisation B+E	Dez. 10
1120	Rasche Umsetzung der Strategie 2002: Zusammenlegung der Strafanstalt "Schöngrün" mit Therapiezentrum "im Schache" Rasche Umsetzung der Strategie 2002: Zusammenlegung der Strafanstalt "Schöngrün" mit Therapiezentrum "im Schache" (PB 45, 46, 47, 48)	I.A. 05					Dez. 12
	RRB B+E		RRB B+E	Dez. 08	Dez. 08		
	Volksbeschluss		Volksbeschluss	Dez. 09	Sep. 09		
	Realisierung					Realisierung	Dez. 12
1131	Umbau und Sanierung Pädagogische Hochschule Solothurn Umbau und Sanierung Pädagogische Hochschule Solothurn Klassentrakt sowie Spezialtrakt	Erl. 05		Aug. 09			
			Fertigstellung	Dez. 08	Dez. 08		
	Bauberechnung		Bauberechnung	Okt. 09	Dez. 09		
1133	Sanierung Kantonsschule Olten Sanierung Kantonsschule Olten RRB / B+E	I.A. 05					Dez. 15
			Verschiebung: Verschiebung Botschaft im Rahmen der Investitionspriorisierung Hochbau, keine Verschiebung des Endtermins	Dez. 09			
	RRB / B+E					RRB / B+E	Dez. 11
	Fertigstellung					Fertigstellung Sanierung Kantonsspital Olten	Dez. 15
1136	Räumliche Erweiterung Fachhochschule Räumliche Erweiterung Fachhochschule Olten gemäss Ausbauvertrag FHNW-Kantone	I.A. 05					Mrz. 13
	RRB B+E		RRB B+E (Kreditbotschaft an den Kantonsrat, Stimmvolk)	Jun. 08	Jun. 08		
	Baubewilligung		Baubewilligung	Dez. 09	Dez. 09		
	Fertigstellung					Fertigstellung März 2013	Mrz. 13
1147	Um- und Ausbau Kantonsspital Olten Um- und Ausbau Kantonsspital Olten Neues Bettenhaus im Rohbau erstellt	I.A. 05					Dez. 12
			Neues Bettenhaus im Rohbau erstellt	Dez. 08	Dez. 08		
	Neues Bettenhaus erstellt		Neues Bettenhaus erstellt	Dez. 09	Dez. 09		
	Fertigstellung					Fertigstellung	Dez. 12

Massnahmen Bau - und Justizdepartement

Status: DA = Daueraufgabe, vorläufig und unbefristet I.A. = in Arbeit, Erl. = erledigt; Vorhaben ist abgeschlossen Sistiert = Vorhaben ist vorläufig oder definitiv gestoppt		Status	Erfasst	Vollzugskontrolle		Planung		
Nr	Vorhaben (Nr. Handlungsziel vom Legislaturplan)			Bemerkung / Indikatoren	Soll-Termin	IST-Termin	Bemerkungen / Indikatoren	Soll-Termin
1149	Sanierung Bürgerspital Solothurn Sanierung Bürgerspital Solothurn Wettbewerb durchgeführt	I.A.	06	Wettbewerb durchgeführt	Dez. 08	Dez. 08		Dez. 23
	Vorprojekt			Verschiebegrund: Verzögerungen wegen Überarbeitung Bedürfnismodell Spitalplanung	Dez. 09			
	RRB, B+E (Kreditbotschaft)						Verschiebegrund: Verzögerungen wegen Überarbeitung Bedürfnismodell Spitalplanung	Jun. 10
	Vorprojekt						Vorprojekt Bürgerspital	Jun. 10
	RRB, B+E (Kreditbotschaft)						RRB, B+E (Kreditbotschaft)	Dez. 10
	Fertigstellung						Fertigstellung	Dez. 23
1151	Sanierung Psychiatrische Klinik Solothurn (Schlussetappe) Sanierung Psychiatrische Klinik Solothurn (Schlussetappe) Sanierung Haus 2 gestartet	I.A.	05	Sanierung Haus 2 gestartet	Dez. 08	Dez. 08		
	Bauabrechnung			Verschiebegrund: Bau vollendet; Bauabrechnung verzögert sich wegen Konkurs eines Unternehmers	Dez. 09			
	Bauabrechnung						Bauabrechnung	Jun. 10
1206	Sanierung Berufsschule Solothurn Sanierung Berufsschule Solothurn Start Wettbewerb	I.A.	09		Okt. 09	Dez. 09		Dez. 14

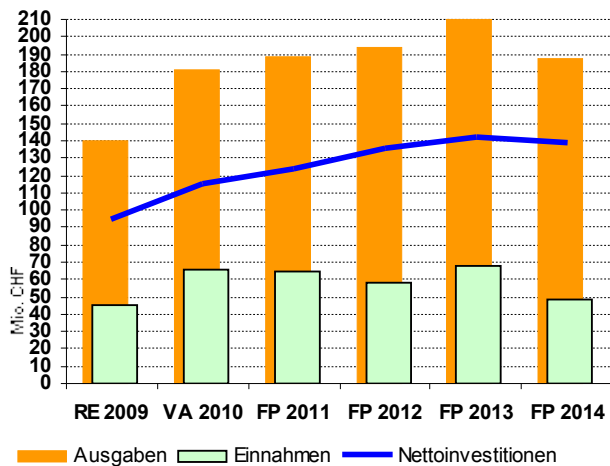
3.2.5 Finanzen (in Mio. Franken) Bau - und Justizdepartement

Erfolgsrechnung	RE 2009	VA 2010	FP 2011	FP 2012	FP 2013	FP 2014
Globalbudgets						
Aufwand	150.2	163.0	166.5	165.3	168.6	171.8
Ertrag	-45.1	-45.2	-45.0	-45.9	-46.4	-46.9
Globalbudgetsaldo	105.1	117.8	121.5	119.5	122.1	124.9
Verrechnungen	-27.3	-24.1	-24.1	-24.1	-24.1	-24.1
Saldo	77.8	93.6	97.4	95.4	98.1	100.8
Finanzgrössen						
Aufwand	57.0	68.7	72.1	58.5	55.5	62.8
Ertrag	-57.1	-74.4	-77.8	-62.0	-59.9	-71.1
Verrechnungen	-55.9	-54.7	-54.1	-54.2	-54.3	-54.3
Saldo	-56.0	-60.5	-59.8	-57.7	-58.8	-62.5
Saldo total	21.8	33.2	37.6	37.7	39.3	38.2



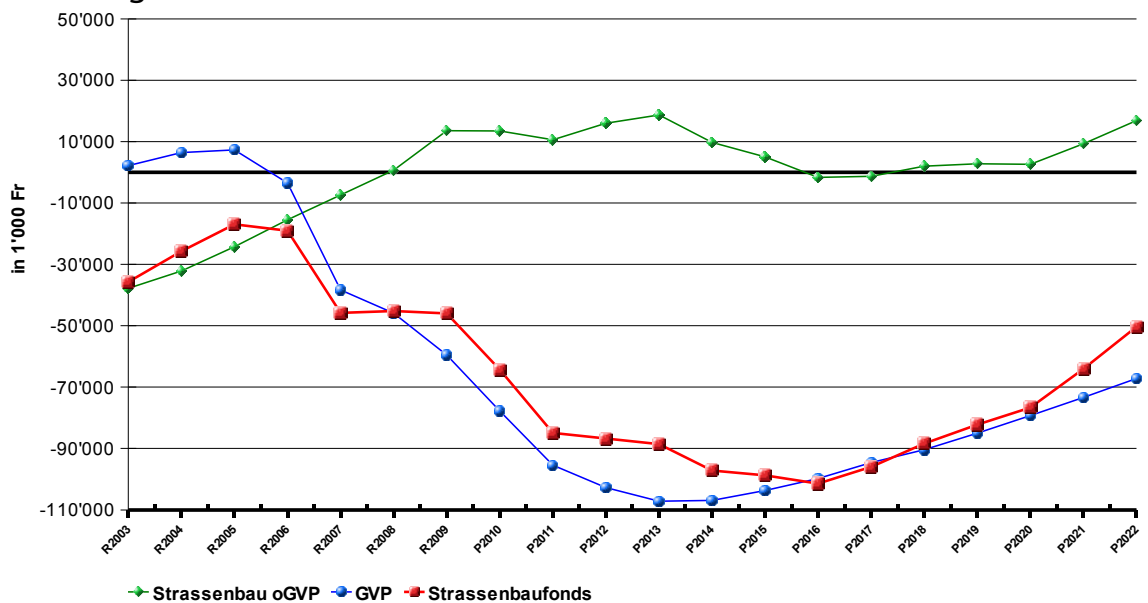
Bemerkungen
Da die spezialfinanzierten Investitionen sofort abgeschrieben werden, widerspiegelt der Kostenverlauf des Bau- und Justizdepartementes in erster Linie die Investitionstätigkeit im Kantonsstrassenbau (Entlastung Region Olten). Neue Angebote des öffentlichen Verkehrs (Busoptimierung Region Olten) führen zu Mehraufwand von jährlich rund 4 Mio. Fr..

Investitionsrechnung	RE 2009	VA 2010	FP 2011	FP 2012	FP 2013	FP 2014
Total						
Ausgaben	139.6	180.9	188.0	193.6	209.9	187.6
Einnahmen	-44.7	-65.3	-64.4	-58.1	-68.1	-48.8
Nettoinvestitionen	94.8	115.6	123.6	135.4	141.8	138.8
Einzelne Nettoinvestitionen						
Hochbau: Bildung-Spitalbauten, MFK	52.4	54.2	56.2	77.0	77.9	77.9
Strassenbau	39.8	54.0	51.5	37.8	37.9	43.1
Öffentlicher Verkehr	1.7	2.0	5.6	9.4	12.2	4.6
Umwelt	0.0	3.5	8.3	9.5	12.3	11.6
Geoinformationen	0.9	1.8	1.9	1.8	1.5	1.5



Bemerkungen
 Die Grafik gibt die in den Planjahren hohe Investitionstätigkeit wieder (Entlastung Region Olten, FHNW Olten, Kantonsspital Solothurn sowie gesteigerte Investitionen im Bereich Wasserbau und öffentlichem Verkehr/Agglomerationsprogramme).

3.2.6 Entwicklung Strassenbaufonds



Angaben: AVT, 12. März 2010

3.2.6.1 Strassenbau ohne Gesamtverkehrsprojekte

Der Kantonsrat hat am 26.06.2007 beschlossen, dass gemäss Auftrag UMBAWIKO (A83/2006) in den Globalbudgets Strassenbau der Erfolgsrechnung und der Investitionsrechnung der Mittelsatz für Erhaltungsmassnahmen im Bereich des Kantonsstrassennetzes soweit erhöht wird, dass die Anlagesubstanz auf längere Sicht keinen Wertverlust erleidet. In der Finanzplanung für die Jahre 2012 bis 2022 sind in der Folge im Durchschnitt 30 Mio. Fr. pro Jahr für Erhaltungsmassnahmen berücksichtigt.

3.2.6.2 Gesamtverkehrsprojekte Solothurn/Olten (GVP)

Zur Finanzierung der Projekte „Solothurn, Entlastung West“ und „Entlastung Region Olten“ wird auf den Steuern für Motorfahrzeuge ein Zuschlag von 15% erhoben. Der Zuschlag entfällt, wenn die dem Kanton anfallenden Projektkosten bezahlt sind, spätestens aber 20 Jahre nach seiner Inkraftsetzung am 1. Januar 2003 (KRB 31.10.2001 / Änderung der VO über Steuern und Gebühren für Motorfahrzeuge). Mit Abschluss des Rechnungsjahres 2009 belief sich der Verlustvortrag der „Sonderrechnung Gesamtverkehrsprojekte“ auf 59.6 Mio. Fr. und wird in den Planjahren 2010 - 2014 den geschätzten Tiefstand von 107 Mio. Fr. erreichen. Der Zuschlag zur Motorfahrzeugsteuer bis ins Jahr 2022 wird nicht genügen, um die Gesamtverkehrsprojekte zu finanzieren. Im Jahr 2022 wird voraussichtlich ein Fehlbetrag von rund 67 Mio Fr. vom allgemeinen Strassenbaufonds übernommen werden müssen. Dieser Fehlbetrag hat folgende Gründe:

Kostenentwicklung des Projektes Entlastung Region Olten im Vorfeld der Erteilung des Verpflichtungskredites durch den Kantonsrat (KRB 046/2008):

Dem vom Kantonsrat im Jahr 2001 bewilligten Projekt lagen Bruttokosten von 260.0 Mio. Fr. sowie Nettokosten von 118.4 Mio. Fr. zugrunde. Der Kreditbeschluss vom 14. Mai 2008 (KRB 046/2008) basierte auf Bruttokosten von 317.2 Mio. Fr., welche die aufgelaufene Bauteuerung von 2000 – 2007 sowie Reserven für Unvorhergesehenes und Projektrisiken von rund 25 Mio. Fr. beinhalten.

Unter Berücksichtigung von Bundes- und Gemeindebeiträgen stiegen die durch den Strassenbaufonds zu finanzierenden Nettokosten um 10 Mio. Fr. von 118.4 Mio. Fr. auf 128.4 Mio. Fr., obwohl der Bundesbeitrag sich infolge des zwischenzeitlich geschaffenen Infrastrukturfonds erhöhte.

Von der Krediterteilung im Jahr 2008 bis zum Projektabschluss werden zudem für das Projekt Entlastung Region Olten weitere 5 Mio. Fr. Teuerung ausgewiesen bzw. prognostiziert, von welchen der Kanton 2 Mio. Fr. zu tragen hat.

Bauteuerung im Projekt Solothurn Entlastung West:

Die vom Kanton zu übernehmende Anteil der teuerungsbedingten Mehrkosten im Projekt Entlastung Region West betragen rund 4 Mio. Fr..

Berücksichtigung der Verzinsung bei der Darstellung der Finanzierung der Gesamtverkehrsprojekten:

Im Rahmen der Bemessung der befristeten Erhöhung der Motorfahrzeugsteuern zur Finanzierung der Gesamtverkehrsprojekte in Solothurn und Olten wurde die Verzinsung der innerhalb des Strassenbaufonds separat geführten Rechnung nicht berücksichtigt. Die heutige Verzinsung geht auf eine Intervention der kantonalen Finanzkontrolle zurück. Die Zinskosten betragen – in Abhängigkeit von der jeweiligen Verschuldung der Spezialrechnung – bis zu 4.5 Mio. Fr. pro Jahr und schmälern den jährlichen Ertrag aus der befristeten Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer in der Höhe von 8.5 - 9.1 Mio. Fr. beträchtlich. Die ursprünglich nicht berücksichtigten Zinskosten betragen über die gesamte Laufzeit der Sonderrechnung so über 51 Mio. Fr..

3.2.6.3 Entwicklung Strassenbaufonds

Der Verlustvortrag des Strassenbaufonds betrug Ende 2009 rund 46 Mio. Fr.. Analog zur Entwicklung der Gesamtverkehrsprojekte wird die Fondsverschuldung in den Planjahren 2010 – 2014 bis auf rund 97 Mio. Fr. anwachsen.

Gegenüber dem Ausweis der Entwicklung des Strassenbaufonds im Vorjahr wurden die Fondseinnahmen aufgrund der aktuellen Finanzplanzahlen des Bundes für den Mineralölsteuerertrag sowie der LSVA reduziert. Damit resultiert für das Jahr 2022 ein Fondsfehlbetrag von rund 50 Mio. Fr..

In den Finanzplanzahlen sind hingegen auch die Grossprojekte „Verkehrsentlastung Klus“, „Dorfkernentlastung Schönenwerd“ sowie „Anschluss Dornach“ enthalten, deren Realisierung noch nicht beschlossen ist. Die Nettoinvestitionen für diese Projekte betragen rund 65 Mio. Fr..

3.3 Departement für Bildung und Kultur

3.3.1 Beschreibung Aufgabenbereich

Das Departement für Bildung und Kultur mit seinen Schulen und Ämtern sorgt dafür, dass sich die Bildung in einem wandelnden Umfeld nach den Fähigkeiten und Neigungen der einzelnen Schülerin, des einzelnen Schülers und den Ansprüchen von Gesellschaft, Wirtschaft und Staat richtet. Volksschule, Mittel- und Berufsschulen sollen den gesellschaftlichen Entwicklungen und Bedürfnissen folgen und entsprechend weiter entwickelt werden. Das Bildungsangebot soll möglichst landesweit harmonisiert und qualitativ weiter entwickelt werden.

Die Chancengerechtigkeit (Equity) während der Ausbildung soll gewahrt bleiben. Das Bildungsangebot soll allen Jugendlichen einen Abschluss ermöglichen, der sie für das Berufsleben oder für weitergehende Schulbildungen qualifiziert. Der Übergang Schule/Berufswelt soll weiter verbessert werden.

Der Kanton bietet eine Vielzahl von Bildungsangeboten an. Vollumfänglich in der kantonalen Zuständigkeit sind die Angebote der Sekundarstufe II. Kindergarten, Volksschule und Musikschulen sind kommunale Aufgaben, welche vom Kanton massgeblich subventioniert werden.

Mit dem Aufgabenbereich Kultur wird die kulturelle Vielfalt im Kanton projektorientiert gefördert und das Kulturerbe gepflegt. In diesen Aufgabenbereich fallen auch die Kontakte zu den staatlich anerkannten Landeskirchen, welche mit Staatsmitteln gefördert werden. Unsere Aktivitäten im Bereich Jugend und Sport, den Schulsport und allgemeine Bewegungsförderung unterstützen eine gesunde Freizeitaktivität.

3.3.2 Vorgaben aus dem Legislaturplan 09 -13

1.1. Qualität der Bildung auf allen Stufensichern und weiterentwickeln

1.1.1 Schulleitungen der Volksschulen und kantonalen Schulen festigen

1.1.2 Bildungsstandort Kanton Solothurn stärken

1.2 Bildungsgerechtigkeit erhöhen und Bildungspotentiale fördern

1.2.1 Schuleingangsbereich neu gestalten

1.2.2 Tagesschulstrukturen flächendeckend ermöglichen / Familien fördern

1.2.3 Integration für Kinder mit besonderem Bildungsbedarf optimieren (Sozio-ökonomische Benachteiligung, Fremdsprachigkeit, Hochbegabung)

1.3. Interkantonale Zusammenarbeit und Harmonisierung auf allen Schulstufen verstärken

1.3.1 Bildungswege interkantonale aufeinander abstimmen; Beitritte zum HARMOS-Konkordat und Sonderpädagogik-Konkordat

1.3.2 Lehrplan 21 einführen

1.3.3 Zusammenarbeit im Bildungsraum Nordwestschweiz

3.5. Kulturelle Vielfalt pflegen

3.5.1 Zentralbibliothek Solothurn und Museum Altes Zeughaus infrastrukturell und konzeptionell stärken

3.5.2 Vermittlung von kantonaler Geschichte als Teil der Kulturpflege

3.3.3 Politische Ziele und Leistungen Departement für Bildung und Kultur

Die im IAFP 10-13 beschriebenen und nachstehend aufgeführten Entwicklungen gelten auch für den IAFP 11-14.

Veränderte Bedürfnisse der Gesellschaft (zunehmende Mobilität der Bevölkerung, wachsender Anteil Fremdsprachiger, veränderte Familienstrukturen) erfordern diverse Anpassungen im Schulbereich. Dazu zählen insbesondere:

- landesweite Harmonisierung der Schulstrukturen und Bildungsinhalte,
- Optimierung des Angebotes an familienergänzenden Betreuungsmöglichkeiten,
- weitere Verbesserung des Übergangs Schule/Berufswelt.

Diese notwendigen Anpassungsmassnahmen sind mitunter verantwortlich für den steigenden Kostenbedarf im Aufgabenbereich der Bildung. Als Gegenstück dazu muss die evidenzbasierte Steuerung des Bildungssystems weiter entwickelt werden. Mit dem nun vorliegenden ersten nationalen Bildungsbericht 2010 ist dazu ein wichtiger Schritt getan. Die projektierte nationale Bildungsstatistik wird dazu die Datenlage erweitern. Ziel ist ein Bildungsmonitoring, das Erkenntnis- und Datenlücken weiter schliesst und damit den politischen Entscheidungsträgern gute Grundlagen liefert für ihre Investitionen in das Bildungswesen.

Der hohe Stellenwert des Breitensportes und der Bewegungsförderung ist erkannt. Mit Beschluss KRB SGB 059/2007 wurde der Leistungsauftrag „Kultur und Sport“ erweitert und es wurden zusätzliche Mittel gesprochen. Zusätzlich wollen wir deshalb den Breitensport verstärkt fördern und suchen die aktive Zusammenarbeit mit den Sportverbänden und anderen Organisationen im Rahmen der subsidiären Projektmitfinanzierung.

Projektorientierte Fördermittel des Kantons gehen ausschliesslich zulasten des Lotterie- und Sport-Toto-Fonds (die Zahl der Unterstützungsgesuche steigt kontinuierlich). Die qualitative Projektbewertung soll gestärkt und vermehrt Schwerpunkte gesetzt werden.

Die Einwohnergemeinde Solothurn kündigte vorsorglich per Ende 2006 den Vertrag vom 27.6./21.11.1995 über den Betrieb der Zentralbibliothek Solothurn zwischen Stadt und Kanton. Neuer Verteiler zwischen der Stadt und Kanton wurde ausgehandelt (SGB 127/2008 vom 2.12.08). Es laufen Verhandlungen zwischen der Stadt und dem Kanton, damit der Vertrag im 2010 abgeschlossen werden kann.

Die Präsentation und Vermittlung von wichtigen Aspekten der kantonalen Geschichte ist Teil unserer Kulturpolitik. Das Museum Altes Zeughaus muss baulich saniert werden, ebenso ist dessen wehrhistorische Sammlungspräsentation thematisch zu erneuern. Ein besonderes Augenmerk gilt auch der Pflege der beiden Schlösser Waldegg (Feldbrunnen-St. Niklaus) und Wartenfels (Lostorf) sowie der Fortschreibung der Kantonsgeschichte.

Wir wollen weiterhin einen wesentlichen Beitrag zur Erhaltung der Landeskirchen und des religiösen Friedens leisten. Dazu gehören die gesetzlich und konkordatär vorgesehenen Staatsbeiträge an die drei Landeskirchen (insgesamt rund 0,9 Mio. Franken). Auf die im IAFP 06-09 vorgeschlagene Finanzierung über den Finanzausgleich Kirchgemeinden wurde im Kantonsrat nicht eingetreten.

3.3.4 Massnahmen

Status: DA = Daueraufgabe, vorläufig und unbefristet I.A. = in Arbeit, Erl. = erledigt; Vorhaben ist abgeschlossen Sistiert = Vorhaben ist vorläufig oder definitiv gestoppt		Status Erfasst	Vollzugskontrolle		Planung			
Nr	Vorhaben (Nr. Handlungsziel vom Legislaturplan)		Bemerkung / Indikatoren	Soll- Termin	IST- Termin	Bemerkungen / Indikatoren	Soll- Termin	
683	Lehrstellenmarketing Bis Ende 2008 sollte im Kanton Solothurn bei möglichst vielen Berufen eine Attestausbildung angeboten werden. Finanzbedarf keiner, da Ablösung von Anlehren. Personelle Ressourcen: Vereinbarung Lehrstellenförderung mit Gewerbeverband. Bei möglichst vielen Berufen ist eine Attestausbildung möglich.	I.A.	09	Dez.	09			
	Attestausbildungen werden sukzessive eingeführt sobald die entsprechenden Vorgaben des BBT vorliegen.			Dez.	08	Dez.	08	
	Attestausbildungen werden sukzessive eingeführt sobald die entsprechenden Vorgaben des BBT vorliegen.			Dez.	09	Dez.	09	
	Attestausbildungen werden weiter nach den Vorgaben des BBT laufend eingeführt.						Dez.	10

Massnahmen Departement für Bildung und Kultur

Status: DA = Daueraufgabe, vorläufig und unbefristet I.A. = in Arbeit, Erl. = erledigt; Vorhaben ist abgeschlossen Sistiert = Vorhaben ist vorläufig oder definitiv gestoppt							
Nr	Vorhaben (Nr. Handlungsziel vom Legislaturplan)	Status	Erfasst	Vollzugskontrolle		Planung	
				Bemerkung / Indikatoren	Soll-Termin	IST-Termin	Bemerkungen / Indikatoren
687	Sekundarstufe I Reform Einführung der Sekundarstufe I Reform und Anpassung der Gesetzgebung zur Volks- und Mittelschule. Die projektorganisation zur Umsetzung der Reform ist installiert. Die Verordnungen sind teilweise angepasst.	I.A.	09				Aug. 12
	Start der Umsetzung ab der 6. Klasse			Lektionentafe, Übertrittsreglement, Ausgestaltung 6. Klasse und Promotionsreglement sind erarbeitet.	Dez. 08	Dez. 08	
	Die Arbeiten zur Anpassung der Rechtsgrundlagen laufen.			Die Umsetzung ist gestartet	Aug. 09	Aug. 09	Dez. 10
	Die Informations- und Instruktionveranstaltungen werden vorbereitet und durchgeführt.						Dez. 11
	Die Reform ist abgeschlossen und umgesetzt.						Dez. 13
691	Frühfranzösisch Französisch Einführung 3. Primarschulklasse (Projekt der EDK) 2010-2014: Ausbildung der Lehrkräfte Finanzbedarf ca. 2.25 und Mehrlektionen nach Einführung 11.8 Mio. Fr., Lehrmittel 0.7 Mio. Franken	I.A.	10				Dez. 14
	Die Lehrkräfte sind ausgebildet und Französisch ab 3. Primarschulklasse ist eingeführt B+E; Aufbau Weiterbildung			Konkordatsprojekt in Bearbeitung; Ausbildungskonzept ist erarbeitet	Dez. 08	Dez. 08	
	B+E zur Umsetzung des Konkordates; Aufbau Weiterbildung			Der RRB-Entwurf zur Umsetzung liegt vor. Die Weiterbildung ist vorbereitet.	Dez. 09	Dez. 09	Dez. 10
	Fortsetzung Weiterbildung Lehrkräfte; Erprobung und Evaluation der Lehrmittel; Praxistests weiter führen Französisch ab 3. Primarschulklasse ist eingeführt.						Dez. 14
693	Frühenglisch Englisch 5./6. Klasse (Projekt der EDK) 2010-2014: Ausbildung der Lehrkräfte ca. 2.25 Mio. Fr.; Mehrlektionen nach Einführung 6.8 Mio. Fr., Lehrmittel 0.4 Mio. Fr. Die Lehrkräfte sind ausgebildet und Englisch ab 5. Primarschulklasse ist eingeführt B+E; konzeptionelle Arbeiten	I.A.	09				Dez. 15
	B+E zur Umsetzung des Konkordates; konzeptionelle Arbeiten			Konkordatsprojekt in Bearbeitung; Ausbildungskonzept ist erarbeitet	Dez. 08	Dez. 08	
	Einstieg in die Weiterbildung Lehrkräfte; Lehrmittel fertigstellen			Der RRB-Entwurf zur Umsetzung liegt vor. Weiterbildung wird vorbereitet. Konzeptionelle Arbeiten wurden fortgesetzt.	Dez. 09	Dez. 09	Dez. 10
	Englisch ab 5./6. Klasse ist eingeführt.						Dez. 15
695	Schuleingangsbereich neu gestalten (LP C1.2.1) Entwicklung Schuleingangsstufe für 4-8jährige (Projekt EDK) Konzept liegt vor und weiteres Vorgehen ist genehmigt RRB; Ausarbeitung Staatsvertrag mit AG, BS und BL	I.A.	09				Aug. 11
				Im Rahmen des Projektes Bildungsraum NWCH bearbeitet. Vernehmlassungsbotschaft wurde mit RRB 2008/2209 am 9.12.2008 verabschiedet. Vernehmlassung läuft bis Ende Mai 2009.	Dez. 08	Dez. 08	

Massnahmen Departement für Bildung und Kultur

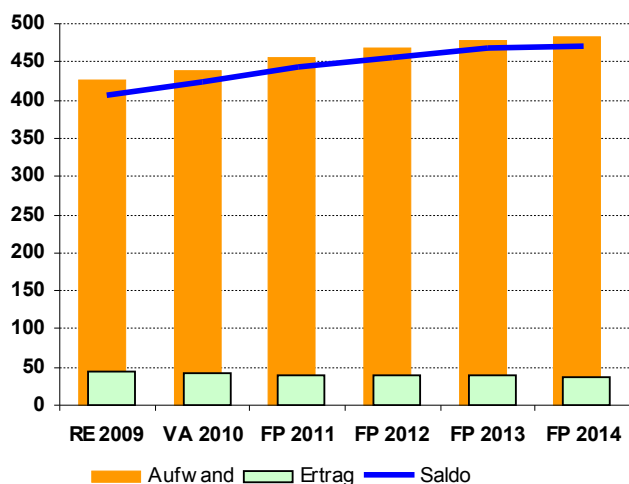
Status: DA = Daueraufgabe, vorläufig und unbefristet I.A. = in Arbeit, Erl. = erledigt; Vorhaben ist abgeschlossen Sistiert = Vorhaben ist vorläufig oder definitiv gestoppt		Status	Erfasst	Vollzugskontrolle		Planung	
Nr	Vorhaben (Nr. Handlungsziel vom Legislaturplan)			Bemerkung / Indikatoren	Soll-Termin	IST-Termin	Bemerkungen / Indikatoren
	Der Staatsvertrag ist ausgearbeitet			Die Vernehmlassung wurde durchgeführt und Vorgehen festgelegt RRB 2009/1112 22.6.2009. Auf einen Staatsvertrag wird vorerst verzichtet.	Dez. 09	Dez. 09	
	Volksabstimmung zur Integration des Kindergartens in die Volksschule im Herbst 2010						Dez. 10
	Verfassungs- und Gesetzesanpassungen vornehmen, um den Kindergarten in die Volksschule zu integrieren						Aug. 11
	Verzicht auf Basisstufe; Kindergarten ist obligatorisch; gekoppelt mit HarmoS						Aug. 12
696	HarmoS (LP C1.3.1) HarmoS: EDK-Bildungsstandards (2., 6., 9. Klasse). Konkordatsbeitritt ab 2008. Leistungsvergleiche der Schulen, Beteiligung am Deutschschweizer Lehrplan für die Volksschule.		I.A. 10				Aug. 15
	Vernehmlassung durchführen			Die Vernehmlassung wurde durchgeführt und weiteres Vorgehen festgelegt RRB 2009/1112 22.6.2009. B+E zum Konkordatsbeitritt und Änderung der Kantonsverfassung sowie des Volksschulgesetzes mit RRB 2009/2450 15.12.2009 beschlossen.	Dez. 09	Dez. 09	
	Volksabstimmung zum Beitritt im Sommer 2010						Dez. 10
	Alle Kinder im Kindergartenalter besuchen den Kindergarten						Jul. 13
700	Leistungsbewertung und Selektionsmodus im Primarschulbereich (LP C1.3.3) Volksschule: Abklärungen bezüglich der Leistungsbewertung und dem Selektionsmodus im Primarschulbereich und gegebenenfalls Einführung von Schulnoten ab der 1. Klasse. Die Volksschule regelt Selektion, Förderung und Beurteilung.		I.A. 09				Dez. 11
	Abschlusszertifikat abgestimmt auf HarmoS entwickeln.			Projekt in Bearbeitung.	Dez. 08	Dez. 08	
	Entwicklung und Erprobung des Abschlusszertifikats			Der Regierungsrat hat mit Beschluss 2009/2303 dem Schulversuch "Testlauf Abschlusszertifikat" während der Schuljahre 2010/2011 bis 2013/2014 und der Bewilligung des Verpflichtungskredits zugestimmt und B+E an den Kantonsrat verabschiedet.	Dez. 09	Dez. 09	
	neue Promotionsordnung erarbeiten						Dez. 10
	Neue Promotionsordnung ist erarbeitet und in Kraft. Wirksamkeit ist mit der Sek-I-Reform gekoppelt.						Aug. 11

Massnahmen Departement für Bildung und Kultur

Status: DA = Daueraufgabe, vorläufig und unbefristet I.A. = in Arbeit, Erl. = erledigt; Vorhaben ist abgeschlossen Sistiert = Vorhaben ist vorläufig oder definitiv gestoppt		Status	Erfasst	Vollzugskontrolle		Planung	
Nr	Vorhaben (Nr. Handlungsziel vom Legislaturplan)			Bemerkung / Indikatoren	Soll-Termin	IST-Termin	Bemerkungen / Indikatoren
980	Tagesschulstrukturen (LP C.1.2.2) Kantonale Rahmenbedingungen für schulergänzende Betreuungsförmern sind verabschiedet. Bedarfsgerechte Angebote realisieren. B+E dem Parlament zur Verabschiedung vorlegen Tagesschulstrukturen aufbauen	I.A.	10				Jul. 13
982	Familien fördern (LP C1.2.2) Standardisierte Produkte auch im Kanton Solothurn einführen (z.B. Elternbildungskurse; Zusammenarbeitsverträge mit der Schule). Ziel ist es, Eltern in ihrer Erziehungsaufgabe zu unterstützen und deren Zusammenarbeitspflicht mit der Schule Bewusst zu halten und einzufordern. Umsetzung der Schulvereinbarungen vorbereiten. Alle Schulen haben einen Zusammenarbeitsvertrag Schule-Eltern-Kind	I.A.	10				Aug. 13
986	Lehrplan 21 (LP C1.3.2) Zustimmung zum einheitlichen Lehrplan für die obligatorische Volksschule der deutschsprachigen Schweiz. Einführung und Weiterbildung der Lehrpersonen. Ziele: Verbesserung der Sek-II-Anschlüsse, Abbau von Mobilitätsschranken. RRB zum Beitritt zur Verwaltungsvereinbarung über die Durchführung des Erarbeitungsprojektes für einen sprachregionalen Lehrplan Zustimmung zum einheitlichen Lehrplan 21	I.A.	10				Jul. 13
						gem. Projektplan	Dez. 10
						gem. Projektplan	Jul. 14

3.3.5 Finanzen in Mio. Franken Departement für Bildung und Kultur

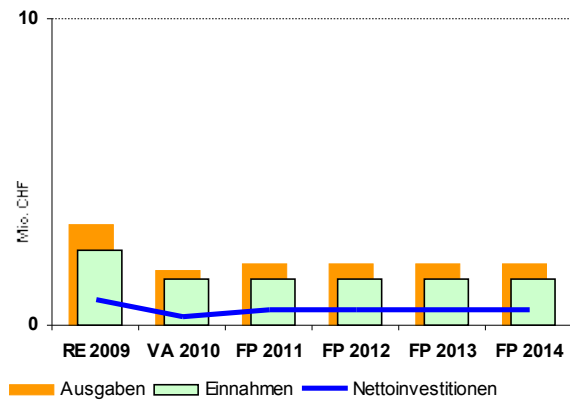
Erfolgsrechnung	RE 2009	VA 2010	FP 2011	FP 2012	FP 2013	FP 2014
Globalbudgets						
Aufwand	184.7	190.4	191.8	189.6	189.6	189.9
Ertrag	-38.7	-36.6	-35.0	-34.7	-33.7	-32.8
Globalbudgetsaldo	146.1	153.8	156.8	154.8	155.9	157.1
Verrechnungen	24.9	26.3	26.5	26.5	26.7	26.7
Saldo	170.9	180.2	183.2	181.3	182.6	183.8
Finanzgrössen						
Aufwand	240.6	249.1	264.8	279.4	289.4	292.5
Ertrag	-6.0	-5.0	-5.1	-5.1	-5.2	-5.2
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	234.6	244.1	259.7	274.2	284.2	287.4
Saldo total	405.5	424.3	442.9	455.5	466.8	471.1



Bemerkungen

Der Anstieg in den Finanzplänen der Jahre 2011 bis 2013 ist hauptsächlich auf die Umsetzung des Heilpädagogischen Konzeptes, Umsetzung von nationalen und regionalen Bildungsprojekten (Schuleingangsbereich neu gestalten, Lehrplan 21, Bildungsraum Nordwestschweiz) sowie höhere Schulgelder zurückzuführen.

Investitionsrechnung	RE 2009	VA 2010	FP 2011	FP 2012	FP 2013	FP 2014
Total						
Ausgaben	3.3	1.8	2.0	2.0	2.0	2.0
Einnahmen	-2.5	-1.5	-1.5	-1.5	-1.5	-1.5
Nettoinvestitionen	0.8	0.3	0.5	0.5	0.5	0.5
Einzelne Nettoinvestitionen						
Kantonale Schulen	0.6	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Stipendien	0.2	0.3	0.5	0.5	0.5	0.5

**Bemerkungen**

Die Anschaffungen Informatik Kantonale Schulen laufen ab 2010 über die Erfolgsrechnung. Es ergeben sich keine weiteren nennenswerten Abweichungen.

3.4 Finanzdepartement

3.4.1 Beschreibung Aufgabenbereich

Das Finanzdepartement ist einerseits für die Ressourcen verantwortlich. Die Querschnittsämtler im Finanz-, Informatik- und Personalbereich sind interne Dienstleister für die ganze Verwaltung. Sie nehmen Beratungs- und Koordinationsaufgaben wahr. Andererseits werden im Finanzdepartement Verwaltungsaufgaben im engeren Sinne durch das Steueramt und die Amtschreibereien erledigt. Administrativ dem Finanzdepartement zugehörig sind die Finanzkontrolle und das Amtschreiberei-Inspektorat, welche Aufsichtsfunktionen ausüben. Alle Dienststellen werden mit Globalbudget und Leistungsauftrag geführt.

Innerdepartementale Koordination:

Departementssekretariat

Dienststellen mit Querschnittsaufgaben:

Personalamt, Amt für Finanzen, Amt für Informatik und Organisation;

Dienststellen mit Verwaltungsaufgaben im engeren Sinne:

Kantonales Steueramt, Amtschreibereien

Administrativ unterstellte Dienststellen mit Aufsichtsfunktion:

Kantonale Finanzkontrolle, Amtschreiberei-Inspektorat

Folgende finanzielle Grössen werden im Finanzdepartement geführt:

Bundesanteile, Vermögenserträge, Zinsendienst, Abschreibungen, Rückstellungen, Buchgewinne und kantonale Steuern.

3.4.2 Vorgaben aus dem Legislaturplan 05-09

1.4. Nachhaltige Finanzpolitik

1.4.1 Eigenkapital und somit Handlungsspielraum erhalten

3.4.3 Politische Ziele und Leistungen Finanzdepartement

In der Planungsperiode erwarten wir aus verschiedenen Gründen eine Verschlechterung der Finanzlage.

Einerseits sehen wir auf der Ertragsseite grössere Ausfälle. Die aktuelle Wirtschaftslage hat einen Rückgang der Steuererträge der juristischen Personen zur Folge. Die Befreiung von selbst genutztem Wohneigentum von der Handänderungssteuer wird ebenfalls zu Steuerausfällen führen. Aufgrund der jährlichen Neuberechnung rechnen wir zudem mit einem Rückgang des Ertrags aus dem NFA-Ressourcenausgleich. Die vergangenen Krisenjahre fliessen ab 2012 in die Berechnungsgrundlage ein, in welchen die finanzstarken Kantone einen geringeren Beitrag beisteuern.

Andererseits erwarten wir grössere Mehrkosten. Dies infolge von Projekten im Bildungsbereich, z.B. HarmoS, Tagesschulstrukturen, Fremdsprachen und Sozialpädagogik, sowie durch die jährliche Kostensteigerung im Sozial- und Gesundheitswesen. Der Kanton Solothurn kann einen grossen Teil dieser Mehrkosten nicht direkt beeinflussen.

Um das Eigenkapital und den finanziellen Handlungsspielraum zu erhalten, muss die bewährte vorsichtige Finanzpolitik der letzten Jahre beibehalten werden. Durch das professionelle Finanzmanagement und die solide Budgetführung wurde der Kanton Solothurn durch die Ratingagentur Standards & Poor mit dem guten Rating „AA stabil“ bewertet. Dies trotz den verschlechterten Finanzaussichten und der Deckungslücke bei der Pensionskasse. Dieses Rating sollte der Kanton halten können. Es zwingt zu einer gesunden Finanzpolitik und ist bei allfällig notwendigen Fremdmittelaufnahmen hilfreich.

3.4.4 Massnahmen

Status: DA = Daueraufgabe, vorläufig und unbefristet I.A. = in Arbeit, Erl. = erledigt; Vorhaben ist abgeschlossen Sistiert = Vorhaben ist vorläufig oder definitiv gestoppt		Status	Erfasst	Vollzugskontrolle			Planung	
Nr	Vorhaben (Nr. Handlungsziel vom Legislaturplan)			Bemerkung / Indikatoren	Soll-Termin	IST-Termin	Bemerkungen / Indikatoren	Soll-Termin
589	Abschaffung Spezialfinanzierungen Weitgehende Abschaffung von Spezialfinanzierungen (Umsetzung Auftrag Grüter) Projekt wurde in einen Dauerauftrag umgewandelt Machbarkeitsstudie	DA	05	Machbarkeit durch RR prüfen	Mrz. 07	Mrz. 07		
599	Überprüfung Staatsbeiträge (LP 1.4.1) Rollende Überprüfung der Wirksamkeit und Notwendigkeit von Staatsbeiträgen Projekt wurde in einen Dauerauftrag umgewandelt Datenbank wird periodisch überprüft und aktualisiert	DA	06		Dez. 09	Dez. 09		
815	Einführung neue Rechnungslegungsstandards Einführung HRM2 Festlegen Standards	I.A.	10	Standard HRM2 festgelegt	Mrz. 09	Mrz. 09		Mrz. 11
	Detailkonzept erarbeiten						Konzept Aufbau Anlagebuchhaltung, Kontenplan, Rechtliches	Dez. 10
	Produktivsetzung						Systemstart, Bilanzbereinigung per 31.12.2011	Dez. 11
	Schlussbericht über Einführung							Jun. 12
1272	Beteiligungstrategie / Public Corporate Governance Zielgerichtetes Risikomanagement bei den Beteiligungen Richtlinien in WoV-Handbuch	I.A.	10				Richtlinien erlassen mit RRB Nr. 2010/326 vom 23.2.10	Mrz. 10
	Überprüfung Beteiligungen							Jun. 10
	Bericht über Beteiligungsportfolio							Sep. 10
812	Statutenrevision PKSO Anpassung an Bundesrecht und Umsetzung Vorgaben Verwaltungskommission Handlungsbedarf ermittelt	I.A.	10	Handlungsbedarf ermittelt	Dez. 09	Dez. 09		Dez. 10
	Vernehmlassung							Mrz. 10
	B+E verfasst							Mrz. 10
	Beschluss Kantonsrat und Delegiertenversammlung							Sep. 10
1263	Stabilisierung Deckungsgrad Pensionskasse Massnahmen erarbeiten und Fehlbeträge zuweisen Entscheidgrundlagen erarbeitet	I.A.	10					Sep. 10
	Gesetz über die PKSO							Jun. 11
1265	Teilrevision Gebührentarif Anpassung Tarife an aktuelle Rahmenbedingungen Kantonsratsbeschluss	I.A.	10					Sep. 10
	Inkraftsetzung							Jan. 11
1273	Überprüfung Umsetzung IT-Strategie Optimierung Umsetzung IT-Strategie und Organisation AIO Ergebnisse Überprüfung Umsetzung IT-Strategie	I.A.	10					Jul. 10
	Ergebnisse Überprüfung Organisation AIO							Okt. 10
	Projektplan für Umsetzung Massnahmen							Dez. 10
496	Mitarbeiterzufriedenheitsumfrage Messen der Mitarbeitendenzufriedenheit und Erarbeiten von notwendigen Verbesserungsmassnahmen	I.A.	05					
	MAZ durchführen			MAZ durchgeführt	Dez. 05	Nov. 05		
	Massnahmen definieren			Departementsübergreifende Massnahmen zur MAZ mit RRB Nr. 2006/1640 vom 5.9.2006 beschlossen.	Sep. 06	Sep. 06		
	2. MAZ durchführen			2. MAZ durchgeführt	Dez. 08	Dez. 08		
	2. MAZ auswerten			2. MAZ ausgewertet	Jun. 09	Jun. 09		

Massnahmen Finanzdepartement

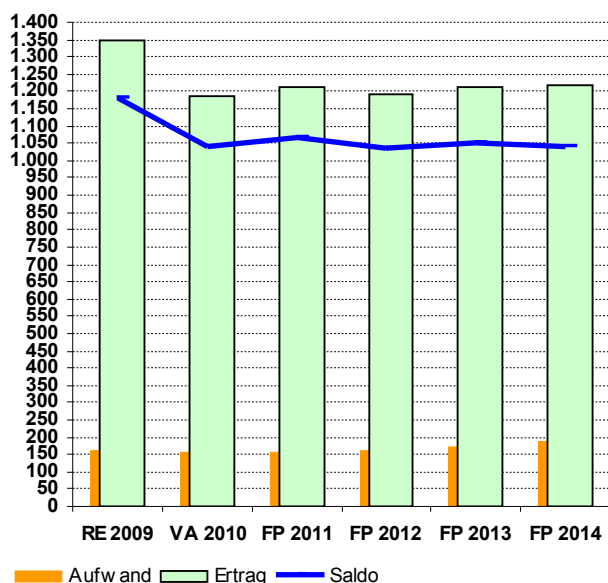
Status: DA = Daueraufgabe, vorläufig und unbefristet I.A. = in Arbeit, Erl. = erledigt; Vorhaben ist abgeschlossen Sistiert = Vorhaben ist vorläufig oder definitiv gestoppt		Status Erfasst	Vollzugskontrolle		Planung		
Nr	Vorhaben (Nr. Handlungsziel v om Legislaturplan)		Bemerkung / Indikatoren	Soll- Termin	IST- Termin	Bemerkungen / Indikatoren	Soll- Termin
	Massnahmen aus 2. MAZ erarbeitet		Departements- übergreifende Massnahmen zur 2. MAZ mit RRB Nr. 2009/2158 v om 24.11.2009 beschlossen	Dez. 09	Dez. 09		
	Berichterstattung über 2. MAZ an RR						Sep. 10
	3. MAZ durchgeführt						Dez. 13
	3. MAZ ausgewertet						Jun. 14
	Massnahmen aus 3. MAZ definiert						Dez. 14
	Berichterstattung über 3. MAZ an RR						Sep. 15
581	Flexibler Altersrücktritt	I.A. 06					
	Möglichkeiten für flexiblen Altersrücktritt zwischen 58 und 67 ausarbeiten; Massnahmen mit Sozialpartnern im GAV vereinbaren (Änderung GAV)						
	Anpassung GAV						Mrz. 10
	Schriftliche Zustimmung der Verbände						Mrz. 10
	Einführung in der Verwaltung (ohne Schulen und Spitäler)						Sep. 10
583	Marktkonformität Löhne	DA 06					
	Marktkonformität der Löhne verbessern Projekt wurde in einen Dauerauftrag umgewandelt						
	Lohnvergleich		Lohnvergleich erstmals erfolgt; RRB Nr. 2007/1944 v om 20.11.2007 Vergleich erfolgt künftig jährlich	Dez. 07	Nov. 07		
1285	Optimierung Mitarbeitendengespräch	I.A. 05					
	Optimierung Mitarbeitendengespräch und Leistungsgerechtigkeit						
	GAV-Änderungen mit GAVKO verhandelt						Jun. 10
	Info-Veranstaltungen in den Departementen durchgeführt						Sep. 10
	Schulungen durchgeführt						Mrz. 11
	1. Audit zum neuen System durchgeführt						Sep. 13
1291	Ausbildungskonzept	I.A. 10					
	Umsetzung des mit RRB Nr. 2009/2084 v om 17.11.2009 beschlossenen Konzepts						
	Neues Ausbildungsprogramm erstellt						Jun. 10
1297	Personalcontrolling	I.A. 05					
	Controlling neuer und bestehender Personalführungsinstrumente aufgebaut						
	Weiterentwicklung Personalcontrolling		Weiterentwicklung Personalcontrolling mit RRB Nr. 2006/1640 v om 5.9.2006 beschlossen	Sep. 06	Sep. 06		
	Konzept Anwendung Personalrecht erarbeitet						Sep. 10
	Konzept Anwendung Lernendenausbildung umgesetzt						Dez. 12
	Konzept Einführung neuer Mitarbeitenden umgesetzt						Dez. 12
	Konzept Anwendung Personalrecht umgesetzt						Dez. 12
587	Steuergesetzrevision	I.A. 09					
	Steuergesetzrevision zur Entlastung besonders belasteter Einkommens- und Vermögensklassen, wenn die im Legislaturplan aufgeführten Bedingungen erfüllt sind.						
	Vernehmlassung		Vernehmlassung erledigt mit RRB Nr. 2006/1408 v om 11.7.2006	Jun. 06	Jun. 06		

Massnahmen Finanzdepartement

Status: DA = Daueraufgabe, vorläufig und unbefristet I.A. = in Arbeit, Erl. = erledigt; Vorhaben ist abgeschlossen Sistiert = Vorhaben ist vorläufig oder definitiv gestoppt		Status	Erfasst	Vollzugskontrolle	Soll-Termin	IST-Termin	Planung	Soll-Termin
Nr	Vorhaben (Nr. Handlungsziel vom Legislaturplan)			Bemerkung / Indikatoren			Bemerkungen / Indikatoren	
	RRB B+E			RRB B+E Erledigt mit KRB Nr. RG 038/2007 sowie RRB Nr. 2007/352 vom 6.3.2007, 2007/1240 vom 3.7.2007 und 2007/1395 vom 13.8.2007	Dez. 06	Aug. 07		
	Volksabstimmung			Volksabstimmung am 21.10.2007	Okt. 07	Okt. 07		
	Inkraftsetzung						Inkraftsetzung Entlastungen bei Vermögens- und Gewinnsteuern	Jan. 12
607	Teilrevision Steuergesetz Teilrevision Steuergesetz; Anpassungen an Bundesrecht	I.A.	10		Jun. 09			
	RRB B+E			Erledigt mit RRB Nr. 2009/2471 vom 22.12.09	Jun. 09	Dez. 09		
	Vollzugsverordnung							Sep. 10
	Volksabstimmung							Dez. 10
	Inkrafttreten							Jan. 11

3.4.5 Finanzen (in Mio. Franken) Finanzdepartement

Erfolgsrechnung	RE 2009	VA 2010	FP 2011	FP 2012	FP 2013	FP 2014
Globalbudgets						
Aufwand	78,1	79,6	79,7	79,6	79,6	79,6
Ertrag	-58,5	-54,1	-54,2	-54,2	-54,2	-54,2
Globalbudgetsaldo	19,7	25,5	25,6	25,4	25,4	25,4
Verrechnungen	-2,3	-1,8	-1,7	-1,7	-1,7	-1,7
Saldo	17,4	23,7	23,9	23,7	23,7	23,7
Finanzgrössen						
Aufwand	85,7	76,7	79,0	83,5	94,5	106,5
Ertrag	-1.288,5	-1.130,6	-1.158,4	-1.135,7	-1.158,4	-1.162,6
Verrechnungen	3,2	-9,6	-10,1	-9,5	-9,2	-9,2
Saldo	-1.199,6	-1.063,5	-1.089,5	-1.061,7	-1.073,1	-1.065,3
Saldo total	-1.182,2	-1.039,8	-1.065,6	-1.038,0	-1.049,4	-1.041,5

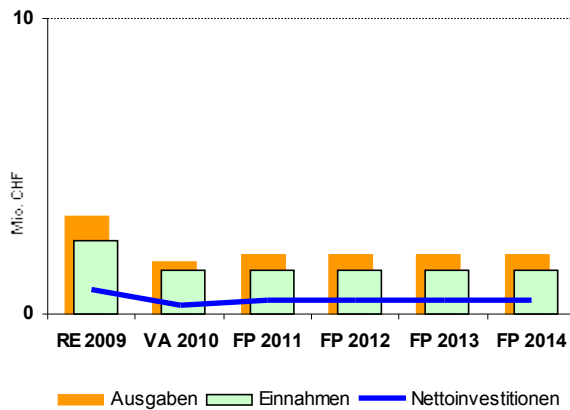


Bemerkungen

In der Erfolgsrechnung sind Mindererträge bei den Steuereinnahmen Juristischer Personen und der Handänderungssteuer zu erwarten. Dies wegen der aktuellen Wirtschaftslage und der künftig steuerfreien Handänderung von selbst genutztem Wohneigentum. Weiter erwarten wir einen Ertragsrückgang des NFA-Ressourcenausgleichs.

Ausgabenseitig sind tiefere Nettozinsbelastungen zu verzeichnen. Dies ist zurückzuführen auf die guten Abschlüsse der Vorjahre und dem Kantonsanteil aus dem Erlös der überschüssigen Goldreserven von 475 Mio. Fr., welche dem Kanton 2005 zugeflossen sind und einen inzwischen abgeschlossenen Schuldenabbau ermöglichten.

Investitionsrechnung	RE 2009	VA 2010	FP 2011	FP 2012	FP 2013	FP 2014
Total						
Ausgaben	7.8	8.6	8.6	8.6	8.6	8.6
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	7.8	8.6	8.6	8.6	8.6	8.6
Einzelne Nettoinvestitionen						
Informationstechnologie (GB)	7.2	8.6	8.6	8.6	8.6	8.6
Abschreibungen/Rückstell./Buchgewinne	0.5	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0



Bemerkungen

In der Investitionsrechnung gehen wir ausgabenseitig von einer stabilen Entwicklung aus. Die Auflösung der zentral budgetierten Globalbudgetreserven (RE09) in der Investitionsrechnung wird als Minderausgaben ausgewiesen und kann nicht im Voraus prognostiziert werden. In den Finanzplanjahren ist deshalb nichts budgetiert.

3.5 Departement des Innern

3.5.1 Beschreibung Aufgabenbereich

Die Aufgaben des Departements des Innern lassen sich in drei unterschiedliche Bereiche aufteilen:

1. Öffentliche Sicherheit

Dieser Aufgabenbereich umfasst die Gewährleistung der subjektiven und objektiven Sicherheit von Menschen, den Schutz ihres Eigentums sowie die Erhaltung der friedlichen Ordnung. Für die Erreichung dieser Ziele erfolgen Ermittlungstätigkeiten bei der Verfolgung von Straftaten, Prävention und Repression im Strassenverkehr sowie Polizeipräsenz und Interventionen im öffentlichen Raum. Weiter zählen dazu der rechtskonforme Vollzug von Haft, Strafen und Massnahmen in den kantonalen Anstalten (Schöngrün, Im Schache, Untersuchungsgefängnisse) sowie das Erstellen diverser Ausweise. Des weiteren umfasst der Aufgabenbereich das Erarbeiten der Grundlagen und Konzepte zur Umsetzung der sicherheitspolitischen Ziele des Kantons und den Vollzug der zugewiesenen Aufgaben.

Ermittlungstätigkeiten	Polizei
Prävention und Repression	Polizei und Motorfahrzeugkontrolle
Straf- und Massnahmenvollzug	"Schöngrün" und "Schachen"
Ausweiserteilung	Motorfahrzeugkontrolle
Technische Prüfungen	Motorfahrzeugkontrolle
Migration	Amt für öffentliche Sicherheit

2. Gesundheit

Hauptaufgaben sind die qualitativ gute, bedarfsgerechte und wirtschaftlich tragbare Spitalversorgung, der Schutz vor gesundheitlicher Gefährdung durch Lebensmittel, Heilmittel, Epidemien etc. sowie die Gesundheitsförderung.

3. Soziale Sicherheit

Nach der Präambel der Kantonsverfassung (KV) gilt es, eine Gesellschaftsordnung anzustreben, die der Entfaltung und der sozialen Sicherheit des Menschen dient. Im Legislaturplan 2009-2013 ist eines der drei Leitziele denn auch, den gesellschaftlichen Zusammenhalt im Kanton zu wahren. Nach Art. 22 KV strebt der Kanton in Ergänzung der privaten Initiative und Verantwortung auf dem Weg der Gesetzgebung danach, dass im Rahmen seiner Zuständigkeit und der verfügbaren Mittel die formulierten Sozialziele erreicht werden. Insbesondere geht es darum, dass Menschen, die wegen ihrer wirtschaftlichen oder sozialen Lage Hilfe brauchen, die für ihre Existenz notwendige Unterstützung erhalten. Nach § 1 des Sozialgesetzes hat staatliches Handeln daher

- die Eigenverantwortung zu stärken, die Selbständigkeit des Menschen zu erhalten, Armut oder soziale Notlagen zu verhindern, zu beheben oder zu mindern (Prävention)
- Menschen in wirtschaftlich bescheidenen Verhältnissen zu unterstützen (Allokation)
- Menschen in sozialen Notlagen zu helfen oder Überlebenshilfe zu gewähren (Intervention und Repression) und den Missbrauch von Sozialleistungen zu verhindern und zu bekämpfen (Sanktion)

3.5.2 Vorgaben aus dem Legislaturplan 09-13 Departement des Innern

3.1 Soziale Sicherheit bedarfsgerecht gewährleisten

- 3.1.1 Ausgewogenes Modell zur Prämienverbilligung entwickeln
- 3.1.2 Ausländische Wohnbevölkerung besser integrieren
- 3.1.3 Behindertengleichstellungsgesetz umsetzen
- 3.1.4 Heimplanung überarbeiten
- 3.1.5 Eigenverantwortung stärken
- 3.1.6 Gesundheitsförderungs- und Präventionsstrategie ausarbeiten

3.3 Bedarfsgerechte Spitalversorgung sicherstellen

- 3.3.1 Leistungsorientierte Spitalfinanzierung einführen
- 3.3.2 Spitalplanung gemäss KVG erarbeiten
- 3.3.3 Neubau Bürgerspital Solothurn planen
- 3.3.4 Konzept Akut- und Übergangspflege ausarbeiten

3.4 Öffentliche Sicherheit gewährleisten

- 3.4.1 Massnahmenpaket Raser umsetzen
- 3.4.2 Strategie Untersuchungsgefängnisse (UG) erarbeiten
- 3.4.3 Subjektive und objektive Sicherheit stärken

3.5.3 Politische Ziele und Leistungen

1. Öffentliche Sicherheit

In dieser Periode wird das Projekt der Justizvollzugsanstalt Solothurn/JVA umgesetzt. Nachdem der Kredit in der Abstimmung vom 27. September 2009 vom Volk beschlossen wurde, kann die neue Anstalt erstellt werden. Sie wird ihren Betrieb ab 2014 aufnehmen.

Das Therapiezentrum Im Schache wird infolge hoher Nachfrage nach Plätzen für Straftäter mit psychischer Störung während Jahren voll ausgelastet sein. Die Belegung der Strafanstalt Schöngrün wird wie bisher Schwankungen unterliegen, wobei tendenziell aufgrund der Änderungen im Allgemeinen Teil des Strafgesetzbuches per 1.1.2007 in den nächsten Jahren ein leichtes Sinken des Auslastungsgrades erwartet wird.

Die geplante Einführung des biometrischen Passes bedeutet einen Quantensprung bezüglich Sicherheit im Ausweiswesen. Die Übernahme des EU- Rechts erhöht den Prüfrhythmus für bestimmte Fahrzeugkategorien (z.B. bei Lastwagen).

Die Anforderungen an die Polizeiarbeit nehmen infolge gesellschaftlicher und (straf-) rechtlicher Entwicklungen in qualitativer und quantitativer Hinsicht zu. Neue strafprozessuale Bestimmungen, der Opferhilfebereich und neue Zuständigkeiten bei Gewalt im sozialen Nahbereich erfordern Rechtskenntnisse und eine hohe Sozialkompetenz sowie Professionalität, um jeweils vor Ort die verhältnismässigen Massnahmen zu treffen. Die Verhärtung der politischen Fronten und die Emotionalisierung der Medien beeinträchtigen das Sicherheitsgefühl und senken die eigenen Toleranzgrenzen. Gesellschaftliche und sportliche Anlässe wie 1. Mai, Dorffeste, Fussball- und Eishockeyspiele und spontane Auseinandersetzungen unter verschiedenen Gruppierungen erfordern vermehrte Polizeipräsenz. Dies erlaubt der Polizei, rasch zu intervenieren und Ausschreitungen zu verhindern, beziehungsweise zu beenden. Für die angemessene Erfüllung des Sicherheitsbedürfnisses der heutigen Gesellschaft sorgt die personalintensive Polizeiphilosophie von community policing. Unter die bürgernahe Polizeiarbeit fällt der Kontakt mit Schulen, Gemeindebehörden, Veranstaltern, Asylzentren und der Bevölkerung. Er wirkt vorbeugend und vermittelt lokale Sicherheit. Erreichbar ist die Polizei auf 16 Polizeiposten. Die Reaktion der Polizei auf alle diese Veränderungen ergeben einen zusätzlichen Personalbedarf, weshalb der Polizei ab 2009 eine massvolle Korpserhöhung bewilligt worden ist.

2. Gesundheit

Die Eidgenössischen Räte haben 2008 die Revision der Pflegefinanzierung per 1.1.2011 beschlossen. Die Neuordnung hat u.a. zur Folge, dass bei der Finanzierung künftig zwischen „Leistungen der Langzeitpflege“ und „Leistungen der Akut- und Übergangspflege“ (Aüp) differenziert wird. Die Leistungserbringer (Alters- und Pflegeheime, Spitex und selbständig tätige Pflegefachpersonen) wie auch die Leistungskataloge sind jedoch dieselben. Der Kantonsrat hat mit Planungsbeschluss 32 vom 16. Dezember 2009 folgende Strategie beschlossen, die bis Ende 2010 umgesetzt wird:

- Sicherstellen der Pflegequalität
- Leistungsauftrag Akut- und Übergangspflege an Solothurner Spitäler AG (soH)
- enge Zusammenarbeit zwischen soH und Spitex.

Die Neuausrichtung einer leistungsorientierten und bedarfsgerechten Spitalplanung basiert auf der KVG-Revision, die per 1.1.2009 in Kraft trat. Darin werden die Kantone aufgefordert, ihre Spitalplanung regelmässig zu erstellen und bis Ende 2014 anzupassen. Der Kanton Solo-

thurn führt diese Arbeiten in drei Etappen aus:

- Ermittlung des künftigen Bedarfs an stationären Spitalleistungen im Kanton Solothurn, sowohl für die soH, als auch für die beiden Privatkliniken Obach und Pallas bis Mitte 2010. Dieser Bericht zeigt die benötigten Kapazitäten für die Jahre 2015 und 2020, vor allem auch im Hinblick auf den geplanten Neubau des Bürgerspitals Solothurn.
- Die Gesundheitsdirektoren der Kantone Solothurn, Basel-Stadt, Basel-Landschaft und Aargau haben sich auf eine gemeinsame Erarbeitung der Grundlagen der Spitalplanung bis Ende 2010 verständigt. Dazu gehören ein „gemeinsamer Kriterienkatalog für die Bedarfsplanung“ sowie ein „gemeinsamer Versorgungsbericht unter Berücksichtigung der Patientenströme (Import- / Export)“.
- Aufgrund des ermittelten zukünftigen Bedarfs und der erarbeiteten Kriterien der Nordwestschweizer Kantone beurteilt der Kanton Solothurn ab Mitte 2011 bis spätestens Anfang 2013 die Angebote der in Frage kommenden, inner- und ausserkantonalen Spitäler und erteilt die entsprechenden Leistungsaufträge.

Ebenfalls aufgrund der KVG Revision werden per 1.1.2012 die leistungsorientierte Spitalfinanzierung mit diagnoseabhängigen Fallpauschalen (SwissDRG) sowie die freie Spitalwahl in Kraft treten. Ein Vergleich von 62 Spitalern bzw. Spitalgruppen, die zusammen mit der Solothurner Spitäler AG (soH) im Verein Spitalbenchmark Mitglied sind, ergab, dass die soH mit den Fallkosten im Akutbereich um ca. 15% über dem Median liegt. Die soH hat deshalb im Juli 2009 unter dem Motto "Fit für 2012" Massnahmen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit beschlossen. Im Rahmen von "Fit für 2012" wurde im Oktober 2009 im Neubau des Kantonsspitals Olten eine Bettenstation geschlossen. Am 1. Februar 2010 beschloss der Verwaltungsrat der soH, die Leistungsangebote geriatrische Rehabilitation, stationäre Psychosomatik und Langzeitpflege bis Ende 2010 vom Standort Allerheiligenberg an den Standort Kantonsspital Olten zu transferieren und das Angebot im Bereich Sucht an den Standort Solothurn (Psychiatrische Dienste). Dementsprechend hat der Regierungsrat am 16. März 2010 Botschaft und Entwurf an den Kantonsrat verabschiedet.

Bei den Spitalbehandlungen gemäss KVG wird aufgrund exogener Faktoren wie medizinischer Fortschritt und Altersstruktur der Bevölkerung mit einem jährlichen Wachstum gerechnet. Die KVG-Revision führt ab 1.1.2012 zu Zusatzkosten in der Grössenordnung von 60 Mio. Franken. Dabei handelt es sich ausschliesslich um eine Entlastung der Zusatzversicherungen auf Kosten der Kantone.

3. Soziale Sicherheit

Soziale Sicherheit orientiert sich an der sozialen Nachhaltigkeit. Nachhaltiges Handeln heisst, in der Gegenwart zwar die Lebensqualität des Individuums zu fördern, aber keine irreversiblen Veränderungen vorzunehmen, welche von zukünftigen Generationen nicht gewollt sein können oder deren Folgen oder Ausgaben von den zukünftigen Generationen getragen werden müssen und damit deren Wahlfreiheiten erheblich einschränken.

Das Aufgabengebiet der sozialen Sicherheit zieht im Kanton die drittgrössten Ausgaben nach sich. Die Prämienverbilligungen an die Krankenversicherung, die Ergänzungsleistungen, Alimentenbevorschussung, Behindertenhilfe, Opferhilfe und Sozialhilfe zeigen aber, dass die finanziellen sozialen Bedarfsleistungssysteme breiteren Bevölkerungsteilen und nicht nur einer randständigen Minderheit Unterstützung bieten.

Der Kanton entwickelt seine Sozialpolitik im engeren Sinn entlang von Lebens- und Problemlagen: Kindheit und Familie, Jugend, Alter, Gleichstellung, Integration, Arbeitslosigkeit, Armut, Krankheit-Sucht, Pflege, Behinderung, Gewalt-Kriminalität. Daraus - aber auch aufgrund des demographischen Wandels - ergeben sich folgende Schwerpunkte:

Die Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Familie ist immer noch erschwert und behindert dadurch die wirtschaftliche Entwicklung im Kanton. Familien- und schulergänzenden Betreuungsangebote sind verstärkt zu fördern. Verantwortungsbewusste Einwohnergemeinden in Verbindung mit Wirtschaftsverbänden haben die Notwendigkeiten erkannt und bieten auch Hand für die frühkindliche Bildung (Förderung der Sprache und der weiteren Grundkompetenzen) vor allem für Kinder aus wirtschaftlich-, sozial- und bildungsbenachteiligten Familien.

Die Arbeitslosenquote ist bei den Jugendlichen besonders hoch. Mit entsprechenden Programmen (u.a. Case management in der Berufsbildung, Berufswahlplattform) werden die Angebote erweitert.

Die Sicherstellung der Pflege und das Bereitstellen von Angeboten für Menschen mit einer Behinderung sind wichtige Herausforderungen. Nach wie vor ist der Nachweis der Vollkosten und eine Subjektfinanzierung bei der Leistungserfüllung zu fordern.

Die Integration der Ausländer/innen ist nach wie vor unzureichend. Entsprechende Programme werden umgesetzt, vor allem die Sprachförderung, der interreligiöse Dialog, Willkommensveranstaltungen und der Abschluss von Integrationsvereinbarungen.

Gewalterscheinungen in unserer Gesellschaft sind rechtzeitig zu bekämpfen, schwergewichtig aber mit Präventionsmassnahmen zu verhindern und zu mindern. Das Konzept so-gegen-gewalt bildet die Grundlage, schon frühzeitig entsprechende Massnahmen anzubieten (Elternbildung, Verpflichtung von sogenannten Risikogruppen, Gewaltprävention in Schulen). Alkohol gilt als Auslöser von Aggression und Gewalt. Im Rahmen des nationalen Alkoholprogrammes sind daher auch kantonal die Präventions- und Interventionsmassnahmen zu verstärken.

Aufgrund dieser Feststellungen ist eine bedarfsgerechte Bereitstellung der Versorgungsinfrastruktur zwischen Kleinräumigkeit und heutigen Anforderungen nach wie vor eine grosse Herausforderung. Grössere soziale Institutionen, die sich regional zusammenschliessen, die Sozialregionen und die weitere Vereinfachung von Verteilschlüsseln Kanton- Einwohnergemeinden in Verbindung mit einem griffigen Finanzausgleich unter den Einwohnergemeinden sind die richtige strukturelle Antwort auf diesen Umstand.

3.5.4 Massnahmen Departement des Innern

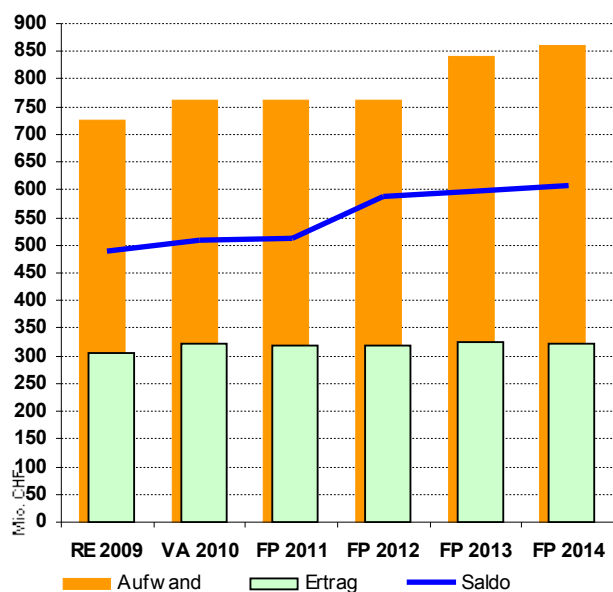
Status: DA = Daueraufgabe, vorläufig und unbefristet I.A. = in Arbeit, Erl. = erledigt; Vorhaben ist abgeschlossen Sistiert = Vorhaben ist vorläufig oder definitiv gestoppt		Status Erfasst	Vollzugskontrolle		Planung		
Nr	Vorhaben (Nr. Handlungsziel vom Legislaturplan)		Bemerkung / Indikatoren	Soll- Termin	IST- Termin	Bemerkungen / Indikatoren	Soll- Termin
1351	Pflegeversorgung koordinieren Pflegeversorgung (Übergangspflege, Spitex, Angehörigenpflege) koordinieren	I.A.	05				Dez. 10
	Massnahmen prüfen			Verschiebegründung: Wird im Zusammenhang mit der neuen Pflegefinanzierung geregelt	Dez. 09		
	Neue Pflegefinanzierung ist geregelt					RRB erlassen, allenfalls gesetzliche Grundlage geschaffen.	Dez. 10
1398	Leitbild und Konzept Familie Leitbild und Konzept Familie	Erl.	09				
				Leitbild und Konzept Familie mit RRB Nr. 2009/2432 vom 15.12.09 verabschiedet	Dez. 09	Dez. 09	
1400	Integration ausländische Staatsangehörige Leitbild und Konzept Integration	Erl.	09				
				Leitbild und Konzept Integration mit RRB Nr. 2009/893 vom 19.5.09 verabschiedet	Mai 09	Mai. 09	
1402	Konzept nach Art. 10 IFEG Konzept nach Art. 10 IFEG (Bedarfsplanung, Qualitätssicherung in IV-Wohnheimen und Werkstätten)	I.A.	09				Dez. 10
	Konzept durch RR beschlossen						Mrz. 10
1405	Konzept VSEG Konzept für partnerschaftliche Zusammenarbeit mit VSEG und Einwohnergemeinden im Sozialbereich.	I.A.	10				Dez. 10
1407	Implementierung Pflegekinderkonzept Implementierung des Pflegekinderkonzeptes unter Berücksichtigung der Evaluation und der Bestrebungen des Bundes	I.A.	09				Dez. 11 Dez. 10

Massnahmen Departement des Innern

Status: DA = Daueraufgabe, vorläufig und unbefristet I.A. = in Arbeit, Erl. = erledigt; Vorhaben ist abgeschlossen Sistiert = Vorhaben ist vorläufig oder definitiv gestoppt		Status	Erfasst	Vollzugskontrolle		Planung	
Nr	Vorhaben (Nr. Handlungsziel vom Legislaturplan)			Bemerkung / Indikatoren	Soll-Termin	IST-Termin	Bemerkungen / Indikatoren
1409	Altersleitbild und Heimplanung	I.A.	09				Dez. 12
	Grundzüge zum Altersleitbild und zur Heimplanung 2020 erarbeitet						Dez. 10
1411	Volksinitiative Prämienverbilligung	I.A.	09				Dez. 10
	B+E an den Kantonsrat verabschiedet					wurde mit RRB 2010/62 vom 12.1.2010 dem Kantonsrat zugeleitet.	Jan. 10
	Volksabstimmung Herbst 2010						Dez. 10
1413	Eckwerte einer Kantonalen Sozialplanung	I.A.	09				Dez. 11
1393	Bedarfsgerechte Spitalversorgung sicherstellen	I.A.	09				Dez. 14
	Spitalplanung gemäss KVG 1. Etappe erarbeitet						Jun. 10
	Leistungsorientierte Spitalfinanzierung eingeführt						Dez. 11
	Spitalplanung gemäss KVG 2. Etappe erarbeitet						Dez. 14
1705	Planung Neubau Bürgerspital Solothurn	I.A.	10				Dez. 12
	Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsplätze der soH mit Neubau des Bürgerspitals Solothurn erhalten. Die Planungskosten belaufen sich auf 4,8 Mio. Franken.						
	Volksabstimmung Neubau Bürgerspital Solothurn ist erfolgt						Dez. 12
1708	Akut- und Übergangspflege (Aüp) gemäss KVG einführen	I.A.	10				Dez. 10
	Akut- und Übergangspflege eingeführt						Dez. 10
1746	Aktionsprogramm "Gesundes Körpergewicht"	Erl.	09		Dez. 09		
	Aktionsprogramm "Gesundes Körpergewicht" in Zusammenarbeit mit Gesundheitsförderung Schweiz einführen						
	Aktionsprogramm "Gesundes Körpergewicht" eingeführt			Vertrag mit Gesundheitsförderung Schweiz abgeschlossen, Einzelprojekte in Arbeit	Dez. 09	Dez. 09	
1215	Zusammenarbeit zwischen den städtischen und dem kantonalen Polizeikorps (PB 49)	I.A.	05				Dez. 13
	Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen den städtischen und dem kantonalen Polizeikorps (PB 49)						
	Ist-Zustand erhoben, allfällige Folgeaufträge -sofern Handlungsbedarf- erteilt			Zusammenarbeit ab Jul. 09 2010 vereinbart	Nov. 09		
	Die enger ausgestaltete Zusammenarbeit der vier Polizeikorps ist evaluiert (PB 33,34)					Bericht liegt vor	Dez. 13
1305	Sicherheitsfunknetz (Polycom)	I.A.	05				Dez. 10
	Neues Sicherheitsfunknetz (Polycom) für den Kanton Solothurn; Ausschreibung / Submission						
	Projektabschluss						Dez. 10
1391	Massnahmenpaket Raser umsetzen	I.A.	10				Dez. 13
	Bericht umgesetzte Massnahmen zuhanden Departement						Jun. 11

3.5.5 Finanzen (in Mio. Franken)

Erfolgsrechnung	RE 2009	VA 2010	FP 2011	FP 2012	FP 2013	FP 2014
Globalbudgets						
Aufwand	348.7	356.1	355.6	360.4	363.7	368.7
Ertrag	-59.5	-63.6	-63.9	-63.9	-63.9	-63.9
Globalbudgetsaldo	289.1	292.5	291.7	296.4	299.7	304.7
Verrechnungen	1.9	2.7	2.9	2.9	2.9	2.9
Saldo	291.1	295.3	294.5	299.3	302.6	307.6
Finanzgrössen						
Aufwand	378.2	405.1	406.8	480.6	491.1	497.8
Ertrag	-246.6	-257.8	-255.9	-260.1	-264.2	-266.3
Verrechnungen	65.8	67.1	67.1	67.1	67.1	67.1
Saldo	197.4	214.3	218.1	287.6	294.0	298.6
Saldo total	488.4	509.6	512.6	586.9	596.6	606.2

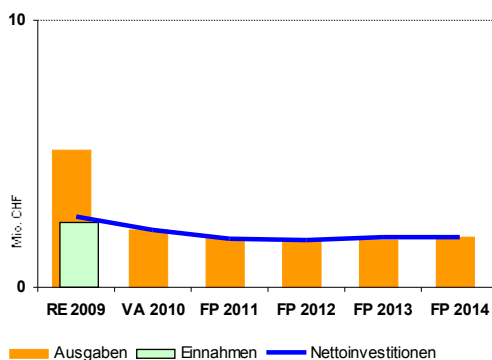


Bemerkungen

Im Gegensatz zu den eher stagnierenden Beiträgen 2008/2009 an die soH sowie die Spitalbehandlungen gemäss KVG, werden bei den Gesundheitskosten bis 2014 folgende Aufwandsteigerungen erwartet: soH: +13 Mio. Fr., Kostengutsprachen gemäss KVG: +20 Mio. Fr. sowie Zusatzkosten aufgrund der KVG-Revision ab 1.1.2012: +60 Mio. Fr..

Zusammen mit den steigenden Aufwände in der sozialen Sicherheit von rund 20 Mio. Fr. ((Familien-) EL, Prämienverbilligung, Soziale Dienste und Institutionen) weist der Finanzplan zwischen RE 2009 und FP 2014 eine Aufwandsteigerung von knapp 118 Mio. Fr. aus (Saldo total).

Investitionsrechnung	RE 2009	VA 2010	FP 2011	FP 2012	FP 2013	FP 2014
Total						
Ausgaben	5.1	2.2	1.9	1.8	1.9	1.9
Einnahmen	-2.5	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	2.7	2.2	1.9	1.8	1.9	1.9
Einzelne Nettoinvestitionen						
Gesundheitsamt	0.1	0.2	0.2	0.2	0.2	0.2
Justizvollzug	0.2	0.3	0.3	0.3	0.3	0.3
Polizei	2.4	1.7	1.4	1.3	1.4	1.4



Bemerkungen

Die Investitionen des Ddl pendeln sich in den nächsten Jahren bei rund 2 Mio. Fr. pro Jahr ein. Dabei handelt es sich hauptsächlich um Investitionen bei der Polizei (u.a. Motorfahrzeuge).

3.6 Volkswirtschaftsdepartement

Beschreibung Aufgabenbereich

Das Aufgabengebiet des Volkswirtschaftsdepartements umfasst die Bereiche Wirtschaft, Arbeit und Energie; Gemeinden, Zivilstand und Finanzausgleich; Wald, Jagd und Fischerei; Landwirtschaft mit der Landwirtschaftsschule und dem Veterinärdienst; Militär und Bevölkerungsschutz; Stiftungsaufsicht und als Koordinations- und Stabsstelle das Departementsekretariat mit dem Bereich Partnerschaft nach aussen.

Administrativ dem Volkswirtschaftsdepartement angegliedert sind die Ausgleichskasse, die IV-Stelle und die Solothurner Gebäudeversicherung als selbständige Anstalten.

3.6.1 Vorgaben aus dem Legislaturplan 09 - 13

1.5 Wirtschafts- und Arbeitsort stärken

1.5.1 Wirtschaftliches Wachstum fördern

1.5.2 Soziale Absicherung des strukturellen Wandels

1.7 Zusammenarbeit auf allen Staatsebenen intensivieren

1.7.1 Aufgabenfelder zwischen Kanton und Gemeinden sowie innerkantonalen Finanz- und Lastenausgleich nach NFA-Grundsätzen neu gestalten

1.7.2 Anreize für Strukturanpassungen und Gemeindefusionen verstärken

2.2 Energie: Effizienter Einsatz fördern

2.2.1 Energieeffizient und erneuerbare Energie fördern

2.2.2 Rahmenbedingungen zur Versorgungssicherheit unterstützen

3.6.2 Politische Ziele und Leistungen

Die im IAFP 10-13 beschriebenen und nachstehend aufgeführten Entwicklungen gelten auch für den IAFP 11-14. Das internationale wirtschaftliche Umfeld wurde seit Herbst 2008 von einem starken Abschwung geprägt. Die industrielle Produktion fiel weltweit zusammen und viele Staaten ergriffen Stützungsmaßnahmen in bisher unbekanntem Ausmass. Die Sozialwerke helfen diesen Abschwung abzufedern. Die Arbeitslosenkasse und die Regionalen Arbeitsvermittlungen helfen arbeitlose Personen finanziell und bei der Suche nach einer neuen Arbeitsstelle.

Die Energiefachstelle unterstützt Massnahmen zur Förderung der Energieeffizienz und erneuerbarer Energien. Die Abhängigkeit von den fossilen Brennstoffen soll so vermindert werden, die Verwendung eigener Ressourcen und somit eine Unabhängigkeit von Importenergie gefördert werden.

Die paritätische Kommission Aufgabenreform Gemeinden Kanton hat in ihrem Bericht Ende 2009 angeregt, die weitere Aufgabenentflechtung zwischen Kanton und Einwohnergemeinden und im Anschluss daran den indirekten Finanzausgleich im letzten noch verbleibenden Bereich, den Lehrerbesoldungssubventionen, zu überprüfen. Das Projekt dazu wurde im AGEM initialisiert. Mit der Projektrealisierung wird noch gewartet, bis der Regierungsrat über einen Gegenvorschlag zu Gemeindeinitiative befunden hat.

Der sicherheitspolitische Bereich wird geprägt durch eine Häufung von natur-, technisch-, zivilisations- oder terroristischbedingten Ereignissen (Stürme, Hochwasser, Trockenheit, Vogelgrippe usw.). Für den gesamten Kanton wird deshalb eine umfassende Gefahren- und Risikoanalyse erstellt. Durch spezifische Einsatzplanungen, entsprechender Ausbildung sowie der Bereitstellung von Mitteln soll eine hohe Einsatzbereitschaft sichergestellt werden.

Dort wo sinnvoll, wollen wir die interkantonale und internationale Zusammenarbeit stärken. Die mit der Grenznähe verbundenen Chancen gilt es zu nutzen.

3.6.3 Massnahmen Volkswirtschaftsdepartement

Status: DA = Daueraufgabe, vorläufig und unbefristet I.A. = in Arbeit, Erl. = erledigt; Vorhaben ist abgeschlossen Sistiert = Vorhaben ist vorläufig oder definitiv gestoppt		Status Erfasst	Vollzugskontrolle		Planung		
Nr	Vorhaben (Nr. Handlungsziel vom Legislaturplan)		Bemerkung / Indikatoren	Soll- Termin	IST- Termin	Bemerkungen / Indikatoren	Soll- Termin
179	1.7.1 Reform Finanz- und Lastenausgleich Revision Finanz- und Lastenausgleich in den Bereichen direkter FA, indirekter FA und LA Sozialhilfe Projektorganisation implementieren	I.A. 10					Jan. 15
	Projektorganisation implementieren		Verschiebegrund: Gemeindeinitiative	Dez. 09			
	Projektorganisation implementieren					Projektauftrag und -umfang definieren, Termine Projekttablauf bestimmen, beteiligte Akteure festlegen	Mrz. 10
	B+E erstellen					Erstellen Gesetzesvorlage erstellen und verabschieden auf Stufe RR	Dez. 12
	Vernehmlassung und KR-Beratung					Gesetzesvorlage im Parlament	Dez. 13
	Inkraftsetzung					Inkraftsetzung neuer FA	Jan. 15
181	Neue Rechnungslegung HRM2 für Gemeinden Einführung von HRM2 für Einwohnergemeinden (1. Staffel ohne KG und BG)	I.A. 10					Jan. 13
	Anwendung für HRM2 für Einwohnergemeinden.	I.A. 10					Jan. 13
386	1.7.2 Unterstützung für strukturell schwache Gemeinden Vorstoss FdP zur Unterstützung von strukturell schwachen Gemeinden	I.A. 09					
	Arbeitsgruppe zusammenstellen		Gemeinsame Arbeitsgruppe mit Gemeinde- und Kantonsvertreter	Dez. 08	Aug. 08		
	Konzept erarbeiten		Vorschläge zur Unterstützung von strukturell schwachen Gemeinden	Dez. 09	Nov. 09		
	Gesetzesanpassungen					KR-Beschlüsse	Dez. 10
388	Umsetzung Aufgabenreform Vorprojekt zum Finanzausgleichsprojekt 2013	I.A. 10					
	Beschlüsse Aufgabenteilung		Beschlüsse	Dez. 09	Okt. 09		
129	Tierseuchen I BVD Eradikation Jedes Tier 1x getestet	I.A. 09					Dez. 11
	Jedes Tier 1x getestet		Jedes Tier 1x getestet	Dez. 08	Dez. 08		
	BVD-frei					Rindviehbestand BVD-frei	Dez. 11
218	Tierseuchen II: Blauzungenkrankheit Geeignete Schutzmassnahmen sind getroffen	I.A. 09					Dez. 11
	Geeignete Schutzmassnahmen sind getroffen					Geeignete Schutzmassnahmen sind getroffen	Dez. 11
220	Agrarpolitik 2011 Flächenerhebung im GIS	I.A. 09					Dez. 10
	Flächenerhebung im GIS					Flächenerhebung im GIS	Dez. 10
	GELAN Extranet					GELAN Extranet ist verfügbar	Dez. 10
234	Ressourcenprojekte (Ammoniak, bodenschonende Bewirtschaftung) Projekteingabe beim Bund	I.A. 09					Dez. 10
	Projekteingabe beim Bund		Projekteingabe beim Bund	Jun. 09	Jun. 09		
	Umsetzung/Finanzierung					Umsetzung/Finanzierung	Dez. 10
238	Veterinärgesetzgebung Projektplanung ist vorhanden	I.A. 09					Dez. 13
	Projektplanung ist vorhanden		Projektplanung ist vorhanden	Apr. 09	Apr. 09		
	B&E liegen vor					B&E liegen vor	Dez. 10
	Verordnungen liegen vor					Verordnungen liegen vor	Dez. 11
	In Kraft treten					In Kraft treten Veterinärgesetzgebung	Dez. 12
	Umsetzung					Umsetzung Veterinärgesetzgebung	Dez. 13

Massnahmen Volkswirtschaftsdepartement

Status: DA = Daueraufgabe, vorläufig und unbefristet I.A. = in Arbeit, Erl. = erledigt; Vorhaben ist abgeschlossen Sistiert = Vorhaben ist vorläufig oder definitiv gestoppt		Status Erfasst	Vollzugskontrolle		Planung		
Nr	Vorhaben (Nr. Handlungsziel vom Legislaturplan)		Bemerkung / Indikatoren	Soll- Termin	IST- Termin	Bemerkungen / Indikatoren	Soll- Termin
266	Umsetzung neuer Ausbildungsmodelle Umsetzung neuer Ausbildungsmodelle Bäuerin FA und Landwirt	I.A.	09				Dez. 11
	Ausbildung zur Bäuerin FA ist überarbeitet					Ausbildung zur Bäuerin FA ist überarbeitet	Dez. 10
	Umstellung auf neues Ausbildungsmodell Landwirt ist abgeschlossen					Umstellung auf neues Ausbildungsmodell Landwirt ist abgeschlossen	Dez. 11
283	Aufbau Bienenkompetenzzentrum Aufbau eines Bienenkompetenzzentrum am Bildungszentrum Wallierhof	I.A.	09				Dez. 10
	Konzept liegt vor			Verschiebungsbegründung: Ausstehende Grundlagenpapiere für Kooperation mit BL	Dez. 09		
	Konzept liegt vor					Konzept liegt vor	Jun. 10
	Massnahmen sind umgesetzt					Massnahmen sind umgesetzt	Dez. 10
145	Gefahren- und Risikoanalyse Analyse der im Kanton Solothurn denkbaren Gefahren und Risiken Priorisierung der möglichen zu treffenden Massnahmen	I.A.	10				Dez. 13
	Initialisierung Studie			Initialisierung des Projektes / Studie: -Grundlagen bereitstellen -Projektauftrag eröffnet	Dez. 09 Nov. 09		
	Vernehmlassung					Vernehmlassung bei den betroffenen Partnern abgeschlossen. Änderungsvorschläge überprüft und wo möglich und sinnvoll integriert.	Jan. 10
	Defizitanalyse der 14 Szenarien der KomABC					- Umformulierung der Referenzszenarien auf die Gegebenheiten des Kantons Solothurn - Defizitanalyse (Ereignisbewältigung)	Jun. 10
	Grobanalyse					Grobanalyse:	Dez. 10
	Detailanalyse					Detailanalyse der 14 Szenarien der KomABC	Dez. 12
	Defizitermittlung					Defizitermittlung:	Dez. 13
152	Kantonale Einsatzformation (KEF) Prüfung der Zusammenführung spezieller kantonaler Mittel (Führungsunterstützung, Care-Bereich, Kulturgüterschutz, Information) in eine neu zu bildende kantonale Einsatzformation.	I.A.	09				Dez. 15
	Konzept KEF liegt vor			Konzept ist erarbeitet und liegt amtsintern vor	Dez. 09 Dez. 09		
	Abstimmung mit Partnerorganisationen Bevölkerungsschutz					Abstimmungen mit allen betroffenen Bevölkerungsschutz- Partnerorganisationen und Abstimmung der Leistungen und Mittel	Dez. 10

Massnahmen Volkswirtschaftsdepartement

Status: DA = Daueraufgabe, vorläufig und unbefristet I.A. = in Arbeit, Erl. = erledigt; Vorhaben ist abgeschlossen Sistiert = Vorhaben ist vorläufig oder definitiv gestoppt		Status	Erfasst	Vollzugskontrolle	Soll-Termin	IST-Termin	Planung	Soll-Termin
Nr	Vorhaben (Nr. Handlungsziel vom Legislaturplan)			Bemerkung / Indikatoren			Bemerkungen / Indikatoren	
	Aufbau Führung						Klärung Ressourcen für die Führung der Formation	Dez. 11
	Rekrutierung Personal						schrittweise Rekrutierung, Ausbildung und Aufbau von Elementen	Dez. 12
	Aufbau Formation						Zusammenführung der Elemente unter einem Kommando, Ausrüstung der Elemente mit Material	Dez. 13
	Einsatzbereitschaft erstellt						Eine den Bedürfnissen gerecht werdende kantonale Einsatzformation ist aufgebaut und einsatzbereit	Dez. 15
159	Ausbau Führungsstandorte KFS Für die Rückwärtige Führung des KFS sind ein oberirdischer (ungeschützt) und ein unterirdischer (geschützter) Führungseinrichtung (geschützte Anlage) notwendig. Dies bedingt einen Ausbau der Führungsunterstützungseinrichtungen (Telematik/Infomatik).			I.A. 09				Dez. 12
	Führungsbereitschaft im VESO sichergestellt						Führungsunterstützungsmittel stehen zur Verfügung für den Einsatz	Dez. 11
	Führungsunterstützung im KP Rück (Pol Kdo) aufgebaut						rasche Verfügbarkeit der Führungsunterstützung gewährleistet	Dez. 12
163	Bezug und Betrieb Zivilschutzausbildungszentrum (ziko) Es geht im wesentlichen darum, das Zivilschutzausbildungszentrum zu installieren und Ausbildung zu vermitteln. Der Auslastungsgrad soll in Verbindung mit den Grundkosten (Miete, Nebenkosten, Fahrzeug und Materialpark, Abschreibungen) und Investitionen ein Steuerungstool ergeben. Mit einer Profitzenterrechnung kann parametrisiert Aufwand, Kosten und Nutzen verglichen werden. Letztendlich beeinflusst der Auslastungsgrad die Rentabilität.			I.A. 10				Dez. 11
	Auslastung zu 75% auf 220 Arbeitstage erreicht						Die Grundlast soll erreicht werden, um in einer Kosten-Leistungsrechnung die Steuerungsmassnahmen abzuleiten.	Dez. 10
	Auslastung zu 75% auf 220 Arbeitstage erreicht						Grundlage: Auslastung 2010 - treffen von Massnahmen zur Steuerung/Steigerung der Auslastung. Ergebnis aus einer Kosten-Leistungsrechnung.	Dez. 11
166	Ausbildung des Kantonalen Führungsstabes (KFS) laufende Ausbildung des Kantonalen Führungsstabes (KFS) im Hinblick auf eine geplante Bundes-Übung im Jahr 2011			I.A. 10				Dez. 11
	Bundesübung						Teilnahme an der geplanten Bundesübung 2011	Dez. 11

Massnahmen Volkswirtschaftsdepartement

Status: DA = Daueraufgabe, vorläufig und unbefristet I.A. = in Arbeit, Erl. = erledigt; Vorhaben ist abgeschlossen Sistiert = Vorhaben ist vorläufig oder definitiv gestoppt		Status	Erfasst	Vollzugskontrolle		Planung		
Nr	Vorhaben (Nr. Handlungsziel vom Legislaturplan)			Bemerkung / Indikatoren	Soll-Termin	IST-Termin	Bemerkungen / Indikatoren	Soll-Termin
168	Bildung und Ausbildung der Regionalen Führungsstäbe (RFS) zur Einsatzbereitschaft Die Bildung der RFS soll gem. Vorgaben des Einführungsgesetzes abgeschlossen werden. Dies bedingt eine konkrete Unterstützung durch das AMB. Insbesondere braucht es gezielte Gespräche mit den zuständigen Behörden und andererseits Dokumentation, Begleitung bei der Einführung. Diese Bestrebungen bilden die Voraussetzung für die personelle Besetzung und anschliessende Ausbildung.	I.A.	09				Dez 12	
	Info der Gemeindepräsidenten über Verantw.			Die Gemeindepräsidenten sind über ihre Verantwortlichkeit informiert.	Mrz 08	Mrz 08		
	Bildung RFS abgeschlossen			Die Bildung der RFS ist abgeschlossen.	Dez 09	Dez 09		
	Kontaktaufnahme mit C RFS						Mit allen C RFS wird eine persönliche Bestandaufnahme des IST_Zustandes durchgeführt.	Feb. 10
	Einsatzbereitschaft sichergestellt						Die Einsatzbereitschaft der RFS ist sichergestellt.	Dez 12
	Ausbildung aller RFS						Die RFS sind ausgebildet.	Dez 12
963	Weiterentwicklung Zivilschutz Weiterentwicklung Zivilschutz in folgenden Bereichen: Technik: Kommunikationsmittel Schutzbauten: Werterhaltung Bereitschaft: Alarmierung im Zivilschutz Organisation: Stützpunkte Material: Ablösung von Material Ausbildung: Kursmodule	I.A.	10				Dez 15	
	Vorprojekt						Abschluss des Vorprojektes. Aufzeigen des Kostenrahmens +/- 20%.	Mai 10
	Hauptprojekt						Abschluss des Hauptprojektes. Festlegen des Kostenrahmens +/- 10%	Dez 10
	Detailprojekt						Festlegen der Details zu den einzelnen Teilen des Projektes. Kostengenauigkeit +/- 5%.	Dez 11
	Realisierung						Realisierung der einzelnen Teilprojekte.	Dez 15
4	Wildtierkorridore Berücksichtigung und Aufnahme der Wildtierkorridore in den Richtplan.	I.A.	09				Dez 11	
	Schlussbericht Wildtierkorridore			Schlussbericht Wildtierkorridore	Sep. 08	Sep. 08		
	RRB durch ARP			Verschiebung: Erfolgt im Rahmen der Richtplanerneuerung. RRB wird durch ARP erstellt.	Sep. 09			
	RRB durch ARP						RRB durch ARP	Dez 12
	Umsetzung von Massnahmen						Umsetzung von objektbezogenen Massnahmen	Dez 16

Massnahmen Volkswirtschaftsdepartement

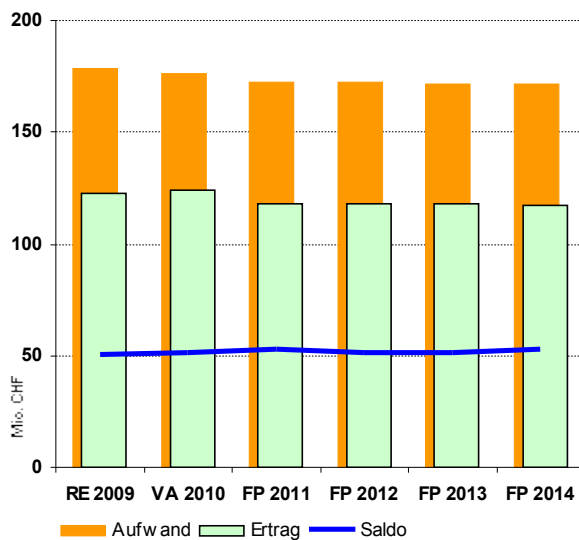
Status: DA = Daueraufgabe, vorläufig und unbefristet I.A. = in Arbeit, Erl. = erledigt; Vorhaben ist abgeschlossen Sistiert = Vorhaben ist vorläufig oder definitiv gestoppt		Status	Erfasst	Vollzugskontrolle		Planung		
Nr	Vorhaben (Nr. Handlungsziel vom Legislaturplan)			Bemerkung / Indikatoren	Soll-Termin	IST-Termin	Bemerkungen / Indikatoren	Soll-Termin
15	Schutzwald Schutz vor Naturgefahren: "Wald mit besonderer Schutzfunktion".	I.A.	09					März 10
	Bereinigung Schutzwaldperimeter			Bereinigung Schutzwaldperimeter	Jun. 09	Dez. 09		
90	Gesetzgebungsprojekt Volkswirtschaftsgesetz Effizientere, kundenorientiertere und vereinheitlichte Gesetzgebung im Bereich Volkswirtschaft	I.A.	09					Dez. 11
	Studie Borner liegt vor			Verschiebegrund: Externer freier Autor. Ist an keinen Zeitrahmen gebunden.	Sep. 09			
	Projektorganisation einsetzen			Projektorganisation und Expertenkommission sind eingesetzt.	Dez. 09	Dez. 09		
	Studie Borner liegt vor						Studie Prof. Borner zu einer wirtschaftlichen Vorwärtsstrategie des Kantons Solothurn liegt vor.	Jun. 10
	B+E zur Vernehmlassung						Botschaft und Entwurf liegen vor.	Dez. 10
	B+E an KR						Behandlung durch den Regierungsrat	Dez. 11
92	3.2.1 Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen Dauerauftrag	DA	09					
	Sprungbrett-Event in Bern			Beteiligung an Sprungbrett-Event	Apr. 09	Apr. 09		
	Beteiligung an Berufs-Infomesse in Olten			Finanzielle Beteiligung an Berufs-Infomesse in Olten.	Mai. 09	Mai. 09		
	Berufswahlplattform durchführen			Coaching für SchulabgängerInnen ohne Anschlusslösung in Zusammenarbeit mit ABMH durchführen.	Jul. 09	Jul. 09		
94	Gesetzgebungsprojekt Einführungsgesetz zum Arbeitsgesetz Festlegung der kantonalen Zuständigkeiten beim Vollzug des Arbeitsgesetzes	Erl.	09			Dez. 09		
	Eröffnung Vernehmlassungsverfahren			Bereinigte B+E durch RR beschlossen und Vernehmlassung eröffnet	Jun. 09	Jun. 09		
	B+E zu Händen KR genehmigt			B+E nach Vernehmlassung bereinigt und von RR zu Händen KR beschlossen	Sep. 09	Nov. 09		
	Genehmigung durch KR			Verschiebegrund: Terminplan Kantonsrat	Dez. 09			
	B+E an KR			B+E an KR	Dez. 09	Nov. 09		
	Genehmigung durch KR						Behandlung im KR abgeschlossen	Jan. 10
97	Gesetzgebungsprojekt kantonales Stromversorgungsgesetz Festlegen der kantonalen Zuständigkeiten	Erl.	09			Dez. 09		
	B+E durch RR zu Händen Vernehmlassung bereinigt			Das Vernehmlassungsverfahren wurde durchgeführt.	Aug. 09	Aug. 09		
	B+E zu Händen KR			B+E nach Vernehmlassung RR bereinigt	Okt. 09	Nov. 09		

Massnahmen Volkswirtschaftsdepartement

Status: DA = Daueraufgabe, v orläufig und unbefristet I.A. = in Arbeit, Erl. = erledigt; Vorhaben ist abgeschlossen Sistiert = Vorhaben ist v orläufig oder definitiv gestoppt		Status	Erfasst	Vollzugskontrolle		IST-Termin	Planung	
Nr	Vorhaben (Nr. Handlungsziel v om Legislaturplan)			Bemerkung / Indikatoren	Soll-Termin		Bemerkungen / Indikatoren	Soll-Termin
58	Überprüfung Zusammenarbeit Aufsichtsbehörden Stiftungsaufsicht BS/BL/SO/AG Entscheid Zusammenlegung	I.A.	09		Dez. 09			
				Verschiebegrund: Diff. Strukturreform in den eidg. Räten	Dez. 09			
	Entscheid Zusammenlegung						Entscheid Zusammenlegung	Jun. 10
61	Umsetzung neues Stiftungsrecht Umsetzung neues Stiftungsrecht aufgrund des neuen Revisionsaufsichtsgesetzes (RAG) und der Bestimmungen des Obligationenrechts (OR) per 1.1.2008.	Erl.	09		Dez. 09			
	Wahl einer Revisionsstelle			Wahl einer Revisionsstelle mit der erforderlichen Qualifikation und Eintrag im Handelsregister / Erledigung der eingegangenen Befreiungsgesuche	Dez. 09	Dez. 09		
	Umsetzung			Umsetzung der Aenderungen nach dem Revisionsaufsichts gesetz (RAG)	Dez. 09	Dez. 09		

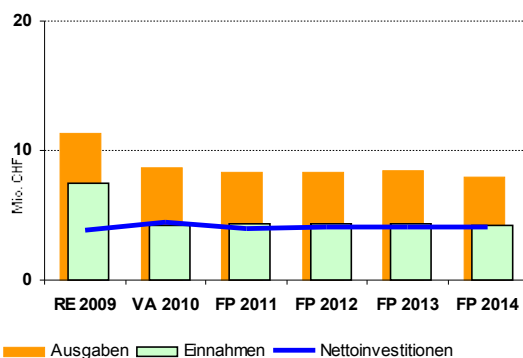
3.6.4 Finanzen (in Mio. Franken) Volkswirtschaftsdepartement

Erfolgsrechnung	RE 2009	VA 2010	FP 2011	FP 2012	FP 2013	FP 2014
Globalbudgets						
Aufwand	148.1	139.1	140.0	139.4	139.4	139.7
Ertrag	-114.8	-104.1	-104.5	-104.5	-104.5	-104.5
Globalbudgetsaldo	33.3	35.0	35.5	34.9	34.9	35.2
Verrechnungen	9.1	9.9	9.9	10.0	10.1	10.1
Saldo	42.4	45.0	45.4	44.9	44.9	45.3
Finanzgrössen						
Aufwand	30.5	37.2	32.7	32.3	32.8	33.3
Ertrag	-8.2	-20.0	-13.7	-13.6	-13.6	-13.6
Verrechnungen	-14.6	-11.0	-11.4	-12.0	-12.5	-12.5
Saldo	7.8	6.2	7.6	6.7	6.7	7.2
Saldo total	50.2	51.2	53.0	51.6	51.7	52.5



Bemerkungen
Es ergeben sich keine nennenswerten Abweichungen.

Investitionsrechnung	RE 2009	VA 2010	FP 2011	FP 2012	FP 2013	FP 2014
Total						
Ausgaben	11.3	8.7	8.4	8.4	8.4	8.4
Einnahmen	-7.4	-4.3	-4.4	-4.4	-4.4	-4.4
Nettoinvestitionen	3.8	4.5	4.0	4.0	4.0	4.0
Einzelne Nettoinvestitionen						
Finanzausgleich Einwohnergemeinden	0.5	1.1	0.7	0.7	0.7	0.7
Landwirtschaft SF Zufahrten zu Bergwegen	0.5	0.7	0.7	0.7	0.7	0.7
Wald	0.3	0.3	0.3	0.3	0.3	0.3
Landwirtschaft	2.4	2.4	2.4	2.4	2.4	2.4



Bemerkungen
Es ergeben sich keine nennenswerten Abweichungen.

3.7 Gerichte

3.7.1 Beschreibung Aufgabenbereich

Die Gerichte sorgen für den Rechtsfrieden: Sie beurteilen Streitigkeiten unter Privaten und Straftaten; im Rahmen der Verwaltungsgerichtsbarkeit überprüfen sie staatliche Akte. Schliesslich beurteilt das Versicherungsgericht sozialversicherungsrechtliche Streitigkeiten.

Die gerichtlichen Instanzen sind:

- Das Obergericht. Es übt die oberinstanzliche Zivil- und Strafjustiz aus, sowie die Verwaltungs- und Sozialversicherungsgerichtsbarkeit, letzteres durch das Verwaltungs- und das Versicherungsgericht, welche in das Obergericht integriert sind.
- Das Kantonale Steuergericht entscheidet über Beschwerden gegen Entscheide des Steueramts.
- Die fünf Richterämter (Solothurn-Lebern, Bucheggberg-Wasseramt, Thal-Gäu, Olten-Gösgen und Dorneck-Thierstein) üben die erstinstanzliche Zivil- und Strafjustiz aus.
- Das Haftgericht überprüft Verhaftungen und Haftentlassungsgesuche.
- Die Kantonale Schätzungskommission, als Spezialverwaltungsgericht, beurteilt Forderungen aus Enteignung, Grundeigentümerbeiträge sowie Beschwerden betreffend öffentliche Beschaffungen.

Die Organisation des Gerichtswesens ist durch Gesetz festgelegt. Ebenso wird die Arbeitsweise der Gerichte durch die Prozessordnungen detailliert geregelt. Der rechtssuchende Bürger hat Anspruch auf Einhaltung dieser gesetzlichen Regeln. Bei der Gestaltung ihrer Aufgabenerfüllung haben die Gerichte deshalb einen sehr engen Spielraum. Dieser beschränkt sich auf die effiziente Organisation der Abläufe. Ebenso eng ist der Spielraum im finanziellen Bereich. Die Gerichte sind zur effizienten Erfüllung ihrer Aufgaben auf einen Mindestbestand an gut qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern angewiesen. Die Besoldungen machen denn auch den weitaus grössten Teil der Aufwendungen aus. Die Höhe der gerichtlichen Einnahmen schliesslich bestimmt sich durch den gesetzlichen Gebührentarif.

Insgesamt haben die Gerichte somit einen geringen Gestaltungsspielraum für die Erfüllung ihrer Aufgaben. Zur Erhaltung des Rechtsfriedens müssen sie dem rechtssuchenden Bürger oder der rechtssuchenden Bürgerin schnelle und qualitativ hochstehende Entscheidungen bieten können.

3.7.2 Vorgaben aus dem Legislaturplan 09 -13

Im Legislaturplan finden sich keine Vorgaben zur Justiz.

3.7.3 Massnahmen Gerichte

Im ersten Jahr der Planungsperiode werden die Gerichte erstmals die neuen schweizerischen Prozessordnungen StPO und ZPO anzuwenden haben. Dies bringt zum einen eine Neuordnung der Abläufe mit sich. Zum andern wird dies unserem Kanton auch Mehraufwendungen und damit Mehrkosten verursachen. Weitergehend als nach den bisherigen Bestimmungen müssen Aussagen in Zivil- und Strafverfahren neu protokolliert, verlesen, bereinigt und von den Aussagenden unterzeichnet werden. Wie Besuche bei Gerichten, die dies heute schon praktizieren, gezeigt haben, führt dies zu einer Verlängerung der Zeiten, die die Mitglieder eines Gerichtes, aber auch amtliche Anwälte, Verteidiger und Dolmetscher im Gerichtssaal verbringen.

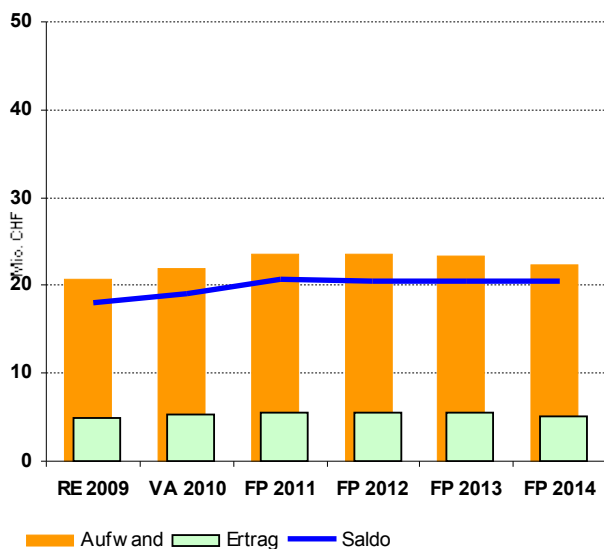
Für die Finanzplanung 2010-2013 erstellte die Gerichtsverwaltung eine überschlagsweise Schätzung dieser Mehraufwendungen und bezog diese in die Finanzplanung ein. Im Jahr 2009 verfeinerte dann eine Arbeitsgruppe die Schätzung, indem sie dieser statistisch erhobene Verhandlungszeiten anstelle von Schätzungen zugrundelegte. Daraus ergab sich eine Reduktion der ersten überschlagsweisen Schätzung - auf den Betrag von rund Fr. 1,5 Mio. Dieser Betrag wurde dem Kantonsrat bereits mit den beiden Einführungsvorlagen zur StPO und ZPO zur Information unterbreitet.

Geplant ist, den Mehraufwand aufzufangen durch einen zusätzlichen Haftrichter (der ja Statthalter, Stellvertreter der ordentlichen Amtsgerichtspräsidenten ist) und zusätzliche Gerichtsschreiberstellen.

Es sind des weitern keine Massnahmen geplant, die über organisatorische Projekte hinausgehen. Die Gerichte sind bei der Gestaltung ihrer Aufgaben wie eingangs ausgeführt weitgehend auf gesetzliche Bestimmungen verwiesen, über die nicht sie, sondern Parlament und Volk entscheiden. Die Gerichte haben in diesem Zusammenhang, anders als die allgemeine Verwaltung, kein Recht, mit Botschaft und Entwurf an das Parlament zu gelangen.

3.7.4 Finanzen (in Mio. Franken) Gerichte

Erfolgsrechnung	RE 2009	VA 2010	FP 2011	FP 2012	FP 2013	FP 2014
Globalbudgets						
Aufwand	20.8	21.9	23.6	23.4	23.4	23.4
Ertrag	-4.7	-5.0	-5.1	-5.1	-5.1	-5.1
Globalbudgetsaldo	16.0	17.0	18.5	18.3	18.3	18.3
Verrechnungen	2.2	2.4	2.4	2.4	2.4	2.4
Saldo	18.3	19.4	20.9	20.8	20.8	20.8
Finanzgrössen						
Aufwand	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Ertrag	-0.2	-0.4	-0.4	-0.4	-0.4	-0.4
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	-0.2	-0.3	-0.3	-0.3	-0.3	-0.3
Saldo total	18.1	19.1	20.6	20.4	20.4	20.4



Bemerkungen

Bei den Gerichten ergeben sich per Saldo die oben unter Politische Ziele und Leistungen erwähnten Mehrkosten.

4. Anhang 1: Zuordnung der Globalbudget und Finanzgrössen

1. Behörden und Staatskanzlei

Globalbudgets	PC-Nr.	Leistungserbringende Dienststelle
Stabsdienstleistungen für den Kantonsrat	5615	Parlamentsdienste
Dienstleistungen der Staatskanzlei	580	Staatskanzlei
Drucksachen und Lehrmittel	582	Drucksachenverwaltung/Lehrmittelverlag
Finanzgrössen	PC-Nr.	Leistungserbringende Dienststelle
Stabsdienstleistungen für den Kantonsrat	5610	Kantonsrat
Dienstleistungen der Staatskanzlei	5620	Regierungsrat
Dienstleistungen der Staatskanzlei	5621	Berufliche Vorsorge Regierungsrat (SF)

2. Bau- und Justizdepartement

Globalbudgets	PC-Nr.	Leistungserbringende Dienststelle
Führungsunterstützung BJD	600	Departementssekretariat BJD
Raumplanung	6010	Amt für Raumplanung
Hochbau	602W	Hochbauamt
Strassenbau	603W	Amt für Verkehr und Tiefbau
Öffentlicher Verkehr	6038A	öffentlicher Verkehr
Umwelt	6040	Amt für Umwelt
Denkmalpflege und Archäologie	605	Amt für Denkmalpflege und Archäologie
Geoinformationen	606	Amt für Geoinformationen
Jugendanwaltschaft	6108	Jugendanwaltschaft
Staatsanwaltschaft	6110	Staatsanwaltschaft
Finanzgrössen	PC-Nr.	Leistungserbringende Dienststelle
Raumplanung	6012	Natur- und Heimatschutz (SF)
Hochbau	6028	Grundstücke und Verschiedenes
Hochbau	6029	Subventionierter Wohnungsbau
Strassenbau	6035	Kantonsstrassenbau (SF)
Strassenbau	6037	Nationalstrassenbau (SF)
Strassenbau	6039	Finanzierung Strassenbaufonds
Umwelt	6043	Altlastenfonds (SF)
Umwelt	6044	Abwasserfonds (SF)
Umwelt	6046	Entsorgungsfonds (SF)
Umwelt	6047	Deponienachsorgefonds (SF)
Staatsanwaltschaft	6111	STAWA Finanzgrössen
IR Hochbau	6025	Bildungs- und Allgemeine Bauten
IR Hochbau	6025B	Bauten Motorfahrzeugkontrolle (SF)
IR Hochbau	6026	Spitalbauten
IR Strassenbau	6035	Kantonsstrassenbau (SF)
IR Strassenbau	6037	Nationalstrassenbau (SF)
IR Öffentlicher Verkehr	6038B	öffentlicher Verkehr
IR Umwelt	6040	Amt für Umwelt
IR Geoinformationen	6061	Amtliche Vermessung

3. Departement für Bildung und Kultur

Globalbudgets	PC-Nr.	Leistungserbringende Dienststelle
Führungsunterstützung DBK	620	Departementssekretariat DBK
Volksschule und Kindergarten	625W	Amt für Volksschule und Kindergarten
Berufsbildung, Mittel- und Hochschulwesen	6260	Amt für Berufsbildung, Mittel- und Hochschulen
Kultur und Sport	627	Amt für Kultur und Sport
Mittelschulbildung	630W	Mittelschulen
Fachhochschulbildung	634	Fachhochschule Nordwestschweiz
Berufsschulbildung	635	Berufsbildungszentren und BZ-GS
Finanzgrössen	PC-Nr.	Leistungserbringende Dienststelle
Führungsunterstützung DBK	6230	Schulgelder
Volksschule und Kindergarten	6254	Volksschulen
Volksschule und Kindergarten	6256	Kindergarten
Volksschule und Kindergarten	6257	Sonderschulen
Volksschule und Kindergarten	6258	Musikschulen
Berufsbildung, Mittel- und Hochschulwesen	6262	Lehrabschlussprüfungen und Bundessubv.
IR Führungsunterstützung DBK	6205	Stipendien
IR Führungsunterstützung DBK	6303	Kantonale Schulen

4. Finanzdepartement

Globalbudgets	PC-Nr.	Leistungserbringende Dienststelle
Führungsunterstützung FD und Amtschreibereiaufsicht	640	Departementssekretariat FD
Finanzen und Statistik	6410	Amt für Finanzen
Personalwesen	6420	Personalamt
Steuerwesen	6430	Steueramt
Informationstechnologie	644	Amt für Informatik und Organisation
Staatsaufsichtswesen	650	Kantonale Finanzkontrolle
Amtschreiberei-Dienstleistungen	653	Amtschreibereien
Finanzgrössen	PC-Nr.	Leistungserbringende Dienststelle
Finanzen und Statistik	6416	Bundesanteile
Finanzen und Statistik	6417	Vermögenserträge
Finanzen und Statistik	6418	Zinsendienst
Finanzen und Statistik	6419	Abschreibungen/Rückstell./Buchgewinne
Personalwesen	6421	Sozialversicherungsbeiträge
Personalwesen	6423	Unfallkasse (Spezialfinanzierung)
Personalwesen	6426	GAV Krankentaggeldversicherung
Steuerwesen	6432	Kantonale Steuern
IR Informationstechnologie	644	Amt für Informatik und Organisation

5. Departement des Inneren

Globalbudgets	PC-Nr.	Leistungserbringende Dienststelle
Gesundheit	661W	Gesundheitsamt
Solothurnische innerkantonale Spitalversorgung	662W	Solothurner Spitäler AG (SoH)
Soziale Sicherheit	665W	Amt für soziale Sicherheit
öffentliche Sicherheit	666W	Amt für öffentliche Sicherheit
Administ. und tech. Verkehrssicherheit	6670	Motorfahrzeugkontrolle
Justizvollzug	6672	Justizvollzugsanstalt
Polizei	668	Polizei
Finanzgrössen	PC-Nr.	Leistungserbringende Dienststelle
Gesundheit	6614	Spitalbehandlungen gemäss KVG
Soziale Sicherheit	6653	Sozialversicherungen
Soziale Sicherheit	6654	Soziale Dienste und Institutionen
Soziale Sicherheit	6656	Sozialhilfe und Asyl
Öffentliche Sicherheit	6669	Kostgelder Straf- und Massnahmenvollzug
Administ. und tech. Verkehrssicherheit	6671	Verkehrseinnahmen und deren Verwendung
IR Gesundheit	661W	Gesundheitsamt
IR öffentliche Sicherheit	666W	Amt für öffentliche Sicherheit
IR Justizvollzug	6672	Justizvollzugsanstalt
IR Polizei	668	Polizei

6. Volkswirtschaftsdepartement

Globalbudgets	PC-Nr.	Leistungserbringende Dienststelle
Führungsunterstützung VWD und Stiftungsaufsicht	680	Departementssekretariat VWD
Wirtschaft und Arbeit	681	Amt für Wirtschaft und Arbeit
Energiefachstelle	681E	Amt für Wirtschaft und Arbeit / Energiefachstelle
Gemeinden und Zivilstandsdienst	6850	Amt für Gemeinden
Wald, Jagd und Fischerei	690	Amt für Wald, Jagd und Fischerei
Landwirtschaft	695W	Amt für Landwirtschaft
Militär und Bevölkerungsschutz	698G	Amt für Militär und Bevölkerungsschutz
Finanzgrössen	PC-Nr.	Leistungserbringende Dienststelle
Gemeinden und Zivilstandsdienst	6852	Finanzausgleich-/Fusionsbeiträge
Gemeinden und Zivilstandsdienst	6853	Finanzausgleich Einwohnergemeinden (SF)
Gemeinden und Zivilstandsdienst	6854	Finanzausgleich Kirchgemeinden (SF)
Wald, Jagd und Fischerei	6901	Wald
Landwirtschaft	6956	Zufahrt zu Berghöfen (SF)
Landwirtschaft	6958	Tierseuchenkasse (SF)
Landwirtschaft	6960	Konkordat Hochschule LW
Militär und Bevölkerungsschutz	698F	Amt für Militär und Bevölkerungsschutz
IR Landwirtschaft	695W	Amt für Landwirtschaft

7. Gerichte

Globalbudgets	PC-Nr.	Leistungserbringende Dienststelle
Gerichte	70	Gerichte
Finanzgrössen	PC-Nr.	Leistungserbringende Dienststelle
Gerichte	7100	Gerichte (Bussen, Abschreibungen)

5. Anhang 2: Details zu den Finanzen Erfolgsrechnung

5.1 Behörden und Staatskanzlei

Stabsdienstleistungen für den Kantonsrat	RE 2009	VA 2010	FP 2011	FP 2012	FP 2013	FP 2014
Globalbudget						
Aufwand	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7
Ertrag	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Globalbudgetsaldo	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7
Verrechnung	0,3	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2
Saldo	1,0	1,0	0,9	0,9	0,9	0,9
Finanzgrösse Kantonsrat						
Aufwand	1,2	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3
Ertrag	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Verrechnungen	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Saldo	1,3	1,4	1,4	1,4	1,4	1,4
Dienstleistungen der Staatskanzlei						
Globalbudget						
Aufwand	5,6	5,8	6,0	6,0	5,9	5,9
Ertrag	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1
Globalbudgetsaldo	5,5	5,7	5,9	5,8	5,8	5,8
Verrechnung	-3,2	-3,3	-3,1	-3,2	-3,1	-3,2
Saldo	2,3	2,4	2,7	2,6	2,7	2,6
Finanzgrösse Regierungsrat						
Aufwand	2,5	2,5	2,7	2,6	2,6	2,6
Ertrag	-0,3	-0,2	-0,2	-0,2	-0,2	-0,2
Verrechnungen	-1,0	-1,0	-1,0	-1,0	-1,0	-1,0
Saldo	1,2	1,2	1,4	1,3	1,3	1,3
Finanzgrösse Berufliche Vorsorge RR (SF)						
Aufwand	1,1	1,1	1,1	1,1	1,1	1,1
Ertrag	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3
Verrechnungen	-0,8	-0,9	-0,9	-0,9	-0,9	-0,9
Saldo	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Drucksachen/Lehrmittelverlag						
Globalbudget						
Aufwand	5,9	5,4	5,4	5,4	5,4	5,4
Ertrag	-2,9	-2,7	-2,7	-2,7	-2,7	-2,7
Globalbudgetsaldo	3,0	2,6	2,6	2,6	2,6	2,6
Verrechnung	-2,6	-2,6	-2,7	-2,6	-2,7	-2,6
Saldo	0,4	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

5.2 Bau- und Justizdepartement

Führungsunterstützung BJD	RE 2009	VA 2010	FP 2011	FP 2012	FP 2013	FP 2014
Globalbudget						
Aufwand	4.2	4.4	4.3	4.3	4.3	4.3
Ertrag	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2
Globalbudgetsaldo	4.0	4.1	4.1	4.1	4.1	4.2
Verrechnungen	-2.2	-2.2	-2.2	-2.2	-2.2	-2.2
Saldo	1.7	2.0	2.0	2.0	2.0	2.0
Raumplanung						
Globalbudget						
Aufwand	2.8	3.3	3.3	3.4	3.4	3.4
Ertrag	-0.3	-0.3	-0.3	-0.3	-0.3	-0.3
Globalbudgetsaldo	2.5	3.1	3.1	3.1	3.1	3.1
Verrechnungen	0.6	0.6	0.6	0.6	0.6	0.6
Saldo	3.0	3.6	3.7	3.7	3.7	3.7
Finanzgrösse Natur- und Heimatschutz (SF)						
Aufwand	3.9	4.8	5.1	5.2	5.3	5.4
Ertrag	-3.1	-3.6	-3.8	-4.0	-4.1	-4.2
Verrechnungen	-0.8	-1.2	-1.2	-1.2	-1.2	-1.2
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Hochbau						
Globalbudget						
Aufwand	32.1	34.4	34.9	35.2	35.6	36.9
Ertrag	-5.4	-5.3	-6.3	-6.3	-6.0	-6.0
Globalbudgetsaldo	26.7	29.1	28.6	28.8	29.5	30.9
Verrechnungen	-38.0	-38.9	-38.9	-38.9	-38.9	-38.9
Saldo	-11.3	-9.9	-10.4	-10.1	-9.4	-8.1
Finanzgrösse Grundstücke und Verschiedenes						
Aufwand	0.1	0.5	0.1	0.1	0.1	0.1
Ertrag	-38.9	-41.0	-38.1	-38.6	-39.8	-43.4
Verrechnungen	16.4	16.8	16.8	16.8	16.8	16.8
Saldo	-22.4	-23.7	-21.2	-21.7	-22.9	-26.4
Finanzgrösse Subventionierter Wohnungsbau						
Aufwand	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1
Ertrag	-0.1	-0.2	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Strassenbau						
Globalbudget						
Aufwand	32.1	32.3	35.4	33.3	33.1	33.3
Ertrag	-3.9	-2.8	-2.3	-2.8	-2.8	-2.8
Globalbudgetsaldo	28.2	29.5	33.1	30.5	30.3	30.5
Verrechnungen	2.7	2.6	2.7	2.7	2.7	2.7
Saldo	30.8	32.2	35.7	33.1	32.9	33.2
Finanzgrösse Kantonsstrassenbau (SF)						
Aufwand	39.8	54.0	51.5	37.8	37.9	43.1
Ertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	39.8	54.0	51.5	37.8	37.9	43.1
Finanzgrösse Nationalstrassenbau (SF)						
Aufwand	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Ertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Finanzgrösse Finanzierung Strassenbaufonds						
Aufwand	1.6	2.5	2.2	2.0	2.0	7.0
Ertrag	-0.8	-18.4	-19.7	-3.1	-2.9	-13.4
Verrechnungen	-71.5	-70.3	-69.7	-69.8	-69.9	-69.9
Saldo	-70.7	-86.2	-87.2	-70.9	-70.8	-76.3

Öffentlicher Verkehr	RE 2009	VA 2010	FP 2011	FP 2012	FP 2013	FP 2014
Globalbudget						
Aufwand	45.8	53.6	52.8	53.7	56.6	57.9
Ertrag	-15.7	-17.4	-16.8	-17.2	-18.1	-18.6
Globalbudgetsaldo	30.1	36.2	35.9	36.5	38.5	39.3
Verrechnungen	0.7	3.5	3.5	3.5	3.5	3.5
Saldo	30.8	39.8	39.4	40.0	42.0	42.9
Umwelt						
Globalbudget						
Aufwand	14.1	14.2	14.6	14.2	14.2	14.2
Ertrag	-13.4	-13.2	-13.0	-13.0	-13.0	-13.0
Globalbudgetsaldo	0.8	1.0	1.6	1.3	1.2	1.2
Verrechnungen	3.6	4.4	4.4	4.4	4.4	4.4
Saldo	4.4	5.4	6.0	5.7	5.7	5.6
Finanzgrösse Altlastenfonds (SF)						
Aufwand	1.9	1.9	1.9	1.9	1.9	1.9
Ertrag	-1.9	-1.9	-1.9	-1.9	-1.9	-1.9
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Finanzgrösse Abwasserfonds (SF)						
Aufwand	4.2	2.1	7.3	7.6	4.3	1.3
Ertrag	-4.2	-2.1	-7.3	-7.6	-4.3	-1.3
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Finanzgrösse Entsorgungsfonds (SF)						
Aufwand	0.0	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1
Ertrag	0.0	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Finanzgrösse Deponienachsorgefonds (SF)						
Aufwand	1.0	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1
Ertrag	-1.0	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Denkmalpflege und Archäologie						
Globalbudget						
Aufwand	4.1	4.3	4.3	4.3	4.3	4.4
Ertrag	-1.5	-1.6	-1.6	-1.6	-1.6	-1.6
Globalbudgetsaldo	2.6	2.6	2.6	2.6	2.6	2.8
Verrechnungen	0.5	0.5	0.5	0.5	0.5	0.5
Saldo	3.1	3.2	3.2	3.2	3.2	3.3
Geoinformationen						
Globalbudget						
Aufwand	1.4	1.7	1.7	1.7	1.7	1.7
Ertrag	-0.1	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Globalbudgetsaldo	1.3	1.6	1.6	1.6	1.7	1.7
Verrechnungen	1.6	1.7	1.7	1.7	1.7	1.7
Saldo	3.0	3.3	3.3	3.3	3.4	3.4

Jugendanwaltschaft	RE 2009	VA 2010	FP 2011	FP 2012	FP 2013	FP 2014
Globalbudget						
Aufwand	5.6	6.3	6.5	6.5	6.5	6.5
Ertrag	-0.6	-0.5	-0.5	-0.5	-0.5	-0.5
Globalbudgetsaldo	5.0	5.7	6.0	5.9	5.9	5.9
Verrechnungen	0.3	0.3	0.3	0.3	0.3	0.3
Saldo	5.3	6.1	6.3	6.3	6.3	6.3
Staatsanwaltschaft						
Globalbudget						
Aufwand	7.9	8.7	8.8	8.9	9.1	9.2
Ertrag	-4.0	-4.0	-4.0	-4.0	-4.0	-4.0
Globalbudgetsaldo	3.9	4.7	4.8	4.9	5.1	5.2
Verrechnungen	3.0	3.3	3.3	3.3	3.3	3.3
Saldo	6.9	8.0	8.1	8.2	8.3	8.5
Finanzgrösse Staatsanwaltschaft						
Aufwand	4.2	2.7	3.9	3.9	3.9	3.9
Ertrag	-7.0	-7.2	-6.8	-6.8	-6.8	-6.8
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	-2.8	-4.5	-2.9	-2.9	-2.9	-2.9

5.3 Departement für Bildung und Kultur

Führungsunterstützung DBK	RE 2009	VA 2010	FP 2011	FP 2012	FP 2013	FP 2014
Globalbudget						
Aufwand	11.3	12.2	12.2	12.5	12.6	12.7
Ertrag	-1.3	-1.2	-1.2	-1.2	-1.2	-1.2
Globalbudgetsaldo	10.0	10.9	11.0	11.3	11.4	11.5
Verrechnungen	-1.0	-1.0	-1.0	-1.0	-1.0	-1.0
Saldo	9.0	10.0	10.1	10.3	10.4	10.5
Finanzgrösse Schulgelder						
Aufwand	73.1	73.4	77.9	79.9	81.9	81.9
Ertrag	-5.1	-4.1	-4.1	-4.1	-4.1	-4.1
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	68.0	69.3	73.8	75.8	77.8	77.8
Volksschule und Kindergarten						
Globalbudget						
Aufwand	13.3	16.4	15.0	11.6	11.7	11.8
Ertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Globalbudgetsaldo	13.3	16.4	15.0	11.6	11.7	11.8
Verrechnungen	1.6	1.9	1.9	1.9	1.9	1.9
Saldo	14.9	18.3	16.9	13.6	13.7	13.7
Finanzgrösse Volksschulen						
Aufwand	89.8	101.5	102.0	105.4	111.3	114.4
Ertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	89.8	101.5	102.0	105.4	111.3	114.4
Finanzgrösse Kindergarten						
Aufwand	9.5	9.8	10.0	10.2	10.4	10.5
Ertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	9.5	9.8	10.0	10.2	10.4	10.5
Finanzgrösse Sonderschulen						
Aufwand	61.2	57.5	67.8	76.6	78.6	78.4
Ertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	61.2	57.5	67.8	76.6	78.6	78.4
Finanzgrösse Musikschulen						
Aufwand	4.5	4.5	4.5	4.5	4.5	4.5
Ertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	4.5	4.5	4.5	4.5	4.5	4.5

Berufsbildung, Mittel- und Hochschulwesen	RE 2009	VA 2010	FP 2011	FP 2012	FP 2013	FP 2014
Globalbudget						
Aufwand	8.2	9.1	9.6	9.7	9.9	10.0
Ertrag	-1.2	-1.6	-2.0	-2.0	-2.1	-2.2
Globalbudgetsaldo	7.0	7.5	7.7	7.7	7.8	7.9
Verrechnungen	1.3	1.3	1.3	1.3	1.3	1.3
Saldo	8.2	8.8	9.0	9.0	9.1	9.2
Finanzgrösse Lehrabschlussprüfungen						
Aufwand	2.5	2.4	2.6	2.7	2.8	2.8
Ertrag	-0.9	-0.9	-1.0	-1.0	-1.1	-1.1
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	1.5	1.5	1.6	1.7	1.7	1.7
Kultur und Sport						
Globalbudget						
Aufwand	8.2	8.1	8.0	8.9	9.1	9.1
Ertrag	-1.8	-1.5	-1.5	-1.5	-1.5	-1.5
Globalbudgetsaldo	6.4	6.6	6.6	7.4	7.6	7.6
Verrechnungen	1.2	1.2	1.2	1.2	1.2	1.2
Saldo	7.6	7.8	7.8	8.6	8.8	8.8
Mittelschulbildung						
Globalbudget						
Aufwand	53.6	52.4	50.5	50.4	50.0	49.9
Ertrag	-11.2	-10.0	-8.0	-8.3	-7.7	-7.5
Globalbudgetsaldo	42.4	42.5	42.5	42.2	42.3	42.4
Verrechnungen	11.2	11.7	11.8	11.8	11.8	11.8
Saldo	53.6	54.2	54.2	53.9	54.0	54.2
Fachhochschulbildung						
Globalbudget						
Aufwand	31.2	32.8	37.4	37.4	37.4	37.4
Ertrag	-0.5	-1.0	-1.0	-1.0	-1.0	-1.0
Globalbudgetsaldo	30.7	31.8	36.4	36.4	36.4	36.4
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	30.7	31.8	36.4	36.4	36.4	36.4
Berufsschulbildung (inkl. Gesundheitsbereich)						
Globalbudget						
Aufwand	58.9	59.4	58.9	58.9	58.9	58.9
Ertrag	-22.6	-21.2	-21.3	-20.7	-20.2	-19.4
Globalbudgetsaldo	36.3	38.2	37.6	38.2	38.7	39.5
Verrechnungen	10.7	11.1	11.2	11.2	11.4	11.4
Saldo	47.0	49.3	48.8	49.4	50.1	50.9

Steuerwesen	RE 2009	VA 2010	FP 2011	FP 2012	FP 2013	FP 2014
Globalbudget						
Aufwand	27.4	27.6	27.8	27.8	27.8	27.8
Ertrag	-14.0	-13.4	-13.6	-13.6	-13.6	-13.6
Globalbudgetsaldo	13.4	14.2	14.2	14.2	14.2	14.2
Verrechnungen	9.2	9.2	9.3	9.3	9.3	9.3
Saldo	22.6	23.4	23.5	23.5	23.5	23.5
Finanzgrösse Kantonale Steuern						
Aufwand	20.9	16.1	18.1	18.1	18.1	18.1
Ertrag	-861.3	-785.2	-810.6	-800.1	-822.6	-826.6
Verrechnungen	15.0	11.7	12.2	12.7	13.1	13.1
Saldo	-825.3	-757.4	-780.3	-769.3	-791.3	-795.3
Informationstechnologie						
Globalbudget						
Aufwand	14.6	15.1	15.1	15.1	15.1	15.1
Ertrag	-5.9	-4.9	-4.9	-4.9	-4.9	-4.9
Globalbudgetsaldo	8.7	10.2	10.2	10.2	10.2	10.2
Verrechnungen	-9.1	-9.1	-9.1	-9.1	-9.1	-9.1
Saldo	-0.4	1.1	1.1	1.1	1.1	1.1
Amtsschreiberei-Dienstleistungen						
Globalbudget						
Aufwand	25.8	26.2	26.2	26.2	26.2	26.2
Ertrag	-36.0	-33.6	-33.6	-33.6	-33.6	-33.6
Globalbudgetsaldo	-10.1	-7.5	-7.5	-7.5	-7.5	-7.5
Verrechnungen	5.6	6.0	6.0	6.0	6.0	6.0
Saldo	-4.6	-1.5	-1.5	-1.5	-1.5	-1.5
Staatsaufsichtswesen						
Globalbudget						
Aufwand	1.2	1.2	1.2	1.2	1.2	1.2
Ertrag	-0.3	-0.3	-0.3	-0.3	-0.3	-0.3
Globalbudgetsaldo	0.9	1.0	1.0	1.0	1.0	1.0
Verrechnungen	-0.9	-1.0	-1.0	-1.0	-1.0	-1.0
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0

5.5 Departement des Innern

Gesundheit	RE 2009	VA 2010	FP 2011	FP 2012	FP 2013	FP 2014
Globalbudget						
Aufwand	5.9	6.4	6.4	6.4	6.4	6.4
Ertrag	-0.4	-0.4	-0.4	-0.4	-0.4	-0.4
Globalbudgetsaldo	5.5	6.0	6.0	6.0	6.0	6.0
Verrechnungen	1.2	1.2	1.2	1.2	1.2	1.2
Saldo	6.7	7.3	7.3	7.3	7.3	7.3
Finanzgrösse Spitalbehandlungen gemäss KVG						
Aufwand	38.8	46.5	48.0	113.0	115.5	118.0
Ertrag	-3.3	-3.0	-3.0	-3.0	-3.0	-3.0
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	35.5	43.5	45.0	110.0	112.5	115.0
Solothurn. innerkantonale Spitalversorgung						
Globalbudget						
Aufwand	220.4	221.2	220.6	225.4	228.4	233.4
Ertrag	-0.1	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Globalbudgetsaldo	220.3	221.2	220.6	225.4	228.4	233.4
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	220.3	221.2	220.6	225.4	228.4	233.4
Soziale Sicherheit						
Globalbudget						
Aufwand	7.6	9.0	8.8	8.8	9.0	9.0
Ertrag	-0.2	-0.5	-0.5	-0.5	-0.5	-0.5
Globalbudgetsaldo	7.4	8.6	8.4	8.4	8.6	8.6
Verrechnungen	0.3	-0.3	-0.3	-0.3	-0.3	-0.3
Saldo	7.7	8.2	8.0	8.0	8.2	8.2
Finanzgrösse Sozialversicherungen						
Aufwand	269.3	291.1	292.4	299.2	306.5	309.9
Ertrag	-150.2	-163.1	-163.3	-167.0	-171.0	-173.1
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	119.1	128.0	129.0	132.2	135.4	136.9
Finanzgrösse Soziale Dienste und Institutionen						
Aufwand	36.2	34.2	35.4	35.8	36.4	37.1
Ertrag	-1.4	-1.3	-1.3	-1.3	-1.3	-1.3
Verrechnungen	-0.8	-0.8	-0.8	-0.8	-0.8	-0.8
Saldo	34.0	32.1	33.3	33.6	34.3	35.0
Finanzgrösse Sozialhilfe und Asyl						
Aufwand	25.1	22.3	22.3	22.3	22.3	22.3
Ertrag	-27.3	-25.2	-23.8	-23.8	-23.8	-23.9
Verrechnungen	2.2	3.0	3.0	3.0	3.0	3.0
Saldo	0.0	0.1	1.4	1.4	1.4	1.3
Öffentliche Sicherheit						
Globalbudget						
Aufwand	13.4	16.4	16.2	16.2	16.3	16.3
Ertrag	-7.5	-9.7	-9.7	-9.7	-9.7	-9.7
Globalbudgetsaldo	5.9	6.7	6.5	6.5	6.6	6.6
Verrechnungen	1.8	2.1	2.1	2.1	2.1	2.1
Saldo	7.6	8.8	8.6	8.6	8.7	8.7
Finanzgrösse Kostgelder Straf- und Massnahmenvollzug						
Aufwand	8.8	9.5	9.0	9.5	9.5	9.5
Ertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	8.8	9.5	9.0	9.5	9.5	9.5

Admin. u. technische Verkehrssicherheit	RE 2009	VA 2010	FP 2011	FP 2012	FP 2013	FP 2014
Globalbudget						
Aufwand	13.8	13.4	13.4	13.4	13.4	13.4
Ertrag	-15.5	-15.8	-15.8	-15.8	-15.8	-15.8
Globalbudgetsaldo	-1.7	-2.4	-2.4	-2.4	-2.4	-2.4
Verrechnungen	1.7	2.4	2.4	2.4	2.4	2.4
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Finanzgrösse Verkehrseinnahmen und deren Verwendung						
Aufwand	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Ertrag	-64.4	-64.9	-64.9	-64.9	-64.9	-64.9
Verrechnungen	64.4	64.9	64.9	64.9	64.9	64.9
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Justizvollzug						
Globalbudget						
Aufwand	16.7	17.4	17.4	17.4	17.4	17.4
Ertrag	-12.2	-13.4	-13.4	-13.4	-13.4	-13.4
Globalbudgetsaldo	4.5	4.0	4.0	4.0	4.0	4.0
Verrechnungen	2.8	3.0	3.0	3.0	3.0	3.0
Saldo	7.3	6.9	6.9	6.9	6.9	6.9
Polizei						
Globalbudget						
Aufwand	70.9	72.4	72.8	72.7	72.7	72.7
Ertrag	-23.6	-23.9	-24.2	-24.2	-24.2	-24.2
Globalbudgetsaldo	47.3	48.6	48.6	48.6	48.6	48.6
Verrechnungen	-5.9	-5.7	-5.6	-5.6	-5.6	-5.6
Saldo	41.4	42.9	43.0	43.0	43.0	43.0

5.6 Volkswirtschaftsdepartement

Führungsunt. VWD u. Stiftungsaufsicht	RE 2009	VA 2010	FP 2011	FP 2012	FP 2013	FP 2014
Globalbudget						
Aufwand	1.7	1.8	1.8	1.8	1.8	1.8
Ertrag	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2
Globalbudgetsaldo	1.6	1.6	1.6	1.6	1.6	1.6
Verrechnungen	-0.4	-0.3	-0.3	-0.3	-0.3	-0.3
Saldo	1.2	1.3	1.3	1.3	1.3	1.3
Wirtschaft und Arbeit						
Globalbudget						
Aufwand	25.7	24.9	25.3	25.3	25.3	25.6
Ertrag	-17.1	-17.8	-17.8	-17.8	-17.8	-17.8
Globalbudgetsaldo	8.6	7.1	7.5	7.5	7.5	7.8
Verrechnungen	1.7	1.9	2.0	2.0	2.0	2.0
Saldo	10.3	9.0	9.6	9.6	9.6	9.9
Energiefachstelle						
Globalbudget						
Aufwand	4.1	3.5	3.5	3.5	3.5	3.5
Ertrag	-1.8	-0.6	-0.6	-0.6	-0.6	-0.6
Globalbudgetsaldo	2.3	2.9	2.9	2.9	2.9	2.9
Verrechnungen	0.1	0.1	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	2.4	3.0	2.9	2.9	2.9	2.9

Gemeinden und Zivilstandsdienst	RE 2009	VA 2010	FP 2011	FP 2012	FP 2013	FP 2014
Globalbudget						
Aufwand	5.0	5.3	5.4	5.2	5.2	5.2
Ertrag	-2.0	-1.8	-1.8	-1.8	-1.8	-1.8
Globalbudgetsaldo	3.0	3.5	3.6	3.5	3.4	3.4
Verrechnungen	0.9	1.0	0.9	1.0	1.1	1.1
Saldo	3.9	4.5	4.5	4.5	4.5	4.5
Finanzgrösse Finanzausgleich-/Fusionsbeiträge						
Aufwand	0.3	0.0	0.7	0.6	1.1	1.6
Ertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Verrechnungen	7.5	7.5	8.0	8.0	8.0	8.0
Saldo	7.8	7.5	8.7	8.6	9.1	9.6
Finanzgrösse Finanzaus. Einwohnergemeinde						
Aufwand	14.7	15.2	15.7	15.7	15.7	15.7
Ertrag	-7.5	-8.1	-8.1	-8.0	-8.0	-7.9
Verrechnungen	-7.2	-7.1	-7.6	-7.7	-7.7	-7.7
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Finanzgrösse Finanzaus. Kirchgemeinde						
Aufwand	14.1	16.1	10.5	10.5	10.5	10.5
Ertrag	0.0	-5.7	0.0	0.0	0.0	0.0
Verrechnungen	-14.1	-10.5	-10.9	-11.4	-11.9	-11.9
Saldo	0.0	0.0	-0.5	-1.0	-1.4	-1.4
Wald, Jagd und Fischerei						
Globalbudget						
Aufwand	8.2	8.3	8.3	8.3	8.3	8.3
Ertrag	-5.2	-5.0	-5.0	-5.0	-5.0	-5.0
Globalbudgetsaldo	3.0	3.3	3.3	3.3	3.3	3.3
Verrechnungen	0.8	0.8	0.8	0.8	0.8	0.8
Saldo	3.8	4.1	4.1	4.1	4.1	4.1
Landwirtschaft						
Globalbudget						
Aufwand	91.3	87.9	88.2	87.8	87.8	87.8
Ertrag	-82.6	-78.5	-78.9	-78.9	-78.9	-78.9
Globalbudgetsaldo	8.7	9.4	9.3	8.9	8.9	8.9
Verrechnungen	4.3	4.5	4.5	4.5	4.5	4.5
Saldo	13.0	13.8	13.8	13.4	13.4	13.4
Finanzgrösse Zufahrt zu Berghöfen (SF)						
Aufwand	0.5	0.7	0.7	0.7	0.7	0.7
Ertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Verrechnungen	-0.5	-0.7	-0.7	-0.7	-0.7	-0.7
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Finanzgrösse Tierseuchenkasse (SF)						
Aufwand	0.9	1.0	1.0	1.0	1.0	1.0
Ertrag	-0.7	-0.8	-0.8	-0.8	-0.8	-0.8
Verrechnungen	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Finanzgrösse Konkordat Hochschule LW						
Aufwand	0.0	0.3	0.3	0.0	0.0	0.0
Ertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Verrechnungen	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2
Saldo	0.0	0.3	0.3	0.0	0.0	0.0

Amt für Militär- und Bevölkerungsschutz	RE 2009	VA 2010	FP 2011	FP 2012	FP 2013	FP 2014
Globalbudget						
Aufwand	12.1	7.5	7.5	7.5	7.5	7.5
Ertrag	-6.0	-0.3	-0.3	-0.3	-0.3	-0.3
Globalbudgetsaldo	6.1	7.2	7.2	7.2	7.2	7.2
Verrechnungen	1.8	2.0	2.0	2.0	2.0	2.0
Saldo	7.9	9.2	9.2	9.2	9.2	9.2
Finanzgrösse Wehrpflichtersatz und Kulturgüterschutz						
Aufwand	0.0	3.9	3.9	3.9	3.9	3.9
Ertrag	0.0	-0.7	0.0	0.0	0.0	0.0
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	0.0	-0.9	-0.9	-0.9	-0.9	-0.9

5.7 Gerichte

Gerichte	RE 2009	VA 2010	FP 2011	FP 2012	FP 2013	FP 2014
Globalbudget						
Aufwand	20,8	21,9	23,6	23,4	23,4	23,4
Ertrag	-4,7	-5,0	-5,1	-5,1	-5,1	-5,1
Globalbudgetsaldo	16,0	17,0	18,5	18,3	18,3	18,3
Verrechnungen	2,2	2,4	2,4	2,4	2,4	2,4
Saldo	18,3	19,4	20,9	20,8	20,8	20,8
Finanzgrösse Bussen, Abschreibungen						
Aufwand	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ertrag	-0,2	-0,4	-0,4	-0,4	-0,4	-0,4
Verrechnungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Saldo	-0,2	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3

Amt für Finanzen

4509 Solothurn

Impressum und Bezugsquelle:

Amt für Finanzen

Rathaus

4509 Solothurn

Telefon 032 627 20 96

Telefax 032 627 22 71